

**Tätigkeitsbericht des Landrates
über die Arbeit der
Kreisverwaltung Teltow-Fläming
2009**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Landrates

Seite 3

Landratsbereich

Wirtschaftsförderungsbeauftragter

Seite 4

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Seite 7

Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte

Seite 10

Pressestelle

Seite 12

Dezernat I

Amt für Finanzen und Personal

Seite 17

Amt für Zentral-, Schulverwaltung und Kultur

Seite 21

Amt für Straßenverkehr, Kommunalaufsicht
und Rechnungsprüfung

Seite 27

Dezernat II

Amt für Jugend und Soziales

Seite 35

Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

Seite 43

Amt für Ordnung, Brand- und Katastrophenschutz

Seite 49

Dezernat III

Amt für Bau-, Liegenschaftsverwaltung und Straßenwesen

Seite 56

Amt für Landwirtschaft

Seite 59

Dezernat IV

Amt für Bauaufsicht, Planung und Denkmalschutz

Seite 66

Amt für Kataster- und Vermessungswesen

Seite 79

Staatliches Schulamt Wünsdorf

Seite 81

Landkreis Teltow-Fläming

Der Landrat



Luckenwalde, März 2010

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

vor Ihnen liegt der Tätigkeitsbericht des Landrates für das Jahr 2009. Er informiert Sie über die Arbeit der Kreisverwaltung im vorigen Jahr und soll Ihnen helfen, die Arbeit der Behörde beurteilen und bewerten zu können.

Für den Landkreis Teltow-Fläming war das vergangene Jahr ereignisreich, erfolgreich, wenn auch nicht immer einfach. Die weltweite Wirtschaftskrise ging zwar an unserer Region nicht spurlos vorbei, dennoch haben wir sie erstaunlich gut gemeistert. Nach wie vor zählt Teltow-Fläming zu den wirtschaftsstärksten Landkreisen der neuen Bundesländer und belegt dort – so die jüngste Analyse des Magazins Focus Money – aktuell Platz 5 und im bundesweiten Vergleich aller Landkreise Platz 155. Damit sind wir zwar nicht mehr die Nummer 1 im Osten, beweisen jedoch Kontinuität und Nachhaltigkeit – und das in schwierigen Zeiten.

Sie, sehr geehrte Abgeordnete, sind an dieser erfreulichen Entwicklung in hohem Maß beteiligt. Dafür danke ich Ihnen, auch im Namen der gesamten Verwaltungsleitung, sehr herzlich.

Auch für unsere Behörde selbst war das zurückliegende Jahr ein besonderes. So wurden durch das Votum des Kreistages Teltow-Fläming umfangreiche Veränderungen der Verwaltungsstruktur auf den Weg gebracht, die in diesem Jahr wirksam werden. Doch nicht nur diese Reform stellt unsere Behörde vor große Herausforderungen. Die demografische Entwicklung, der Klimawandel, die Globalisierung, schrumpfende Fördertöpfe und vieles mehr machen auch um unsere Region keinen Bogen und erfordern kurz-, mittel- und langfristige neue Strategien.

Ich hoffe, Sie auf diesem Wege auch künftig an unserer Seite zu haben und wünsche Ihnen für Ihre weitere Tätigkeit zum Wohle unseres Landkreises viel Erfolg.


Peer Giesecke

Landratsbereich

Wirtschaftsförderungsbeauftragter

Im Bereich des Wirtschaftsförderungsbeauftragten (WfB) werden die drei Aufgabengebiete Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bearbeitet.

- **Wirtschaftsförderung**

Während international eine umfassende Finanz- und Wirtschaftskrise zum Teil verheerende Folgen hatte, waren im Landkreis die Auswirkungen - auch wegen unserer vielschichtigen Branchenstruktur - verhältnismäßig moderat. Zwischenzeitlich gab es zwar in ca. 100 Betrieben Kurzarbeit, von der ca. 3.000 Beschäftigte betroffen waren. Diese Zeit wurde aber auch vielfach zur Qualifizierung der Mitarbeiter genutzt. Die Möglichkeit der Kurzarbeit konnte zum einen den Bestand an Fachkräften sichern, zum anderen gab es positive Auswirkungen auf die Arbeitslosenquoten (siehe Arbeitsmarktpolitik). Inzwischen gibt es sogar wieder Neueinstellungen.

Das Jahr 2009 war geprägt von der kontinuierlichen weiteren Zusammenarbeit vieler Partner für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung des Landkreises. Neben der Arbeit der kreislichen Koordinierungsgruppe und der zielstrebigem Tätigkeit des Investitionsmanagements der Kreisverwaltung leisteten auch die kreislichen Gesellschaften ihren Beitrag. Das „Netzwerk Mittelstand“ der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SWFG) betreut mittlerweile rund 2.000 kleine und mittelständische Unternehmen. Die Abteilung Biotechnologie der SWFG kann bedeutende Ansiedlungserfolge im Biotechnologiepark Luckenwalde vorweisen und die engagierte Arbeit der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH führte durch Erweiterungsinvestitionen zu neuen Ansiedlungen. Diese erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis, die in erster Linie natürlich auf das Engagement der Wirtschaft selbst zurückzuführen ist, wird durch zahlreiche Partner wie IHK, Kreishandwerkerschaft, ZukunftsAgentur Brandenburg, Investitionsbank des Landes Brandenburg, Arbeitsagenturen und ARGE Grundsicherung für Arbeitsuchende, die hauptamtlichen Wirtschaftsförderer der Städte und Gemeinden, SWFG, ZAL u. v. m. nach Kräften unterstützt. Diese zielgerichtete Zusammenarbeit trägt wesentlich zu einem positiven Gesamtergebnis bei. Der Ausschuss für Wirtschaft des Kreistages hat diesen Prozess stets aktiv begleitet.

Die internationale Zusammenarbeit mit den Partnerkreisen aus Polen und Ungarn wurde u. a. durch Besuche in beiden Ländern fortgesetzt. Im Oktober nahm eine Delegation aus Gniezno an Veranstaltungen während der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming und an der Wirtschaftspreisverleihung teil.

Zweimal weilten hochrangige Delegationen aus der Volksrepublik China im Landkreis. Sie wurden durch den Wirtschaftsförderungsbeauftragten über die Wirtschaftsentwicklung des Landkreises informiert und studierten die erfolgreiche Wirtschaftsförderung am Beispiel des Biotechnologieparks Luckenwalde.

Unter Moderation der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin fanden regelmäßige Treffen der Wirtschaftsförderer aus dem Berliner Stadtbezirk Steglitz-Zehlendorf sowie den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming statt. Neben dem Austausch von Erfahrungen sind gemeinsame Projekte auf den Gebieten Fachkräftesicherung, Tourismus, Standortmarketing, Innovation und Betreuung von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) Themen und Ziele.

Bedeutende Firmenansiedlungen und -erweiterungen gab es zum Beispiel

in Ludwigsfelde

- Erweiterung Sprinter-Produktion und Lackierung bei Mercedes Benz
- Erweiterung der Werkhallen von Krauss Aviation Technologies GmbH
- Eröffnung eines Bildungszentrums für Elektronik und CNC-Technik beim ZAL

im Biotechnologiepark Luckenwalde

- Human Biosciences

in Dahme/Mark

- Hallenanbau Schoepe Display

in Jüterbog/Ortsteil Frönden

- neue Produktionshalle und Großfräsmaschine der Firma SFI

in Großbeeren

- Ausbau und Erweiterungen im Institut für Gemüse- und Zierpflanzenbau

Weiterhin erhielt die Stadt Baruth einen Zuwendungsbescheid der ILB für die Erschließung der Erweiterungsfläche für das Holzkompetenzzentrum. Schließlich wurden Vorbereitungen zur Erweiterung des GVZ Großbeeren getroffen.

• **Arbeitsmarktpolitik**

Auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik lag der Schwerpunkt in der erfolgreichen Weiterführung des Regionalbudgets (RB). Es handelt sich dabei um ein durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördertes Programm, das durch die Einbeziehung regionaler Entscheidungsträger neue Wege der Beschäftigungsförderung - über die Möglichkeiten des SGB II und III hinaus - ermöglicht. Es soll Arbeitslosen Perspektiven eröffnen und zugleich die Regionalentwicklung stärken. Das Regionalbudget verfolgt folgende strategische Zielstellungen:

1. Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung von arbeitslosen Frauen und Männern
2. Verbesserung der sozialen Eingliederung von arbeitslosen Frauen und Männern
3. Anregung von Akteurskooperationen und Netzwerkbildung vor Ort

Über die Ergebnisse des Regionalbudget I vom 1. Juli 2007 bis zum 28. Februar 2008 wurde im letzten Tätigkeitsbericht informiert.

Das Regionalbudget II, das vom 1. März 2008 bis zum 28. Februar 2009 lief, ist ebenfalls sehr erfolgreich abgeschlossen worden. Mit 853.900 € ESF-Mitteln und einer Kofinanzierung durch die ARGE Grundsicherung und die Agentur für Arbeit in Höhe von 665.102 € konnten mit sieben Projektträgern in 14 Teilprojekten 535 Teilnehmer gefördert werden. Im Ergebnis gab es 116 Übergänge in sozialpflichtige Beschäftigung, zwei Übergänge in Selbstständigkeit, 100 Übergänge in arbeitsplatzbezogene Qualifizierung, 15 zusätzliche Ausbildungsverträge und 293 zusätzliche Praktikumsplätze.

Für das Regionalbudget III, das vom 1. März 2009 bis zum 28. Februar 2010 läuft, sind in der Zielvereinbarung zwischen Landkreis und Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg 461 Teilnehmer/innen, 77 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, 45 Übergänge in eine arbeitsplatzbezogene Qualifizierung, ein Übergang in Selbstständigkeit und zehn Verbesserungen der Betreuungsstufen bei der ARGE geplant. Über eine Kooperationsvereinbarung mit der ARGE Grundsicherung sind wiederum die Kofinanzierungsmittel gesichert. Neun verschiedene Träger führen im Rahmen des Regionalbudgets insgesamt elf Projekte durch. Dafür stehen

852.500 € an ESF-Mitteln und 534.247 € Kofinanzierungsmittel der ARGE zur Verfügung. Eine Steuerungsgruppe aus Vertretern der IHK, Kreishandwerkerschaft, Kleinen Liga, Arbeitsagentur, ARGE Grundsicherung für Arbeitsuchende, Mitarbeitern der Kreisverwaltung - unterstützt durch einen Vertreter der LASA - begleitet den Prozess von der Festlegung der durchzuführenden Projekte bis zur Abrechnung. Über die konkreten Ergebnisse wird im nächsten Tätigkeitsbericht informiert.

Ein zweiter, neuer Schwerpunkt auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik lag auf der Umsetzung des Bundesprogramms Kommunal-Kombi. Im April wurde die entsprechende Richtlinie durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales so geändert, dass auch der Landkreis Teltow-Fläming dieses Programm nutzen kann. Der Kreistag hatte bereits im März vorsorglich vorbereitende Beschlüsse, u.a. zur Kostenbeteiligung in Höhe von 150 € je geförderter Stelle, gefasst. Der Landkreis erhielt ein Kontingent von 250 Stellen. Zur organisatorischen Begleitung der Programmumsetzung und zur Sicherung der Auszahlung der Landes- und Kreismittel wurde beim WfB eine neue Stelle eingerichtet. Durch die engagierte Arbeit ist es gelungen, bis zum Dezember 2009 insgesamt 219 Stellen zu besetzen. Nicht alle Stellenanträge wurden durch das Bundesverwaltungsamt in Köln genehmigt. Bei den Stelleninhabern handelt es sich um Langzeitarbeitslose, die für drei Jahre eine neue Chance am Arbeitsmarkt erhalten haben.

Diese Ergebnisse haben mit dazu beigetragen, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt trotz Wirtschaftskrise wiederum verbessert hat. Die Arbeitslosenquoten sind im Jahr 2009 im Durchschnitt in der Geschäftsstelle Luckenwalde auf 12,8 % (4.408 Personen) und in der Geschäftsstelle Zossen auf 8,2 % (4.469 Personen) weiter gesunken.

- **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

Auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) lag der Arbeitsschwerpunkt auf der Umsetzung des Nahverkehrsplanes, der für die Jahre 2009 - 2013 durch den Kreistag am 15. Dezember 2008 beschlossen wurde. Damit und mit den Ende 2009 nach der EU-Verordnung 1370/2007 überarbeiteten Verkehrsverträgen mit allen im Landkreis ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen ist Planungssicherheit sowohl für die Verkehrsunternehmen als auch für den Landkreis als Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV laut ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg für die nächsten Jahre gegeben.

Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg feierte im April sein 10-jähriges Bestehen. Durch die Tätigkeit des Landrates im Aufsichtsrat und des WfB im Beirat der Gesellschafter der VBB GmbH konnte auch durch unseren Landkreis erfolgreich auf die positive Entwicklung des ÖPNV im Verbundgebiet Einfluss genommen werden.

Über die im Nahverkehrsplan enthaltene Investitionsrichtlinie konnten Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur in Höhe von 98.240 € durch die Bereitstellung von 44.833 € aus o. g. Richtlinie unterstützt werden. Es handelte sich dabei insbesondere um die Errichtung von sechs Haltestellen in Ludwigsfelde, Trebbin, Nuthe-Urstromtal und Dahme/Mark.

Der Nahverkehrsbeirat hat die Verwaltung bei der Lösung von im Laufe des Jahres aufgetretenen Problemen des ÖPNV engagiert unterstützt.

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Im Landkreis Teltow-Fläming leben laut dem Landesamt für Soziales und Versorgung Cottbus per 31.12.2009 insgesamt 24.147 Menschen mit einer Behinderung.

Jahr	Anzahl der Menschen mit Behinderung gesamt	Anstieg zum Vorjahr
2004	19.975	1.469
2005	21.316	1.341
2006	22.386	1.070
2007	23.204	818
2008	24.206	1.002
2009	24.147	- 59

Die finanziellen Leistungen betragen nach dem Landespflegegeldgesetz im Behindertenbereich im Jahr 2009:

Leistungen	Anzahl der Empfänger	Ausgaben insgesamt
Blindengeld	158	455.412,44 €
Gehörlosengeld	72	68.880,11 €
Pflegegeld	10	15.453,52 €

Darüber hinaus finanziert der Landkreis Teltow-Fläming Fahrcoupons für den Personenkreis der außergewöhnlich Gehbehinderten als freiwillige Aufgabe. Insgesamt wurden für den Behindertenfahrdienst 40.965 € an 338 Personen ausgereicht. Dies entspricht einem Betrag von 186 € je Anspruchsberechtigten im Kalenderjahr.

Der Landkreis unterstützte 54 Selbsthilfegruppen im Behindertenbereich mit insgesamt 40.965 €.

Viele Betroffenen forderten gesetzliche Aufklärung zu den Rechten von Menschen mit Behinderung ein. Dazu zählten u.a. die finanzielle Unterstützung beim behindertengerechten Umbau der Wohnung, Möglichkeiten der Förderung und Bereitstellung von Zuschüssen sowie die Benennung von Ansprechpartnern für bestimmte Problemlösungen.

Die Lebenssituationen von Menschen können sich über Nacht ändern, z. B. durch einen Schlaganfall. Die Betroffenen sind oftmals persönlich nicht in der Lage darauf zu reagieren, sie benötigen Hilfe und Unterstützung. So wurden unter anderem durch die Behindertenbeauftragte im letzten Jahr 37 Einsprüche gegen die Einstufung des Grades der Behinderungen an das Landesamt für Soziales und Versorgung Cottbus im Auftrag von Behinderten verfasst. Durch die Kontaktaufnahme und das gute Arbeitsverhältnis der Beauftragten zu den Behörden, wie der BfA oder der LVA, den Hausärzten, den Krankenkassen bzw. dem Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus konnte oftmals eine Lösung im Sinne der Hilfesuchenden gefunden werden. Die Behindertenbeauftragte war darüber hinaus Vermittler für die Hilfesuchenden zwischen den Ämtern Soziales und Gesundheit, sowie den Wohlfahrtsträgern, Versorgungsämtern und dem Integrationsfachamt. Immer mehr wurde die Unterstützung der Beauftragten erbeten, wenn Krankenkassen Hilfsmittel, wie z.B. Stützkorsetts, Rollator oder Kuren für ältere Menschen verweigerten.

Mit Unterstützung der Beauftragten konnten 14 Hilfesuchende aus einer nicht behindertengerechten Wohnung in einen betreuten Bereich bzw. sieben Familien in eine barrierefreie Wohnung umziehen. Als besonderer Erfolg kann gewertet werden, dass die „Villa Rosa“ in Luckenwalde nach vielen Verhandlungen mit dem ASB zu einer barrierefreien Wohnstätte für junge Rollstuhlfahrer geworden ist.

Auf Grund von Hinweisen durch Nachbarn oder Angehörige wurden bei alleinlebenden älteren Menschen 14 Hausbesuche durchgeführt. Davon mussten aus gesundheitlichen Gründen neun ältere Menschen kurzfristig in einer Einrichtung eines Wohlfahrtsverbandes bzw. in einem Krankenhaus untergebracht werden. Fünf Senioren konnten weiterhin durch Organisation von Hilfsangeboten im häuslichen Bereich allein bleiben.

Ein wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit sind die Kontrollen der Einhaltung der DIN 18024 und DIN 18025 "Barrierefreies Bauen". Die baurechtlichen Stellungnahmen der Behindertenbeauftragten zur Barrierefreiheit sind Bestandteil für Baugenehmigungen. Insgesamt wurden über 68 dieser Stellungnahmen zum barrierefreien Bauen abgegeben. Viele Städte und Kommunen bzw. Architekten beziehen bei öffentlichen Bauvorhaben die Beauftragte bereits im Vorfeld ein. Dabei sind Vor-Ort-Termine mit der Bauaufsicht oft unerlässlich. Des Weiteren wurden Stellungnahmen zu Förderanträgen von Gemeinden für Investitionen im Öffentlichen Personenverkehr für das Land Brandenburg angefertigt.

Einen weiteren Platz in der Tätigkeit der Behinderten- und Seniorenbeauftragten nimmt die Öffentlichkeitsarbeit ein. So gibt es regelmäßig Presseterminale, beispielsweise anlässlich von Sitzungen des Kreisbehinderten- und Kreissenioresenbeirates oder anderer relevanter Veranstaltungen, z. B. Tag der Altenpflege. Außerdem beantwortet die Beauftragte Medien-Anfragen bzw. verfasst - gemeinsam mit der Pressestelle - eigene Informationen für die regionalen Medien bzw. die Internetseite der Kreisverwaltung. Die Behinderten- und Seniorenbeauftragte tritt bei zahlreichen Veranstaltungen von Organisationen und Einrichtungen der Region als Beauftragte des Landrates auf. Dazu sind oftmals Grußworte zu verfassen oder inhaltliche Zuarbeiten zu leisten.

Unter Federführung der Beauftragten wurde das Behinderten- und Skaterfest in Kolzenburg, welches am 6. September 2009 zum 9. Mal stattfand, zu einem Höhepunkt für Menschen mit Behinderungen. Über 700 Besucher konnten gezählt werden. Auch zahlreiche Menschen ohne eine Behinderung nehmen dieses Fest von Jahr zu Jahr mehr an. Jährlich wurden im Vorfeld potentielle Sponsoren gebeten, ein Projekt für Menschen mit Behinderung im Landkreis zu unterstützen. Die finanziellen Eingänge von 2008 und 2009 haben ausgereicht, den Bau einer Behindertentoilette in Kolzenburg am barrierefreien Rundkurs 2 der Flaeming-Skate zu finanzieren. Am 28. August 2009 wurde sie feierlich den Menschen mit Behinderungen übergeben.

Weiterhin wurden folgende Veranstaltungen von der Beauftragten organisiert bzw. unterstützt:

- 27. Mai 2009
1. Welt-Multiple-Sklerose-Tag im Landkreis
- 20. Juni 2009
Behinderten- und Seniorensportfest des Landkreises in der Skate-Arena Jüterbog mit Unterstützung des Kreissportbundes Teltow-Fläming e.V.
- 7. Oktober 2009
Festveranstaltung des Landkreises zum „Tag der Altenpflege“
Erstmals wurden neben Altenpflegerinnen aus Pflegeeinrichtungen auch pflegende Familienangehörige mit ihren kranken Familienmitgliedern eingeladen. Auf diese Personengruppe wird ab 2010 das Hauptaugenmerk gerichtet sein.

Großen Wert legte die Behindertenbeauftragte darauf, in den Selbsthilfegruppen bzw. in den Behindertenverbänden präsent zu sein. Nur so kann der Grundstein für eine Vertrautheit gelegt werden, die es den Betroffenen leichter macht, sich in einer Umgebung von Gleichgesinnten den Sorgen und Problemen zu öffnen. Eine enge Zusammenarbeit besteht auch mit den Sozialarbeitern der Behindertenwerkstätten.

Ein fester Bestandteil der Arbeit sind die regelmäßigen Zusammenkünfte der Vorsitzenden der Behindertenverbände in der Kreisverwaltung. Sie dienen nicht nur dem Erfahrungsaustausch untereinander. Die Beauftragte informierte bei diesen Zusammenkünften u. a. auch über neue rechtliche Grundlagen und Förderprogramme für Behinderte und lud dazu kompetente Dozenten ein.

Die regelmäßigen Treffen mit dem Integrationsfachdienst der Arbeitsagentur Potsdam und der Beauftragten ergaben, dass sich die Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen ins Arbeitsleben immer schwieriger gestaltet. Selbst die Fördermöglichkeiten und Finanzierungshilfen von Seiten des Integrationsfachdienstes zeigen bei Arbeitgebern nur wenig Interesse. Dazu wurde erstmals im Mai dieses Jahres eine öffentliche Informationsveranstaltung im Kreishaus mit der Beauftragten und dem Integrationsfachdienst aus Potsdam für Betroffene und Firmen durchgeführt.

Die Mitarbeit der Behindertenbeauftragten im Nahverkehrsbeirat ist für einen barrierefreien Personennahverkehr von großer Bedeutung. Mit dem Gleichstellungsgesetz wird eine zentrale Forderung der Behindertenverbände verwirklicht, einen barrierefreien Zugang zu Bussen, Bahnen und Flugzeugen zu gewähren. Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung vergibt z. B. keine Fördermittel an den Personennahverkehr des Landkreises, wenn keine Stellungnahme der Behindertenbeauftragten zum Förderantrag vorliegt. Sie ist des Weiteren Mitglied des „Netzwerkes Verkehrssicherheit des Landkreises Teltow-Fläming“ und im „Arbeitskreis Verkehr der Stadt Luckenwalde“.

In ganz Deutschland wächst der Anteil an Senioren. Das trifft auch für den Landkreis Teltow-Fläming zu.

Bevölkerung des Landkreises Teltow-Fläming per 31.12.2009:

	gesamt	männlich	weiblich
Bevölkerung insgesamt	161.351	80.178	81.173
<u>darunter</u>			
60 Jahre alt und älter	41.770	18.246	23.524
65 Jahre alt und älter	34.157	14.463	19.694
im Alter von 60 - 65	9.567	4.741	4.826

Der Kreissenorenbeirat des Landkreises vertritt die Interessen der älteren Generation unseres Landkreises. Er besteht - einschließlich des Vorstandes - ausschließlich aus berufenen Seniorenbeauftragten der Städte und Gemeinden. Diese hohe Qualität ist einmalig im Land Brandenburg. Der Kreissenorenbeirat trifft sich in regelmäßigen Abständen zu anstehenden Problemen oder organisatorischen Fragen im Beisein der Beauftragten in der Kreisverwaltung.

Die diesjährige 16. Brandenburgische Seniorenwoche im Landkreis Teltow-Fläming stand unter dem Motto: „Sozial gesichert, aktiv leben – für alle Generationen“. In diesem Zusammenhang fanden in vielen Gemeinden und Städten Veranstaltungen speziell für Senioren statt, die mit insgesamt 3.300 € vom Land unterstützt wurden. Die zentrale Festveranstaltung des Landkreises fand am 15. Juni 2009 im „Märkischen Tagungshotel“ in Dabendorf mit 300 Senioren statt.

Die Gemeinden und Städte wurden von Seiten des Landkreises für ihre Seniorenarbeit mit 17.500 € unterstützt.

Integrations- und Gleichstellungsbeauftragte

Grundlage beider Aufgabenkomplexe ist das verfassungsrechtliche Gebot des Gleichheitsgrundsatzes gemäß Artikel 3 Grundgesetz sowie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Beide Gesetze umfassen alle Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises unabhängig ihres Alters oder ihrer Herkunft.

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist leider nach wie vor keine Selbstverständlichkeit. Durch einen begrenzten Arbeitsmarkt stehen Frauen nicht die gleichen Arbeits- und Qualifizierungsmöglichkeiten zur Verfügung wie den Männern. Durch die Zentralisierung von Arbeitsplätzen im städtischen Raum haben z. B. Mütter mit Kindern aus dem ländlichen Raum kaum Möglichkeiten, einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden. Fehlende Angebote zur Kinderbetreuung, keine eigene Mobilität oder auch unzureichende Angebote des ÖPNV sind weitere wesentliche Hemmnisse.

Ein großes Aufgabenfeld ist die Bekämpfung von Gewalt an Frauen. Zunehmend werden die Angebote der beiden Frauenhäuser genutzt und die Beratungsstellen aufgesucht. Die Dunkelziffer von Gewaltfällen ist sehr groß. Um Aufklärungsarbeit zu leisten fanden in Blankenfelde-Mahlow, in Ludwigsfelde, in Zossen, in Luckenwalde und in Altes Lager Informationsveranstaltungen anlässlich des Aktionstages „Gegen Gewalt an Frauen“ statt. Durch die Mitarbeit im Regionalbudget werden lokale Initiativen für eine neue Beschäftigung vorzugsweise für Frauen gefördert und vorhandene Netzwerke gestärkt.

Leider sind im Landkreis vermehrt Fälle mit rechtsextremen Hintergrund, Demonstrationen und Schmierereien zu verzeichnen. Dem Kampf gegen den Rechtsextremismus kommt eine immer gewichtigere Bedeutung zu.

Die Arbeit für Demokratie, zivilgesellschaftliches Engagement, Toleranz und Menschlichkeit nimmt einen wesentlichen Teil des Aufgabenfeldes ein. Es gilt Verbündete zu finden, Bündnisse gegen rechte Gewalt ins Leben zu rufen, diese miteinander zu vernetzen und dadurch die Gemeinschaft zu stärken. Zu den bereits bestehenden Bündnissen „Tolerantes Mahlow“ sind im Berichtszeitraum die Bündnisse „Zossen zeigt Gesicht“ und „Gegen Gewalt und rechte Gesinnung“ in Jüterbog entstanden.

Für die Gesellschaft müssen Angebote geschaffen werden, die sie in ihrer Zivilcourage, aber auch im Verantwortungsbewusstsein für die Menschen mit- und untereinander stärken. Das kann beispielsweise durch Unterstützung örtlicher Sportvereine und qualifizierte Angebote in Jugend- und Freizeiteinrichtungen sein.

Ein großes Problem der Jugendarbeit im ländlichen Raum ist das fehlende Vorhandensein von Angeboten in kleineren Ortschaften. Entweder sind keine Einrichtungen vorhanden oder sehr weit weg in einem anderen Ort. Auch hier fehlt es an Möglichkeiten der Erreichbarkeit.

Die Ursachen von Gewalt sind vielfältig. Dazu gehören Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Stress, Isolation von der Gesellschaft, Existenzängste, Alkohol, nicht gelernte gewaltfreie Konfliktbewältigungen usw. Ein sorgsames, achtungsvolles und vor allem kommunikatives Miteinander, soziale Teilhabe aller am gesamtgesellschaftlichen Leben sind Beispiele, wie das Zusammenleben verbessert werden kann. Ein wesentliches Ziel der Arbeit der Beauftragten wird darin gesehen, dieses Miteinander durch Vernetzung möglichst vieler Menschen, die im Landkreis leben und arbeiten, zu stärken.

Die im vergangenen Jahr ins Leben gerufene Arbeitsgruppe „Gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ hat sich insgesamt zehnmal getroffen und zu den aktuellen Vorkommnissen beraten. Gemeinsam konnten Aktionen und Informationsveranstaltungen vorbereitet und durchgeführt

werden. Dadurch, dass Vertreter aus verschiedenen Bereichen des Landkreises in dieser Arbeitsgruppe mitarbeiten, konnten auch örtliche Aktionen von anderen Bündnissen oder Ortschaften unterstützt werden.

Höhepunkt war die Gegenveranstaltung zur Demonstration der Rechten gegen den 60. Jahrestag der Demokratie in Luckenwalde am 23. Mai 2009, die von Bürgerinnen und Bürgern aus dem gesamten Landkreis gestärkt wurde. Eine andere Aktivität war die Unterbindung der Flashmop-Aktion in Ludwigsfelde am 17. August 2009, zur der deutschlandweit von Rechtsextremisten aufgerufen wurde.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, mindestens aus jeder Gemeinde bzw. jeder Stadt des Landkreises einen Vertreter als Moderator bzw. Bindeglied zu gewinnen, um die Arbeit vor Ort zu intensivieren. Weitere Informationsveranstaltungen zum Thema Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit und somit gegen Rechtsextremismus sind in Planung.

Im Berichtszeitraum wurde das Netzwerk „Gesunde Kinder“ aus der Taufe gehoben. Die Beauftragte hat mit dazu beigetragen, dass dieses Netzwerk im gesamten Landkreis vorhanden ist und von allen genutzt werden kann. Die Unterstützung von jungen Müttern oder Familien basiert hauptsächlich auf ehrenamtlicher Arbeit von Paten.

Im Landkreis leben Menschen aus fast 100 Nationen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt bei 1,6 %. Davon sind 2.516 ausländische Bürger und 164 Flüchtlinge. Zu den Flüchtlingen gehören 127 Geduldete (abgelehnte Asylbewerber), die oft seit vielen Jahren aus den unterschiedlichsten Gründen nicht abgeschoben werden können. Für diese Menschen gibt es nach wie vor keine Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben außerhalb des Übergangwohnheimes zu führen. Sie unterliegen der Residenzpflicht und haben kaum eine Chance sich zu integrieren.

Inwieweit diese Menschen im Alltag integriert sind, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Einen großen Anteil nimmt dabei die sprachliche Integration ein, denn sie ist Voraussetzung für eine Verständigung. Viele Mitmenschen bringen aus ihrem Herkunftsland eine gute Qualifikation mit, die in den meisten Fällen leider nicht anerkannt werden. Somit arbeiten sie entweder in anderen Berufen mit weitaus schlechterer Bezahlung oder sind arbeitslos und können ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten.

Ein großes Problem stellen die fehlenden Integrationsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund dar. Integration sollte in allen Bereichen - beginnend in Kita und Schule - als Notwendigkeit betrachtet und interkulturelle Kompetenz als Chance begriffen werden.

Durch die stetig wachsende Zuwanderung besteht ein hohes Integrationspotential. Die anhaltend hohe Ablehnung gegenüber diesem Personenkreis, das geringe Bewusstsein für interkulturelle Kompetenz auf dem Arbeitsmarkt und in der Verwaltung stehen diesem Potential entgegen.

Das Kiezfest in Luckenwalde, das Brückenfest in Ludwigsfelde und das 2009 erstmalig stattgefundene Fest der Kulturen in Altes Lager sind wichtige Ereignisse für ein interkulturelles Miteinander.

Integration aller Menschen in unserem Landkreis, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht, Kultur, sexueller Orientierung oder anderer Merkmale sollte für uns alle als demokratische Grundkompetenz verstanden werden.

Pressestelle

Die Aufgaben der Pressestelle umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen und Messen
- Partnerschaftliche Beziehungen

Der zuletzt genannte Aufgabenbereich liegt hauptsächlich in der Verantwortung der Europa-beauftragten im Büro des Landrates, die eng mit der Pressestelle zusammenarbeitet.

➤ **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Pressestelle ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger, Behörden und Firmen. Im Rahmen der Pressearbeit pflegen die Mitarbeiterinnen enge Kontakte zu den regionalen und überregionalen Medien.

Presseinformationen werden – abhängig von der Zielgruppe – regelmäßig an die lokalen und überregionalen Medien sowie die im Landkreis erscheinenden Amtsblätter und an die Internetredaktionen versendet. Dazu wurde der qualifizierte, themenspezifische Medienverteiler ständig aktualisiert und erweitert. Die Presseinformationen sind in einem eigenen Presseservice auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar. 2009 wurden 298 Presse-Informationen (das sind ca. 25 pro Monat bzw. mehr als eine pro Arbeitstag) erstellt. Sie resultieren aus Zuarbeiten der Ämter oder wurden selbstständig erarbeitet. Dieser Service findet bei den Medien große Resonanz. Darüber hinaus wurden sieben Pressemitteilungen zum Themenkomplex Flaeming-Skate® herausgegeben.

Selbstverständlich organisierte die Pressestelle auch Pressetermine und -gespräche zu den unterschiedlichsten Themen. Auch dieses Angebot nahmen die Journalisten rege an. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen (durchschnittlich zwei bis drei pro Arbeitstag) wird umgehend reagiert.

Die Mitarbeiterinnen waren auch 2009 im Katastrophenschutz-Stab des Landkreises aktiv. Sie begleiteten pressetechnisch Großübungen und standen für die Öffentlichkeitsarbeit in besonderen Situationen bereit.

Es wurden ca. 30 Ausschreibungen in Auftrag gegeben, die im Ausschreibungsblatt des Landes Brandenburg, der Märkischen Allgemeinen Zeitung, der Lausitzer Rundschau, auf den Internetseiten des Landkreises sowie in einigen Fällen in Fachzeitschriften veröffentlicht wurden.

Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle sind für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Insgesamt gab es im vorigen Jahr 44 Ausgaben.

Im Berichtszeitraum wurden rund 60 Grußworte, Reden, Laudationes und Präsentationen für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen erarbeitet. In dieser Zahl nicht einbezogen sind zahlreiche Zuarbeiten für Verlagspublikationen sowie für die Beantwortung von Bürgeranfragen.

Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle organisierten Führungen durch das Kreishaus und die Verwaltung. Dabei wurden sie von Mitarbeitern des Amtes für Zentral-, Schulverwaltung und Kultur unterstützt. Hauptsächlich wurden Schulklassen, Mitglieder von Vereinen und Organisationen, aber auch Seniorengruppen mit der Kreisverwaltung bekannt gemacht.

➤ Online-Redaktion

Zwei der drei Mitarbeiterinnen der Pressestelle sind u. a. als Online-Redakteurinnen tätig. Ihnen obliegt die Betreuung und der Ausbau des Internetauftritts www.teltow-flaeming.de. Folgende Zugriffszahlen verdeutlichen Akzeptanz und Nutzung der Homepage:

Statistik www.teltow-flaeming.de

	2005 (Februar - Dezember)	2006	2007	2008	2009
Besuche gesamt	85.012	150.847	308.584	321.300	387.033
Monatsdurchschnitt Besuche	7.085	12.570	25.715	26.775	32.253
Tagesdurchschnitt Besuche	258	769	846	880	1.060
aufgerufene Seiten gesamt	1.008.192	2.342.662	3.951.947	4.298.127	3.993.884
Maximum Besuche	Sept. 2005: 9.741	März 2006 17.098	März 2007 31.455	April 2008: 43.202	Sept. 2009: 46.782
Minimum Besuche	Febr. 2005: 2.854	August 2006: 7.842	Dez. 2007: 18.467	Dez. 2008: 17.658	Januar 2009: 22.153

zu beachten:

- die Zahlen enthalten auch die Anfragen von Suchmaschinen
- die Zahlen können außerdem geringfügig von der Realität abweichen, weil die Kreisverwaltung selbst als nur ein Rechner erfasst wird

Die Redakteurinnen pflegten außerdem den Internetauftritt der Flaeming-Skate® www.flaeming-skate.de (ca. 250.000 Zugriffe im Jahr 2009).

Auf allen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Berichte eingestellt, so dass sie neben der Funktion als Nachschlagewerk oder Dienstleistungsserver mit rund 1.000 eingetragenen Dienstleistungen auch die Eigenschaft einer Online-Zeitung haben. Für die Homepage des Landkreises TF wurden knapp 800 Berichte recherchiert und publiziert. Damit enthielt der Internet-Auftritt per 31.12.2009 fast 6000 Berichte.

Obwohl die Homepage www.flaeming-skate.de eher saisonabhängig ist, wurden 107 Berichte veröffentlicht. Mit einem Newsletter werden rund 3.600 Abonnenten auch im Winter auf dem Laufenden gehalten.

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redakteure und unterstützt die Ämter der Kreisverwaltung bei der Konzipierung eigener Unterportale unter www.teltow-flaeming.de bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises.

Umstellung des Intranets auf ein neues Content-Management-System (CMS)

Die Homepage der Kreisverwaltung TF wird momentan noch mit einem veraltetem und nicht zukunftsfähigen Redaktionssystem gepflegt. Die schrittweise Umstellung auf ein neues CMS (infosite) bedarf einer äußerst umfangreichen konzeptionellen Tätigkeit und der Entwicklung zahlreicher individueller Lösungen. „Testballon“ dafür war der Relaunch des Intranet-Auftritts der Kreisverwaltung im Jahr 2009 (Start: Januar 2010). Das neue Intranet präsentiert sich mit erweiterten Funktionen, neuen Inhalten, besserer Übersichtlichkeit und einem dem Corporate Design der Kreisverwaltung angepassten Layout. Damit wird es seiner Rolle als nahezu einziges Medium für die Kommunikation nach innen besser gerecht.

Die Online-Redaktion war an der Anpassung des Redaktionssystems, der Konzeption der Datenbanken und der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Intranetauftritts maßgeblich beteiligt. Die technische Umsetzung erfolgte durch die Programmierer (Dezernat I/ADV).

Die Online-Redaktion verfasste ein Handbuch, das als Wiki den Intranetredakteuren der Kreisverwaltung online zur Verfügung gestellt wird und den Umgang mit der neuen Software erleichtern soll.

➤ **Einheitliches Corporate Design für den Landkreis Teltow-Fläming:**

Die Online-Redaktion der Pressestelle konzipierte und erstellte in Zusammenarbeit mit der SWFG ein einheitliches Corporate Design für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming. Hintergrund: Die Kreisverwaltung des Landkreises Teltow-Fläming ist einer der wichtigsten Dienstleister der Region. Sie versteht sich als Behörde, deren Arbeit von Werten wie Bürger-nähe, serviceorientiertem Denken, Kompetenz, Transparenz und Effizienz bestimmt wird.

Dieser Anspruch soll sich im Erscheinungsbild des Landkreises und seiner Kreisverwaltung widerspiegeln und ihm – nach außen und nach innen – ein unverwechselbares Gesicht geben. Medien und Publikationen sollen eine einheitliche Handschrift tragen und in Farbe, Form und Formulierung aufeinander abgestimmt sein. Dafür bildet das neue Corporate Design den entsprechenden Rahmen. Die Richtlinien sind in einem Corporate-Design-Handbuch festgeschrieben worden.

➤ **Dienstleistungen für die Verwaltung**

Die Online-Redaktion unterstützten folgende Ämter und Sachgebiete (SG) der Kreisverwaltung bei der Erstellung von Broschüren, Faltblättern und anderen Publikationen mit Wort, Bild- und Layoutdienstleistungen:

SG Denkmalschutz:	- Flyer Denkmalforum 2009 - Kalender Denkmalschutz 2010
Netzwerk Kinderschutz	- Faltblatt Fachtag Kinderschutz - Faltblatt Kinderschutz - Lehrgangsteilnahme-Bescheinigungen
SG Jugend	- Kitabroschüre 2009/2010 - Informationsbroschüre für Eltern und Kinder/Jugendliche
SG Landwirtschaft	- Faltblatt Tag des Bodens - Programmbroschüre 2009/2010
SG Zulassung	- Ortskundekatalog
SG Gesundheit	- Plakat Zahngesundheit (deutsch und russisch) - Faltblatt Präventionsangebote - Faltblatt Sozialpsychiatrischer Dienst - Faltblatt Suchtberatung
SG Ordnung und Sicherheit	- Flyer Contra Schwarzarbeit
SG Planung	- Fragebogen Sportbefragung

Des Weiteren setzten die Redakteurinnen ihre Bemühungen im Kampf gegen „Amtsdeutsch“ bzw. schlechtes Deutsch fort. Dazu gab es regelmäßige Publikationen im Intranet und persönliche Hilfestellung (Beantwortung von Fragen, Korrektur zahlreicher Dokumente).

➤ **Organisation von Veranstaltungen und Messen**

Zu den Aufgaben der Pressestelle gehört – in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Zentral-, Schulverwaltung und Kultur und den jeweiligen Fachämtern –

das Organisieren von größeren Veranstaltungen im Landkreis

- Neujahrsempfang zum Thema „Auf der sicheren Seite in TF“ mit begleitender Ausstellung im Kreistagssaal und Verleihung der „Teltow-Fläming-Preise“
- Übergabe der Denkmalpflegepreise in Niedergörsdorf/OT Mellnsdorf
- Feierstunde zum „Tag des Ehrenamtes“

das Organisieren von Veranstaltungen zu besonderen Höhepunkten

- Tag der offenen Tür der Kreisverwaltung TF

Zum ersten Mal wurden interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einem Tag der offenen Tür am 20. September 2009 ins Kreishaus Luckenwalde eingeladen. Die Hauptorganisation und die Koordination der einzelnen Aktionen übernahm die Pressestelle in enger Zusammenarbeit mit den einzelnen Ämtern. Alle Ämter beteiligten sich und waren für die Umsetzung ihrer Aktivitäten eigenverantwortlich. Mehrere hundert Besucher besuchten das Kreishaus und informierten sich an zahlreichen Informationsständen. Ein Quiz, Auftritte der Kreismusikschule und weitere Aktionen sorgten für Unterhaltung.

- Bürgerfest 20 Jahre Mauerfall

Ein besonderer Höhepunkt war die feierliche Enthüllung der Skulptur „20 Jahre Mauerfall“ am 6. November 2009 an der B 96 in Mahlow. Zusammen mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg organisierte die Pressestelle die Enthüllungszereemonie für das Kunstwerk von Kerstin Becker sowie eine Open-Air-Veranstaltung mit Live-Musik der Gruppe Lift.

die Vorbereitung und Begleitung von Informations- und Arbeitsbesuchen

- Arbeitsbesuche von Ministerpräsident Matthias Platzeck und dem Minister für Bildung, Jugend und Sport Holger Rupprecht
- Informationsbesuch in der Gemeinde Am Mellensee

die Unterstützung von Veranstaltungen sowie Messen

- Internationale Grüne Woche in Berlin
- ITB Internationale Tourismusbörse in Berlin
- Workshop der Oskar-Patzelt-Stiftung für die Region Westbrandenburg
- AERO Friedrichshafen (Präsentation Flugplatz Schönhagen)
- Fotoausstellung „Kiefernland Brandenburg“ im Kreishaus
- Ausstellungseröffnungen in der Galerie im Kreishaus
- „Titanen on Tour“
- Deutsche Meisterschaften in der Stenografie
- Ehrung zum 100. Todestag des ehemaligen Landrates Stubenrauch
- Behinderten- und Skaterfest in Luckenwalde/OT Kolzenburg
- Wahlparty zur Bundestags- und Landtagswahl

Die Medien wurden vorab über Präsentationen des Landkreises auf Messen, insbesondere im touristischen Bereich, und im Anschluss über die Ergebnisse informiert. Bei allen Besuchen, Veranstaltungen und Präsentationen wurden Fotodokumentationen erstellt. Weiterhin nahm eine Mitarbeiterin regelmäßig an den Sitzungen der Arbeitsgruppe Flaeming-Skate beim Landrat teil.

Eine Mitarbeiterin der Pressestelle ist regelmäßig als Übersetzerin und Dolmetscherin, vorrangig für die polnische Sprache, tätig. Dies betrifft vor allem die Kommunikation mit dem polnischen Partnerkreis Gniezno. Außerdem koordiniert die Mitarbeiterin den fremdsprachlichen Auftritt der Internetseiten www.teltow-flaeming.de und www.flaeming-skate.de sowie der Publikationen des Landkreises und der Flaeming-Skate GmbH.

➤ **Partnerschaftliche Beziehungen**

Partnerlandkreis Gniezno

Zur Tradition sind die gegenseitigen Besuche der Landräte und der Kreistagsvorsitzenden zu den jeweiligen Weihnachts- bzw. Neujahrsempfängen geworden.

Gegenseitige Besuche gab es auch zu den Kreiserntefesten beider Landkreise. Aus dem Landkreis Teltow-Fläming reiste die Sernower Tanzgruppe nach Polen und leistete beim dortigen Kreiserntefest einen schwungvollen, kulturellen Beitrag.

Besonders intensiv gestalteten sich die Beziehungen zwischen den Behindertenverbänden Dahme, Jüterbog und Promyk (Gniezno). Der Landkreis unterstützte die Begegnungen zwischen den Verbänden. Hervorzuheben ist hier das Projekt „Europa im Wandel“. Im Rahmen dieses Projektes waren Mitglieder der Behindertenverbände aus Dahme, Jüterbog und Gniezno gemeinsam aktiv. Sie töpferen, malen und fotografierten. Das Projekt soll im Jahr 2010 weiterführt werden.

An der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming nahmen - wie in den vergangenen Jahren - erneut Vertreter aus dem polnischen Partnerkreis Gniezno teil. In diesem Jahr kam der Referent zum Thema „Erneuerbare Energien“ aus den Reihen der polnischen Delegation.

Die polnischen Partner folgten der Einladung zu einer Feierstunde des Kreistages zum 20. Jahrestag des Mauerfalls. Auf dem Besuchsprogramm stand auch die Besichtigung des Kunstwerkes der Künstlerin Kerstin Becker an der B 96.

Partnerkomitat Jasz-Nagykun Szolnok

Einen finanziellen Beitrag leistete der Landkreis erneut zur Unterstützung des eTwinning-Sprachprojektes des Gymnasiums Luckenwalde. Zwei Projekte des Gymnasiums: „Art and Architecture“ sowie „Movie Bridges“ wurden mit dem eTwinning-Qualitätssiegel 2009 ausgezeichnet.

Eine geplante Reise des Landrates und des Geschäftsführers der SWFG fand im Mai statt. Die deutschen Gäste hatten im Verlauf des Besuchs Gelegenheit, sich mit den Bürgermeistern über die Entwicklung der Gemeinden, insbesondere von Gewerbegebieten und touristischen Projekten, auszutauschen. Des Weiteren wurden erfolgreiche Industriean-siedlungen besichtigt. In den Gesprächen mit den Akteuren vor Ort unterbreiteten der Landrat und der Geschäftsführer der SWFG wiederholt das Angebot, Kontakte zu vermitteln oder Erfahrungsaustausche zu organisieren. Ein gutes Beispiel dafür, wie eine Partnerschaft auf kommunaler Ebene funktionieren und leben kann, ist die Zusammenarbeit zwischen Toszeg und Dahlewitz. Zur gleichen Zeit wie Landrat Giesecke hielt sich eine Delegation von Grundschulern in der Partnergemeinde auf.

Die Tanzgruppe „Die Pflastertreter“ aus Nuthe-Urstromtal hat sich erfolgreich zur Teilnahme an einem Kreativprogramm unseres Partnerkomitats Jasz-Nagykun-Szolnok beworben und den ersten Platz in der Kategorie 1 erreicht.

Die brandenburgisch-ungarische Freundschaftsgesellschaft, in der auch der Landkreis Teltow-Fläming organisiert ist, hat den Potsdamer Kanalsprint am 12. September 2009 zum Anlass genommen, sich am Rande des sportlichen Vergleichs mit der deutsch-ungarischen Gesellschaft an einem Gemeinschaftsstand zu präsentieren. Der Kanalsprint fand vor dem Hintergrund des 20-jährigen Jubiläums der ungarisch-österreichischen Grenzöffnung statt. Die Teilnahme von Gästen aus unserem Partnerkomitat geht dabei auf eine Initiative des Landrats zurück.

Dezernat I

Amt für Finanzen und Personal

1. Sachgebiet Finanzen

Der Landkreis hat seine Haushaltsführung zum 1. Januar 2009 auf die Doppik umgestellt. Intensive Vorbereitungen - bereits im Haushaltsjahr 2008 - führten dazu, dass der erste doppische Haushaltsplan mit einem ausgeglichenen Ergebnisplan von 179.134.000 € Gesamtvolumen und einem Finanzplan mit Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 15.524.000 € sowie Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 15.403.400 € aufgestellt wurde.

Haushaltsdiskussionen in den Fachausschüssen und im Kreistag führten zur Beschlussfassung der Haushaltssatzung am 23. Juni 2009.

Die Haushaltsunterlagen wurden dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg zur Prüfung übergeben. Die Haushaltssatzung enthält als genehmigungspflichtigen Bestandteil die Kreditaufnahme zur Finanzierung einer Ausleihung an die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SWFG). Die kommunalaufsichtliche Genehmigung für die Kreditaufnahme in Höhe von 2.950.000 € kann wegen der fehlenden Voraussetzung gemäß § 64 Abs. 3 BbgKVerf nicht erteilt werden und wurde versagt.

Wegen der Versagung der Kreditgenehmigung ist durch einen Beitrittsbeschluss des Kreistages zur Haushaltssatzung 2009 die Voraussetzung für die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung zu schaffen. Der Beitrittsbeschluss ist im Februar 2010 rückwirkend durch den Kreistag zu fassen.

Im Finanzplan wurden Fördermittel für investive Maßnahmen eingeplant für:

- Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (Ganztagsbetrieb)
- Ausbau Kreisstraßen
- Netzergänzung Flaeming-Skate

Ein größeres finanzielles Volumen nimmt das Konjunkturpaket II ein. Die einzelnen Maßnahmen wurden im laufenden Jahr beschlossen.

Im Februar wurde die Jahresrechnung 2008 durch die Kämmerei aufgestellt und vom Landrat festgestellt. Der Verwaltungshaushalt wurde mit einem Fehlbetrag in Höhe von 6.385.054,51 € unausgeglichen und der Vermögenshaushalt wurde ausgeglichen abgeschlossen. In diesem Betrag ist der vorgetragene Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2006 in Höhe von 9.819.018,25 € enthalten. Ein strukturelles Defizit gab es im Haushalt 2008 nicht.

Der Bestand der allgemeinen Rücklage beträgt 5.157.500 €.

Zum 31.12.2009 betrug der aufgelaufene Fehlbetrag des Landkreises Teltow-Fläming 21.541.679 €.

Bei der Haushaltsdurchführung 2009 wurde der in der Haushaltssatzung beschlossene Kassenkredit ständig in Anspruch genommen, wobei sich die durchschnittliche Inanspruchnahme wesentlich verringert hat.

2. Sachgebiet Finanzen/Aufgabenbereich Vollstreckung

Die bisher geltenden Pfändungsfreigrenzen ermöglichen der Vollstreckung weiterhin nur sehr eingeschränkte Pfändungsmöglichkeiten. Der Grundfreibetrag liegt analog der Vorjahre bei 935,15 €. Die Vollstreckungsfälle, bei denen nur eine fruchtlose Pfändung durchgeführt ist, sind steigend. Die Möglichkeit der Ratenzahlung nehmen mehr Schuldner in Anspruch, d.h. auch bei den Anträgen auf Ratenzahlungen ist eine steigende Tendenz erkennbar.

Der Einsatz des Ventilwächters wurde 20 Mal angedroht. Zu Insolvenzanmeldungen kam es in 50 Schuldfällen und 15 Mal erfolgte eine Anmeldung zur Zwangsversteigerung. Ferner erfolgten im Berichtszeitraum zwei Eintragungen einer Sicherungshypothek.

Die statistischen Angaben zur Fallbearbeitung sind aus den nachstehenden Tabellen ersichtlich:

Privatrechtliche Forderungen	2009
Neuzugänge	81
Erledigung durch Zahlung	28
Abgang wegen erfolgloser Beitreibung	7

	2009		2008		2007	
	Fälle	€	Fälle	€	Fälle	€
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	3.464	597.656,01	3.549	570.847,99	5.966	1.115.161,97
Beigetriebene Forderungen	2.189	268.190,35	2.499	348.178,92	2.840	475.808,66
Niederschlagungen	901	241.230,29	3.005	714.866,95	2.709	569.434,59
Amtshilfeersuchen	1.406		2.970		1.912	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner im Jahr	3.617		5.016		5.397	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner	5.819		7.969		8.595	

3. Sachgebiet Personal

Beschäftigte in der Kreisverwaltung:

	31.12.2008	31.12.2009
Beamte	104	103
Beschäftigte	723	729
Auszubildende (Azubi)	22	18
Zivildienstleistende	10	10

Es schieden insgesamt 39 Beschäftigte aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus.

Die Gründe für das Ausscheiden stellen sich u. a. wie folgt dar:

- durch Auflösungsvertrag 7 Beschäftigte
- Ableben des Arbeitnehmers 2 Beschäftigte
- Übertritt in die Altersrente 4 Beschäftigte
- Beendigung von Altersteilzeit 20 Beschäftigte
- Ende der befristeten Tätigkeit 4 Beschäftigte
- Kündigung des Arbeitnehmers 0 Beschäftigte
- Kündigung des Arbeitgebers 2 Beschäftigte

Im Rahmen von notwendigen Stellenbesetzungsverfahren wurden 42 Stellen extern ausgeschrieben. Davon sind elf Bewerbungsverfahren zurzeit noch nicht abgeschlossen. Für die jeweiligen Bewerbungsverfahren sind insgesamt 665 Bewerbungen eingegangen. Des Weiteren waren im Laufe des Jahres 81 Initiativbewerbungen zu verzeichnen. Es wurden 22 befristete und sechs unbefristete Arbeitsverhältnisse geschlossen.

Die Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten beendeten sechs Azubi und zum Vermessungstechniker ein Azubi. Die Übernahme erfolgte befristet.

Im Berichtszeitraum gab es 19 arbeitsrechtliche Klageverfahren. Davon sind sieben Verfahren bereits abgeschlossen. Zwölf befinden sich noch im laufenden Verfahren. Es wurde eine Änderungskündigung ausgesprochen.

Derzeit sind 23 Beschäftigte mit ihren Stellen aus den Fachämtern herausgelöst und der „ARGE“ bis zum 31. Dezember 2014 zur Arbeitsleistung zugewiesen.

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 56 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 6,72 %. Die Pflichtquote beträgt 5 %. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe.

Das Angebot zur freiwilligen Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit wurde weiterhin in Anspruch genommen. Es bestehen derzeit 161 Teilzeitarbeitsverhältnisse für einen befristeten sowie einen unbefristeten Zeitraum bzw. erfolgte für bestehende Teilzeitarbeitsverhältnisse eine Verlängerung.

Zurzeit befinden sich 122 Beschäftigte in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis, wovon sich 42 in der Ruhephase befinden. Für zwölf Beschäftigte erhält die Kreisverwaltung auf Grund der Stellen-Wiederbesetzung mit einem Azubi bzw. Arbeitssuchenden Personalkostenerstattung von der Bundesagentur für Arbeit. 2009 wechselten in die Ruhephase der Altersteilzeit 19 Mitarbeiter. In elf Fällen erfolgte keine Wiederbesetzung. Diese Stellen sind mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers weggefallen.

Die Kreisverwaltung stellte sechs Ausbildungsplätze für die Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten und zwei für die Ausbildung zum Vermessungstechniker zur Verfügung. Aus den insgesamt 40 Bewerbungen (39 für Verwaltungsfachangestellte und eine Bewerbung zum Vermessungstechniker) konnten sieben Jugendliche ausgewählt und Ausbildungsverträge geschlossen werden. Ein Ausbildungsplatz zum Vermessungstechniker konnte aufgrund der fehlenden Bewerbungen nicht besetzt werden. Darüber hinaus wurde acht Schülern sowie 18 Studenten ein Praktikumsplatz zur Verfügung gestellt.

Zwei Beschäftigte legten erfolgreich die Ausbildung zum Verwaltungsfachwirt ab. Des Weiteren qualifizierten sich zum Finanzbuchhalter zwei Beschäftigte und zum Bilanzbuchhalter drei Beschäftigte. Von einem Beschäftigten wurde die Ausbildereignungsprüfung abgelegt.

Aufgabenbereich Organisation

Durch den Bereich Organisation wurden Dienstvereinbarungen aktualisiert und erarbeitet.

Weitere Aufgaben waren Stellenbedarfsanalysen und -überprüfungen, Aktualisierung von Stellenbeschreibungen und Prüfung von Eingruppierungen, wobei hier die Einführung der Arbeitsförderungsmaßnahme des Bundes – das so genannte Kommunal-Kombi - mit der Beschreibung und Bewertung von ca. 30 förderfähigen Stellen einen Schwerpunkt bildete.

Die bereits mit Inkrafttreten des TVöD in Aussicht gestellte Neuregelung zur Stellenbewertung – Entgeltordnung – wurde auch für das Jahr 2009 nicht eingeführt. Jedoch wurde aufgrund zahlreicher und massiver Streiks für Angestellte in den Bereichen der sozialen Dienste bzw. der Erziehungsdienste eine erste Neuregelung erarbeitet. Mit Wirkung zum 1. November 2009 kommt der „Tarifvertrag für den Erziehungs- und Sozialdienst“ zur Anwendung.

Im I. Quartal wurde die Projektgruppe zur Einführung eines Dokumentenmanagement- und Archivsystems (DMS) gebildet. Ziel war und ist es, dieses System zunächst im Amt für Straßenverkehr, Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht und aufbauend darauf im gesamten Haus als Verarbeitungs- und Ablagesystem zu nutzen. Ab November wurde DMS im Fahrerlaubnis- und Führerscheinwesen eingeführt.

Seit Anfang 2007 beteiligt sich der Landkreis am Vergleichsring Jugendhilfe. Ziel des Vergleichsringes ist es, durch einen Kennzahlenvergleich im Bereich der Hilfen zur Erziehung (einschließlich Eingliederungshilfen und Hilfe für junge Volljährige) die fachlichen und finanziellen Steuerungsmöglichkeiten der einzelnen Jugendämter zu verbessern sowie einen interkommunalen Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Jugendämtern durchzuführen.

Schwerpunkt der Betrachtung war die Steuerung der Leistungen der Hilfen zur Erziehung. Es wurden Kennzahlen entwickelt und diskutiert, die geeignet sind, fachliche Zielsetzungen zu quantifizieren sowie mögliche Zusammenhänge zwischen Bedarf, Erfolg und Nichterfolg von Hilfen fundierter analysieren und bewerten zu können. Bestandteil der letzten Projektvereinbarung war die Datenerfassung für die Jahre 2006 bis 2008. Im Oktober wurde von der KGSt der Abschlussbericht vorgelegt, der derzeit ausgewertet wird.

In den Bereichen der öffentlichen Verwaltung muss mit immer knapper werdenden Mitteln das bestmögliche Ergebnis erzielt werden. Dies trifft auch das Amt für Jugend und Soziales, dessen hoher Kostenanteil immer wieder in der Diskussion steht. Dem steht die

Erfüllung von fachlich begründeten Leistungsstandards mit ihren zunehmend komplexen und schwierigen Aufgabenfeldern und vielfältigen gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen gegenüber. Vor diesem Hintergrund wurde ein externes Beratungsunternehmen beauftragt, im Amt für Jugend und Soziales Optimierungspotenziale zu identifizieren sowie die konzeptionellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine zeitnahe Umsetzung dieser aufzuzeigen. Im März wurde der Untersuchungsbericht vorgelegt. Danach wurde mit einer intensiven Analyse der Untersuchungsergebnisse und Auswertung in den einzelnen Bereichen begonnen, welche derzeit noch läuft.

Der Stellenplan des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2009 wurde erstmals nach der Verwaltungsvorschrift Produkt- und Kontenrahmen erstellt. Im Stellenplan 2009 sind insgesamt 774,61 Stellen (in Vollzeiteneinheiten) ausgewiesen, davon 105 Stellen für Beamte und 669,61 für tariflich Beschäftigte. Weitere 20 Stellen sind für die Altersteilzeit-Freistellungsphase ausgewiesen.

Diese Stellen sind nach der Verwaltungsvorschrift Produkt- und Kontenrahmen im Teil 2 des Stellenplans („Besondere Abschnitte“) mit 0,5 Vollzeiteneinheiten nachrichtlich darzustellen.

Bei der Durchführung der im Berichtszeitraum anstehenden Landtags- und Bundestagswahl wurde das Kreiswahlbüro in Zusammenarbeit mit dem Sachgebiet Zentralverwaltung und Beschaffung personell unterstützt.

Amt für Zentral-, Schulverwaltung und Kultur

1. Sachgebiet Zentralverwaltung und Versicherungen

➤ *Zentralverwaltung*

Schwerpunktaufgaben waren:

- Umsetzung und Anwendung der doppischen Buchführung im Abrechnungswesen
- fortsetzende Renovierung von Räumlichkeiten des Kreishauses
- Mitwirkung bei der organisatorisch-technischen Absicherung der Bundestags- und Landtagswahlen
- materielle und technische Sicherstellung des Neujahrsempfangs sowie einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen im Kreistagssaal
- Unterstützung von Messen und Ausstellungen
- Durchführung umfangreicher verwaltungsinterner Umzüge

➤ *Versicherungsangelegenheiten*

In diesem Bereich werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises gegen Dritte bearbeitet. Für die dem Anwaltszwang unterliegenden Schadenersatzklagen vor dem Landgericht Potsdam obliegen der zuständigen Sachbearbeiterin die Sachverhaltsermittlung und die Erarbeitung von Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die den Landkreis in diesen Fällen vertretende Rechtsanwälte.

Bei der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung des Kommunalen Schadenausgleich (KSA) nimmt die zuständige Sachbearbeiterin die Interessen des Landkreises wahr. Darüber hinaus ist sie Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis betreffenden Versicherungsbereichen.

Im Vergleich zu den Vorjahren bleibt es tendenziell bei gleichbleibenden Fallzahlen neu eingehender Schadensfälle. Die im vorangegangenen Berichtszeitraum in der Sparte Kaskoschäden beobachtete sprunghaft angestiegene Anzahl von Schadensfällen ist wieder auf die dem Durchschnitt der vergangenen Jahre entsprechende Zahl zurückgegangen, wobei jedoch auch ein Totalschaden zu verzeichnen ist.

Dem entgegen steht die Entwicklung der Schadensfälle, die dem Landkreis im Betrachtungszeitraum durch Dritte zugefügt worden sind. Hier ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Auch in dieser Rubrik musste ein Totalschaden an einem Fahrzeug des Landkreises registriert werden.

Bei den neu anhängigen Schadenersatzklagen hat es erneut drei Klageerhebungen gegeben. Ein Novum ist hierbei, dass auf diesem Wege erstmals Schadenersatzansprüche aus der Verletzung von durch das Datenschutzgesetz geschützten Rechten geltend gemacht wurden. Das Gericht hat im Dezember die Klage zugunsten der Kläger entschieden und den Landkreis zum Schadenersatz verurteilt. Die im letzten Tätigkeitsbericht angeführte Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Bundesgerichtshof (BGH) wurde durch diesen überraschenderweise abgewiesen, wodurch fast auf den Unfalltag genau fünf Jahre später dieser Schadenersatzprozess sein endgültiges Ende fand.

2. Sachgebiet ADV

Folgende Softwarelösungen konnten im Berichtszeitraum abgeschlossen werden:

- technologische Umstellung der Software für die Volkshochschule sowie zur Bearbeitung der Wohngeldanträge
- Umstellung des Fachverfahrens zum Mündelgeld auf das einheitliche Verfahren im Jugendamtsbereich (Logodata)
- Beschaffung und Einführung neuer Module für die Vollstreckung
- Beschaffung eines neuen Moduls für die Budgetierung (Kosten: 12.000 €)
- Umstellung der Schnittstelle des Personalabrechnungsverfahrens zum Finanzwesen auf die Doppik

Auf dem Weg zur Einführung eines verwaltungsübergreifenden Dokumentenmanagementsystems der Kreisverwaltung wurde in den Pilotbereichen des A 36 (Führerscheinwesen und Kfz-Zulassung) das ausgeschriebene Verfahren eingeführt und in den Routinebetrieb überführt. Die Kosten beliefen sich auf ca. 100.000 €.

Parallel dazu wurde neben neuer Servertechnik für das Softwaresystem ein zentrales Speichersystem zur Ablösung des alten SAN (Storage-Area-Network, dt. Speichernetzwerk) beschafft und in Betrieb genommen. Mit dem neuen Storage-System liegt eine Speicherlösung vor, die die Anforderungen an eine revisionssichere Archivierung erfüllt (Kosten für die erste Ausbaustufe: ca. 60.000 €). Die Migration der im SAN liegenden Daten auf das neue Speichersystem wurde begonnen und wird Anfang 2010 abgeschlossen.

Die Erneuerung von PC-Technik für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung und in den Schulen konnte weiter fortgesetzt werden.

Der durch eine Projektgruppe - bestehend aus Schulleitung, Lehrern und dem EDV-Betreuer des Landkreises - im Gymnasium Luckenwalde im Jahr 2008 erstmalig erarbeitete Medienentwicklungsplan wurde mit Bereitstellung von Fördermitteln vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in der ersten Phase umgesetzt. Weitere Medienentwicklungspläne sind kurz vor Fertigstellung bzw. in Erarbeitung.

Die Erarbeitung eines Konzeptes zum Aufbau eines INSPIRE-konformen Geoportals im Landkreis wurde abgeschlossen und bildete die Grundlage zur Erarbeitung von Ausschreibungsunterlagen für die Beschaffung eines Webportals. Ein Antrag auf Bewilligung von Fördermitteln war erfolgreich. Aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) stehen dem Landkreis - neben den erforderliche Eigenmitteln in Höhe von 24.750 € - 74.250 € Zuwendungen für die Realisierung zur Verfügung.

Die Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen wurden EDV-technisch durch die ADV abgesichert.

3. Sachbiet Schulverwaltung und Kultur

➤ *Schulverwaltung*

Die wesentlichen Aufgaben waren:

- die Organisation und Finanzierung der Schülerbeförderung von rund 7.000 Fahrschülern des Landkreises (3.261.600 € Beförderungskosten);
- die Bearbeitung der Schulkostenbeiträge an die Träger der weiterführenden allgemein bildenden Schulen im Landkreis und an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte im Land Brandenburg (Ausgaben in Höhe von 2.589.300 €);
- die Vergabe von Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz (Landesmittel in Höhe von 123.400 €);
- die Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen (Zuschüsse in Höhe von 29.800 €) und
- die Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Grundschulen im Landkreis zur Förderung der Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen (Zuschüsse in Höhe von 23.400 €).

➤ *Kultur*

Die Ausstellungstätigkeit in der Neuen Galerie in Wünsdorf und im Kreishaus wurde erfolgreich fortgesetzt. Neben der Jubiläumsausstellung zum 70. Geburtstag von Manfred Stenzel aus Luckenwalde gab es weitere Ausstellungen der Malerei, Grafik, Plastik und Fotografie von Künstlern des Landkreises und darüber hinaus.

Zur Förderung der Kunst und Kultur wurden zahlreiche Projekte finanziell unterstützt, so u.a. Produktionen des „theater 89“, das Brückenfest in Ludwigsfelde sowie das Fläming-Musik-Festival in Jüterbog.

Höhepunkt war die Einweihung der Skulptur der Bildhauerin Kerstin Becker aus Wildau-Wentdorf zum 20. Jahrestag des Mauerfalls an der B 96 in Mahlow. Im Vorfeld lobte der Landkreis einen Wettbewerb „Kunst im öffentlichen Raum“ aus, an dem sich zwölf Künstlerinnen und Künstler aus dem Landkreis beteiligten. Eine Jury wählte unter allen eingereichten Entwürfen den von Kerstin Becker für die Umsetzung aus. Ihre Grundidee für das Kunstwerk war das Überwinden, Durchdringen und Öffnen von Mauern.

➤ *Kreismusikschule Teltow-Fläming*

Zum Stichtag 1. Januar 2010 wurden an der Kreismusikschule insgesamt 1.189 Schüler unterrichtet. Ca. 200 davon belegten ein zweites oder drittes Fach (ohne Ensembles!). 18 fest angestellte und 24 freie Mitarbeiter unterrichteten 676 Stunden pro Woche. Davon entfallen auf die Angestellten 403 Stunden. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser Zählung die Zeiten für Leitung, Verwaltung und Zusammenhangstätigkeiten.

Die Öffentlichkeitswirksamkeit hat sich weiter verbessert. Gegenüber 2008 stieg die Zahl der Veranstaltungen um über 40% auf 203. Weit über 20.000 Zuhörer waren zu verzeichnen. Kleine und große Ensembles spielten im gesamten Kreisgebiet auf Einladung von Firmen, Städten und Gemeinden bei Festen, zur Gesellenfreisprechung, bei Seniorenfeiern u.v.a.

Besondere Höhepunkte waren:

- Sonderpreis des Landes Brandenburg für Moritz Beyer (Teilnehmer am Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ am 28. März) in Cottbus
- Teilnahme der Bigband am Europäischen Musikfest der Jugend (20. - 24. Mai) in Österreich mit Konzerten in Freistadt und Linz
- Mitwirkung am deutschlandweiten Tag der Musik (12. - 14. Juni) mit Auftritten auf verschiedenen Bühnen des Luckenwalder Turmfestes (Keyboardorchester, Trommel-Fieber, Tent-Fools, Keksorchester)
- Konzert des Schülerorchesters zum Abschluss eines Probenlagers in Körbiskrug
- Aufführung des Theaterstückes „Räuber Hotzenplotz“ in Kooperation mit der Kita „Vier Jahreszeiten“ (zwei ausverkaufte Veranstaltungen im Luckenwalder Stadttheater am 6. und 8. Juni)
- Teilnahme an den Landesmusikschultagen in Fürstenwalde mit fünf Ensembles und 80 Schülern (17. - 19. Juli)
- Auftritt der Bigband beim Kongress des Berlin-Brandenburger Herzzentrums in Bernau (7. November) und beim Tag des Offenen Denkmals in Ahlsdorf (12. September)

Mitwirkung bei Veranstaltungen des Landkreises:

- Neujahrsempfang des Landrates und des Kreistagsvorsitzenden (23. Januar)
- Tag der offenen Tür (20. September)
- Veranstaltung „20 Jahre Mauerfall“ an der B 96 in Mahlow (6. November)

➤ *Volkshochschule*

Die Volkshochschule ist die kommunale Weiterbildungseinrichtung des Landkreises und versteht sich als Partner der regionalen Entwicklung. Sie ist offen für alle Menschen, Wissensbereiche und Methoden der modernen Erwachsenenpädagogik. Im Kontext des lebenslangen Lernens bietet sie Orientierung, Beratung und schafft Voraussetzungen für Bildung und Qualifizierung.

Die Volkshochschule leistete im Berichtszeitraum den Hauptanteil der Weiterbildungsgrundversorgung im Landkreis mit einem flächendeckenden, vielfältigen Bildungsangebot und weiteren bedarfsorientierten Kursen und Veranstaltungen für die Bevölkerung und Wirtschaft. Es wurden insgesamt 11.150 Unterrichtsstunden mit 4.440 Teilnehmern und Teilnehmerinnen in 502 Kursen durchgeführt. Damit zieht die Volkshochschule für das Jahr 2009 wieder eine positive Bilanz. Die Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten blieb konstant und konnte in einigen Bereichen noch gesteigert werden. Spitzenreiter in der Nachfrageskala sind wie stets die Sprachen, aber auch die Gesundheitsthemen und kulturelle Bildung erfreuen sich großer Beliebtheit. Die berufliche Bildung verzeichnet einen leichten Zuwachs, vor allem durch die verstärkte Nachfrage nach firmenspezifischen Schulungen.

Es wurde erstmalig ein Familienprojekt „Bewegung, Gesundheit, Ernährung“ in Kooperation mit der AOK des Landes Brandenburg im Landschulheim Dobbrikow mit 30 Eltern und Kindern durchgeführt. Diese erfolgreiche Kooperation soll im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

Auch der Zweite Bildungsweg zur Erlangung der Fachoberschulreife ist nach wie vor stark nachgefragt mit insgesamt ca. 100 Schülerinnen und Schülern in vier Klassen. Besonders erfreulich war es, dass zum Schuljahresende die Absolventen nach zweijähriger Schulzeit mit guten Zeugnissen in die Arbeitswelt verabschiedet werden konnten. Mit den 9. Klassen des Zweiten Bildungsweges wurde das entwicklungspolitische Projekt „Mode zum kleinen Preis – aber um welchen Preis“ durchgeführt, welches vom Deutschen Volkshochschulverband (DVV) finanziell bezuschusst wurde.

Die Volkshochschule will das Leistungsspektrum und die Qualität der Bildungsangebote beibehalten und erweitern. Dazu wurde der Qualitätsprozess der „Lernorientierten Qualitätstestierung in der Weiterbildung“ (LQW) und die Träger- und Maßnahmezertifizierung der beruflichen Weiterbildung nach der Verordnung über das Verfahren zur Anerkennung von fachkundigen Stellen sowie zur Zulassung von Trägern (Anerkennungs- und Zulassungsverordnung - Weiterbildung - AZWV) begonnen.

➤ *Museum des Teltow*

Wegen nicht vorhandener finanzieller Mittel und sehr begrenzter personeller Kapazitäten musste die Ausstellungstätigkeit des Museums weiter reduziert werden. Es wurden zwei Ausstellungen gezeigt:

- Sonderausstellung „Bruno Taut - Architekt, Stadtplaner und Pionier des sozialen Wohnungsbaus“
Die Ausstellung ist mit wesentlicher Unterstützung des Vereins Historisches Dorf Dahlewitz e.V. entstanden
- Sonderausstellung „Macht und Provinz. Militärgeschichte im heutigen Landkreis Teltow-Fläming - Von der Pickelhaube zur Pilotka“
Zu dieser Ausstellung ist auch eine Begleitpublikation erschienen. Dieses Projekt entstand in Zusammenarbeit bzw. mit Unterstützung von Schulklassen.

Ursprünglich vom Museum erarbeitete Ausstellungen konnten in anderen Orten des Landkreises und darüber hinaus gezeigt werden. Das Museum hat das Projekt „Titanen on Tour“, 850 Jahre Besiedlung des Flämings, maßgeblich unterstützt. Weiterhin gab es sehr gut besuchte Vorträge des Museumsleiters, u.a. in Zossen und Rangsdorf.

Nicht nur Schulen und Vereine nutzten für ihre Arbeit die Sammlungsbestände des Museums, auch Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in mehreren Gemeinden konnten unterstützt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit war die Recherche und das Zusammenstellen des Heimatjahrbuches für den Landkreis.

➤ *Kreismedienzentrum (Kreis- und Fahrbibliothek mit Kreisbildstelle)*

Die Trinität aus Fahrbibliothek, Kreisbildstelle und Kreisergänzungsbibliothek bildet eine positive Struktureinheit, um anstehende Aufgaben wie die mobile Bibliotheksversorgung im Landkreis durch die Fahrbibliothek, Medienversorgung für den Unterricht in den Schulen durch die Kreisbildstelle sowie ein Medienergänzungspool für Öffentliche Bibliotheken und Bildungseinrichtungen zu lösen. Die Bestände der drei Einrichtungen stehen als synergetische Einheit zur Nutzung für alle Einrichtungen zur Verfügung.

Folgende gemeinsame Aktionen wurden organisiert:

- Kreisentscheid für den Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels
- Teilnahme am Kreiserntefest mit der Fahrbibliothek
- Tag der Offenen Tür im Kreishaus, Präsentation der Fahrbibliothek und Kreisbildstelle
- „Lange Nacht der Bibliotheken“ - als Projekttag in der Grundschule Blönsdorf

Die Fahrbibliothek bediente insgesamt 157 Haltepunkte (Orte im Landkreis ohne Öffentliche Bibliotheken) im Vier-Wochen-Rhythmus. In Kindergärten, Horten und Grundschulen organisierten die Mitarbeiter Autorenlesungen, eigene Buchlesungen, den „Medienkoffer“ zu bestimmten Themen sowie Bibliothekseinführungen. Weiterhin wurden – nach Bedarf – Förderschulen und Altenheime angefahren. Es fanden 72 Veranstaltungen für Erwachsene und Kinder mit 1.971 Besuchern statt. 51.515 Medien wurden in der Fahrbibliothek entliehen und 20.471 Besucher gezählt.

Die 15 Öffentlichen Bibliotheken des Landkreises nutzten den Medienpool der Kreisergänzungsbibliothek rege. 12.346 entlehene Medien konnten hier registriert werden.

Einmal im Quartal lädt die Kreisbibliothek die Bibliotheksleiter aller Öffentlichen Bibliotheken zur Kreisarbeitsgemeinschaft, zum Erfahrungsaustausch oder zu Weiterbildungsveranstaltungen mit ausgewählten Referenten ein. So fanden zwei Fortbildungen mit Tina Kemnitz zum Thema „Wie macht man Kinder und Jugendliche neugierig auf Bücher“ und die Fortbildung "Lustige Bibliothekseinführungen für Kinder" statt. Frau Anette Steffen stellte das "Netzwerk gesunde Kinder TF" vor. Gemeinsame Aktivitäten mit den Bibliotheken sind hier in Vorbereitung.

Lehrmittel in Form von audiovisuellen Medien mit öffentlichen Aufführrechten werden entsprechend den Lehrplänen in der Kreisbildstelle angeschafft und entliehen. Von der leihweisen Nutzung der Abspielgeräte, Camcorder, Videokameras, Leinwände wurde reger Gebrauch gemacht.

2009 fanden im Kreismedienzentrum ein Treffen der Fahrbibliotheken des Landes Brandenburg und die Tagung der Leiter der Kreisbibliotheken statt. Einladender war die Landesfachstelle für Bibliotheken.

Amt für Straßenverkehr, Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung

1. Sachgebiet Zulassung

Die Einführung der Umweltprämie (Abwrackprämie) sorgte auch in unserer Zulassungsbehörde für einen erheblichen Mehraufwand. So wurden im Berichtszeitraum 30 % mehr Fahrzeuge neu zugelassen und Altfahrzeuge verschrottet.

Im Bereich Zulassung (Kfz-Zulassung und Fahrerlaubniswesen) begann die Einführung eines Dokumenten-Management-Systems (DMS) mit der Umstellung auf eine elektronische Aktenablage.

Neu ab Januar 2009 ist, dass auf Wunsch die Kennzeichen nach Außerbetriebsetzung eines Fahrzeuges sofort und ohne weitere Wartezeiten für die Zulassung eines anderen Fahrzeuges verwendet werden können.

Mit Änderung der Straßenverkehrsrechtszuständigkeitsverordnung (StVRZV) sind die Ämter und amtsfreien Gemeinden neben den Landkreisen und kreisfreien Städten seit 11. September für die Entgegennahme von Fahrerlaubnisanträgen gemäß Fahrerlaubnis-Verordnung zuständig. Insgesamt wurden von September bis Dezember 109 Anträge gestellt.

2. Sachgebiet Verkehr

Die Straßenverkehrsbehörde sah sich auch 2009 vor besonderen Herausforderungen hinsichtlich der Koordinierung von Baumaßnahmen auf den Straßen im Landkreis gestellt. Vor allem die Bauvorhaben auf Bundes- und Landesstraßen, die in der Verantwortung des Landesbetriebes Straßenwesen lagen, waren Grund für zahlreiche Umleitungen. Folgende Straßenbaumaßnahmen waren mit Vollsperrungen und längerem Bauzeitraum verbunden:

- B 96 von Baruth bis Wünsdorf
- B 101 in Luckenwalde, Zinnaer Straße/Jüterboger Straße
- B 102 Ortsdurchfahrt in Jüterbog
- B 246 in Trebbin, Bahnhofstraße
- L 76 zwischen Teltow und Mahlow
- L 792 zwischen Blankenfelde und Mahlow
- Kreisstraßen in Grüna und Luckenwalde
- kommunale Straßen in Luckenwalde (Theaterstraße) und in Rangsdorf (Seebadallee)

Zu beobachten ist der Trend, dass zunehmend Vollsperrungen für die Baumaßnahmen aus Gründen des Arbeitsschutzes gefordert werden, was in der Öffentlichkeit immer wieder zu Verärgerungen führt. Allen Belangen von Organisatoren, die größere Veranstaltungen auf Straßen, wie z. B. Radrennen, Filmaufnahmen oder Straßenfeste wünschten, gerecht zu werden, war nicht ohne Kompromisse jeder beteiligten Seite möglich.

Zu dem im vergangenen Jahr begonnenen Pilotprojekt „Shared space“ in Luckenwalde hat sich die Stadt mit der Straßenverkehrsbehörde zu einigen grundsätzlichen Gestaltungsvorschlägen verständigt. Die Planung ist bisher noch nicht abgeschlossen.

Hervorzuheben ist in diesem Jahr die Novellierung der Straßenverkehrs-Ordnung, auf deren Grundlage das Sachgebiet Verkehr künftig auch innerhalb des Landkreises eine Reihe von

Änderungen vornehmen wird. Dies betrifft zum einen die Reduzierung des Schilderwaldes. Mehrere Verkehrszeichen entfallen künftig und sind in den nächsten zehn Jahren zu entfernen. Weiterhin werden neue Verkehrszeichen eingeführt, wie z.B. die Parkbewirtschaftungszone. Neu definiert wird auch die gesamte Problematik der benutzungspflichtigen Radwege.

Das mit dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung begonnene Versuchsprojekt „Radfahrerschutzstreifen“ auf einem außerorts liegenden Straßenabschnitt bei Kummersdorf/Gut konnte nicht fortgeführt werden, da sich die Bedingungen zu Ungunsten der Verkehrssicherheit verändert hatten. Nunmehr sollen andere geeignete Straßenabschnitte im Land Brandenburg geprüft werden.

Hinsichtlich von Parkerleichterungen für behinderte Menschen konnte der Personenkreis für eine bundesweite Ausnahmegenehmigung erweitert werden, der bisher nur für das Land Brandenburg Vergünstigungen erhielt. Wenn auch eine wichtige Ausnahme nicht gewährt wurde und Schwerbehindertenparkplätze weiterhin außerhalb der Länder Brandenburg und Berlin nicht genutzt werden dürfen, so sind u. a. eine Gebührenfreiheit und zeitlich uneingeschränkte Nutzung von bewirtschafteten Parkplätzen hilfreich. Per Erlass wurde im Land Brandenburg zusätzlich geregelt, den betroffenen Schwerbehinderten sowohl im Land Brandenburg als auch im Einvernehmen mit dem Land Berlin dort die Nutzung der Schwerbehindertenparkplätze weiterhin zu gestatten.

Bis zur Änderung der StVO wurden im Berichtszeitraum 27 neue Anträge für das Land Brandenburg positiv beschieden, 2008 waren es 63 Parkerleichterungen. Für die bundesweit geltenden Parkerleichterungen für außergewöhnlich Gehbehinderte und den erweiterten Personenkreis konnten weitere 148 Ausnahmen genehmigt werden.

Zum Unfallgeschehen wurden der kreislichen Unfallkommission eine Unfalhhäufungsstelle (UHS) durch die Polizei neu übergeben. Von den insgesamt 18 noch in Bearbeitung befindlichen UHS wurden zwei UHS geschlossen.

Täglich 13 Verkehrstote und über 1.100 Verletzte auf deutschen Straßen sind der Grund dafür, in den Bemühungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit nicht nachzulassen. Dazu gehört auch die Kontrolle der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, die die Mitarbeiter der Kreisverwaltung an 73 Messstellen (davon zehn mit fest installierten Anlagen) überprüften. Es gibt im Landkreis 76 Messstellen, wovon neun auf festen Anlagen sind.

64 % aller von der Kreisverwaltung eingerichteten Messstellen unterstützten den Schutz der Schul- und Spielwegsicherung. 10 % befanden sich an Unfalhhäufungslinien/-stellen, 21 % an Stellen mit besonderer Gefährdung und 5 % dienten der Überwachung der Geschwindigkeit in schützenswerten Bereichen (Altenheim, Krankenhaus u. a.).

Im Berichtsjahr eröffneten die Mitglieder der kreislichen Verkehrsunfallkommission in Groß Machnow zwei mobile Standorte neu. Ein stationärer Standort wurde in Zossen in Betrieb genommen. Wegen der bereits 2008 beschlossenen Verlagerung der Messstelle innerhalb der Bahnhofstraße in Thyrow, konnte diese formal geschlossen werden. Drei weitere mobile Messstellen (Werben, Nähe SüdringCenter und Mellensee) mussten aus bautechnischen Gründen aufgegeben werden. Zwei Standorte an der Verbindungsstraße B 101 wurden 2008 nur befristet eingerichtet. Diese Frist ist abgelaufen. Es gab dort keine Auffälligkeiten mehr.

Während die Geschwindigkeit an der stationären Geschwindigkeitsmessanlage in Zossen, Straße der Jugend, am häufigsten überschritten wurde, hat eine Messung am Standort an der B 96 in Dabendorf (von Groß Machnow in Richtung Zossen) mit 80 km/h (abzüglich Toleranzwert) die höchste Geschwindigkeitsüberschreitung ergeben.

Zum 1. Februar 2009 wurde - nach einer vier Jahre andauernden und zu einem großen Teil kontrovers geführten Diskussion - die seit 1990 umfangreichste Reform der für Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten geltenden Bußgeldregelungen abgeschlossen. Es fand eine breite, aber sorgfältig differenzierte Anhebung der Regelgeldbußen statt. Den Kern der Neuregelungen bildet die Anhebung der Regelgeldbußen für ausgewiesene Hauptunfallursachen. Daneben wurden die Geldbußen für einige Zuwiderhandlungen erhöht, die vorsätzlich begangen werden oder aus denen die Betroffenen wirtschaftliche Vorteile ziehen. Keine Änderung fand bei der großen Zahl der weniger schwerwiegenden Zuwiderhandlungen statt, die auch verantwortungsvollen Kraftfahrern zuweilen unterlaufen können.

Verzögerungen bei der Straßendeckenerneuerung an der B 96 in Zossen (Straße der Jugend) führten dazu, dass der bereits im 4. Quartal 2007 in Richtung Wünsdorf begonnene Bau eines weiteren stationären Messpunktes Nähe des Seniorenheimes (Stelle mit besonderer Gefährdung) erst im Juni 2009 abgeschlossen wurde. Der erste Kameraeinsatz erfolgte am 25. Juni 2009.

Wegen defekter Technik konnten die mobilen bzw. stationären Kameras an 51 Tagen nicht eingesetzt werden. Infolge Straßenbaumaßnahmen auf der B 115 Markendorf war ein Ausfall an der dort stationären Geschwindigkeitsmessstelle von 208 Tagen zu verzeichnen.

Statistik

1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
Fahrzeugbestand gesamt	123.868	125.502
davon Kräder	7.398	7.652
Pkw	87.932	88.847
Lkw	7.993	8.087
Zugmaschinen	2.629	2.726
sonstige Kfz	1.181	1.172
Kfz-Anhänger	16.587	16.870
KOM	148	148

2. Fahrschulwesen/Fahrschulüberwachung

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	45	46
Anzahl der Fahrlehrer	106	169 (registrierte) 107 (tätige Fahrlehrer)
Anzahl der Seminarleiter ASF/ASP*	40	42
Anzahl der überprüften Fahrschulen/ -lehrer/Seminarleiter	15	23
<ul style="list-style-type: none"> • Formalüberwachung • Qualitätskontrolle • Aufbau Seminare (ASP/ASF) 	<ul style="list-style-type: none"> 4 9 2 	<ul style="list-style-type: none"> 5 16 2

3. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
Ersterteilung/Erweiterung/Umschreibung von Fahrerlaubnissen (FE)	2.590	2.229
Umstellung auf EU-Führerschein	1.004	769
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der FE	456	539
Versagung/Verzicht der FE gesamt	635	519
Internationaler Führerschein	406	347
FE zur Fahrgastbeförderung	165	225
FE-Entziehungen gesamt	397	313
davon durch Gericht	240	217
davon durch Fahrerlaubnisbehörde	157	96
Maßnahmen nach dem Punktesystem (§ 4 Abs. 3 StVG)		
• Verwarnungen	570	449
• Anordnung Aufbauseminar (ASP)	59	78
• Entzüge	24	23
Maßnahmen gegen Fahranfänger (§ 2a StVG)		
• Anordnung Aufbauseminar (ASF)	179	151
• Verwarnungen	59	41
• Entzüge	24	15
Anträge auf Ausnahmegenehmigung § 74 FeV	35	20
davon erteilte Ausnahmen	24	9
begleitetes Fahren mit 17	633	519
Verlängerung Fahrerlaubnis (C, CE, D, DE, D1E)	587	925
Ersatz nach Verlust/Diebstahl Führerschein	1.457	1.228
Anordnung von ärztlichen oder medizinisch- psychologischen Gutachten (MPU)	409	532
Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	-	16

4. Ausgabe der Kontrollgerätekarten nach der FPersV

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
Ausgabe von Fahrerkarten	801	609
Ausgabe von Unternehmerkarten	60	59
Ausgabe von Werkstattkarten	19	17

5. gewerblicher Personenverkehr

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	67	68
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	149	158
Anzahl der Überprüfungen	19	18

6. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
eingeleitete Bußgeldverfahren	1.757	2.016
davon		
- stationär	1.141	1.322
- mobil	524	529
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	92	165
eingeleitete Verwargeldverfahren	15.106	18.346
davon		
- stationär	10.331	13.695
- mobil	4.614	4.459
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	161	192
Bußgeldverfahren aus Verwargeldverfügungen	510	654
davon		
- stationär	343	501
- mobil	167	153
Gesamtanzahl Verfahren	17.373	21.016

*ASF - Aufbauseminar für Fahranfänger

*ASP – Aufbauseminar für Punktetäter

7. Mobile Kontrolle in Städten und Gemeinden und im Amt Dahme/Mark

Stadt/Gemeinde/ Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeits- überschreitungen	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Gemeinde Am Mellensee	3	2	12	22	38	57
Stadt Baruth/Mark	4	4	60	61	416	507
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	8	8	67	64	238	251
Gemeinde Großbeeren	3	1	10*	9	12	19
Stadt Jüterbog	5	5	89	67	1.007	725
Stadt Luckenwalde	4	4	104	97	302	464
Gemeinde Niederer Fläming	4	4	19*	22	17	39
Gemeinde Niedergörsdorf	2	2	3**	6**	0	9
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	3	3	77	82	856	1.092
Gemeinde Rangsdorf	3	4	60	46	772	547
Stadt Trebbin	7	6	59	59	234	244
Stadt Zossen	16	15	235	152*	1.288	1.112
Amt Dahme/Mark	5	5	51	59	125	75

* reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahme

** wird nur bedient bei Ausfall stationärer Anlage Altes Lager

8. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.2008	Stand 31.12.2009
Stellungnahmen		
- allgemeine Planvorhaben	178	176
- Straßenbauvorbereitung Landesbetrieb	165	271
Erlaubnisse, Veranstaltungen § 29 StVO	186	243
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse § 46 StVO	644	536
Anordnungen von verkehrslenkenden Maßnahmen und Baustellen gem. § 45 StVO	1.322	1.489
erteilte Anordnungen für generelle Verkehrs- regelungen gem. § 45 StVO	241	244
bearbeitete Anträge zu Lichtzeichenanlagen (LZA) und Fußgängerüberwegen	10	5
Bestand an		
- Kreisverkehrsplätzen	26	26
- Fußgänger-LZA	45	45
- Knotenpunkt-LZA	49	51
- Fußgängerüberwegen	20	20
Verkehrsschauen	10	4

3. Sachgebiet Kommunalaufsicht

Das Recht der Gemeinden, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln, ist durch Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes garantiert. Aufgabe der Kommunalaufsicht ist es, die Rechte der Gemeinden zu schützen, ihre Entschlusskraft und Verantwortungsbereitschaft zu fördern und im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die Verwaltung der Gemeinden im Einklang mit den Gesetzen erfolgt. Darüber hinaus informiert und berät die Kommunalaufsicht die Gemeinden in rechtlichen, personellen, wirtschaftlichen oder finanziellen Angelegenheiten und vermittelt Erfahrungen bei der Lösung kommunaler Aufgaben.

Zur schnellstmöglichen Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise und Wiederbelebung der Konjunktur im Land stellt die Bundesregierung seit Beginn dieses Jahres befristet bis Ende 2010 finanzielle Mittel für bedeutsame kommunale Investitionsmaßnahmen bereit. Mit der Verteilung der Mittel im sechswöchigen Turnus an die kreisangehörigen Kommunen, dem Nachweis über die rechtmäßige Verwendung dieser Mittel in einer hierfür eingerichteten Datenbank des Landes Brandenburg und der regelmäßigen Information der Gemeinden über die zu beachtenden rechtlichen Regelungen wurden die Landkreise beauftragt. Die diesbezüglichen Aufgaben wurden hier dem Sachgebiet Kommunalaufsicht zugewiesen.

Die Umstellung des Haushalts-, Rechnungs- und Kassenwesens der Kommunen von der bisher kameralistischen Buchführung auf das Prinzip der doppelten Buchführung bis 2011 ist sehr aufwändig. Diesbezüglich ergibt sich eine Vielzahl von organisatorischen, bewertungsrechtlichen und bilanztechnischen Fragen, die im Rahmen einer interkommunalen kreislichen Arbeitsgruppe regelmäßig erörtert und gelöst werden. In diese Arbeitsgruppe sind Mitarbeiter der Sachgebiete Rechnungsprüfung und Kommunalaufsicht integriert, die den Umstellungsprozess der Kommunen beratend begleiten.

Weiterer Beratungsbedarf besteht für eine Gemeinde, die sich gegenwärtig in der Haushalts-sicherung befindet mit dem Ziel, durch Veranlassung geeigneter Konsolidierungsmaß-nahmen den Haushaltsausgleich schnellstmöglich wiederzuerlangen. Des Weiteren erhielten Gemeinden im Bedarfsfall Unterstützung bei der Auswahl geeigneter Finanzierungsmodelle für bedeutende Investitionsmaßnahmen und zur beabsichtigten Auflösung von Planungsver-bänden.

Die Hauptverwaltungsbeamtin einer Gemeinde hat gegen elf kommunalaufsichtliche Verfü-gungen (wegen vergaberechtlicher Angelegenheiten, Nichtbefolgung der Anordnung einer Bekanntmachung, Durchsetzung eines Leistungsbescheides, Versagung der Erteilung einer Genehmigung zum Haushaltssicherungskonzept) Klage vor dem Verwaltungsgericht er-hoben. Die Sach- und Rechtslage wurde zwischen den Beteiligten und der zuständigen Kammer des Verwaltungsgerichtes umfassend erörtert. Im Ergebnis des Erörterungstermins zog die Verwaltungsbeamtin sämtliche gegen die Aufsichtsbehörde gerichtete Klagen zu-rück, nachdem das Gericht der Klägerin einen erfolgreichen Ausgang der Klageverfahren nicht in Aussicht stellen konnte.

Die Beratung der kreisangehörigen Kommunen zur Anpassung der gemeindlichen Haupt-satzungen an die neu gefassten Regelungen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg erforderte einen erheblichen Zeitaufwand im Sachgebiet.

Auch die Gesellschaftsverträge der Unternehmen in privater Rechtsform, an denen die Kommunen beteiligt sind, bedürfen einer Anpassung an die diesbezüglichen Regelungen der neuen Kommunalverfassung, zu deren Umsetzung rechtliche Beratung gegeben wird.

Weitere Tätigkeiten des Sachgebietes bezogen sich auf die Bearbeitung von Vergabe- und Sachbeschwerden sowohl in gemeindlichen Angelegenheiten als auch in Angelegenheiten der Wasser- und Abwasserzweckverbände, auf Entscheidungen über die Genehmigungsfähigkeit von Grundstücksveräußerungen, von genehmigungsbedürftigen Bestandteilen in Haushaltssatzungen und Wirtschaftsplänen sowie auf Stellungnahmen zu Anträgen auf Ge-währung von finanziellen Zuwendungen.

Die Erarbeitung von Stellungnahmen gegenüber dem Ministerium des Innern zur novellierten Eigenbetriebsverordnung und zu Entwürfen verschiedener Rundschreiben zu wesentlichen kommunalrechtlichen Angelegenheiten stellten weitere Aufgabenfelder kommunalaufsicht-licher Tätigkeiten dar.

4. Sachgebiet Rechnungsprüfung

Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit sowie Ordnungs- und Rechtmäßigkeit in der Anwendung und Umwetzung von Rechts- und Verwaltungsvor-schriften sind die Aufgaben des Sachgebietes. Durch seine nur dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit wird direkten Einfluss auf die Verwaltungen des Landkreises, der Städte, Gemeinden und des Amtes sowie der Wasser- und Abwasser-zweckverbände genommen. Grundlegendes Ziel ist es, den Kreistag, insbesondere den Rechnungsprüfungsausschuss, die Stadtverordnetenversammlungen sowie die Gemeinde-vertretungen bei der Ausübung ihrer Kontrollpflichten zu unterstützen und als Bewertungs- und Entscheidungshilfen objektive und fundierte Prüfungsaussagen über die Haushalts-durchführung und seine Zielerreichung zu geben.

Die Prüfungstätigkeit konzentrierte sich daher - neben der Durchführung von Ordnungsmäßigkeitsprüfungen - auf die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Einsatzes von mate-riellen und finanziellen Mitteln.

Prüfungen, die im Rahmen der Zufallsauswahl durchgeführt wurden, erstreckten sich auf den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe waren dies vor allem:

- die Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse 2008, als Voraussetzung für die durch die Kreistagsabgeordneten, Stadtverordneten und Gemeindevertretungen zu fassenden Beschlüsse über die Jahresrechnung/den Jahresabschluss und Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten;
- die laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresrechnung/des Jahresabschlusses;
- die Prüfung der Einhaltung und Durchsetzung der jeweiligen Verdingungsordnungen bei Vergaben und die zweckentsprechende Verwendung von kommunalen Zuwendungen bei übertragenen Aufgaben;
- die Prüfung des Verwaltungshandelns auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit;
- die Prüfung der Verwaltungsvorgänge und Entscheidungen bei der Umsetzung der Aufgaben nach dem SGB II, soweit der Landkreis Träger der Ausgaben ist, insbesondere der Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende sowie die Darlehensgewährung von Mietkautionen.

In die Prüfungen wurden neun Fachämter, alle Wasser- und Abwasserzweckverbände des Landkreises, die Eigenbetriebe für Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie die Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft des Landkreises einbezogen. Des Weiteren wurden Prüfungen in den kreisangehörigen Städten, Gemeinden und im Amt Dahme/Mark durchgeführt.

In insgesamt 24 Fällen wurden die Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen in der Kreisverwaltung mit einem Gesamtwert in Höhe von 4.498.000 € und in drei Fällen der vorgesehene Abschluss von Architekten- und Ingenieurverträgen mit einem Wertumfang in Höhe von 104.000 € entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Die in den verschiedensten Verwaltungsbereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen, sondern es wurde auch Wert darauf gelegt, Hinweise über Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Neben den Pflichtprüfungen war das Rechnungsprüfungsamt bei der Umstellung des kameralen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens auf doppeltes Rechnungssystem im Landkreis, im Arbeitskreis der Rechnungsprüfungsämter des Landes Brandenburg und in der interkommunalen Arbeitsgruppe des Landkreises zur Einführung der Doppik beratend tätig.

Dezernat II

Amt für Jugend und Soziales

➤ *Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung durch OMP*

Im Zuge der externen Organisationsuntersuchung wurden alle grundlegenden Aufgaben und Entscheidungsprozesse mit hohem Verwaltungsaufwand analysiert und dokumentiert. In Umsetzung der wesentlichen Punkte dieser umfangreichen Analyse wurde die Aufgabenorganisation innerhalb des Amtes teilweise verändert, zusätzliches Personal eingestellt und somit versucht, eine effizientere Struktur zu schaffen. Erschwerend kam hinzu, dass drei erfahrene Kollegen aus dem Berufsleben ausschieden. Deshalb müssen zusätzlich neue Kollegen eingearbeitet werden, die leider noch nicht verfügbar sind. Hier drohen insbesondere im Bereich Hilfe zur Pflege erheblich verlängerte Bearbeitungszeiten und das Auflaufen von Rückständen in der Aktenführung.

1. Sachgebiet Planung, Controlling und Finanzen

➤ *Kinderschutzkoordination*

Im Berichtszeitraum fanden unter Moderation der Kinderschutzkoordinatorin in jedem der vier Sozialräume drei Regionalkonferenzen statt. Die Vorstellung einzelner Institutionen und Professionen wurde fortgesetzt. Neue Netzwerkpartner konnten gewonnen werden, um die Netzwerkarbeit zu intensivieren.

Ein Ziel der Regionalkonferenzen, die Erarbeitung eines einheitlichen Mitteilungsbogens bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung, ist erreicht. Dieser Mitteilungsbogen wurde während des 2. Fachtages Kinderschutz vorgestellt und in die Verteilung gegeben. Mögliche Handlungsabläufe bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdungen wurden ebenfalls in den Regionalkonferenzen vorgestellt und diskutiert. Jede Institution wird die Handlungsabläufe dann individuell für ihre Einrichtung ausgestalten, wobei die meisten Einrichtungen der Jugendhilfe inzwischen ihre Handlungsabläufe installieren konnten.

Die Internetseite des Netzwerkes wurde aktualisiert und erweitert. Die Regionalkonferenzen werden hier dokumentiert. In Vorbereitung ist die Entwicklung einer eigenständigen Website. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden Presseinformationen herausgegeben, Interviews gegeben und Pressegespräche zu den Aktivitäten des Netzwerkes vorbereitet. Der erste Flyer zum Thema Kinderschutz konnte fertig gestellt werden und er wurde im Rahmen der 2. Fachtagung vorgestellt und verteilt. Weiterhin ist ein Schülerkalender für das Jahr 2010 zum Thema Kinderschutz erschienen.

Als Ergebnis der Nachfragen zum Fortbildungswunsch sind Fortbildungen zum Thema Kommunikation und Gesprächsführung für alle interessierten Fachkräfte der Sozialräume durchgeführt worden. Die Qualifizierung der insoweit erfahrenen Fachkräfte (ieFK) erfolgte für eine Gruppe von 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Teilnahmebescheinigungen wurden am 25. November nach Vollendung der Basismodule, der Supervisionen und der Vorlage einer Belegarbeit übergeben. Planungen für weitere Qualifizierungen für die ieFK laufen bereits. Darüber hinaus wird es eine AG ieFK mit regelmäßigen Terminen geben.

Nach Erhebung des Fortbildungsbedarfes im Anschluss an die Regionalkonferenzen im September erfolgt nun in der Arbeitsgemeinschaft Kinderschutz die Planung für das Jahr 2010. Die Angebote für Fachkräfte im Landkreis Teltow-Fläming sollen einrichtungsübergreifend unterbreitet werden, um das Netzwerk weiter zu stärken.

Die Umsetzung des Strategiepapiers ist fortgeführt. Die AG Kinderschutz hat begonnen, ein Konzept für das Netzwerk Kinderschutz zu erarbeiten.

➤ *Bereich Kita-Förderung*

Gemeinsam mit dem Sachgebiet Jugend erfolgte die Realisierung der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Umsetzung des Investitionsprogramms, Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013 im Land Brandenburg (RL Kinderbetreuungsfinanzierung) vom 31. März 2008“. Gemäß dieser Richtlinie werden Zuwendungen zu den Kosten für notwendige Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr gewährt.

Im Berichtszeitraum wurden neun Anträge von acht Trägern der Jugendhilfe für Baumaßnahmen und 45 Einzelanträge für Ausstattungsinvestitionen von Tagespflegestellen vorgelegt. Am 22. Juni beschloss der Kreistag die Votenliste für das Jahr 2010 im verfügbaren Orientierungsrahmen von ca. 670.000 €. Eine positive Votierung für 2010 erhielten der ASB Ortsverband Luckau/Dahme e.V. für den Ersatzbau der Integrationskita „Anne Frank“ in Dahme/Mark und 45 Tagespflegestellen im Landkreis für Ausstattungsinvestitionen.

➤ *Bereich Jugendhilfeplanung*

Die „Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung des Landkreises Teltow-Fläming für den Zeitraum 2008 bis 2012“ wurde am 22. Juni vom Kreistag beschlossen.

Am 16. Dezember 2008 ist das Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz - KiföG) in Kraft getreten. Die Fassung des § 24 KiföG „Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege“ ab 1. August 2013 legt den Rechtsanspruch für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr in Tageseinrichtungen oder Kindertagespflege fest. Zur Realisierung des Rechtsanspruchs gemäß § 24 KiföG erfolgten mit den Kommunen des Landkreises Absprachen.

Im Rahmen der Fortschreibung der Bedarfsplanung der Jugend- und Jugendsozialarbeit des Landkreises wurde unter aktiver Beteiligung der Kommunen und der leistungserbringenden Träger der Jugendhilfe ein Modell zur Ermittlung des quantitativen Bedarfs in der Jugend- und Jugendsozialarbeit erarbeitet. Ziel war es, ein Steuerungsinstrument zu entwickeln, dass für alle Beteiligten eine Erhöhung der Planbarkeit, eine Berechenbarkeit und eine Verteilungsgerechtigkeit erreicht. Für die Fortschreibung der Bedarfsplanung ist es neben der Ermittlung des quantitativen Bedarfs erforderlich, qualitative und konzeptionelle Prozesse im Landkreis fortzuführen. Im Ergebnis dessen wird die „Bedarfsplanung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit des Landkreises Teltow-Fläming 2006 bis 2009“ in der gültigen Fassung um ein weiteres Jahr verlängert.

Die Beteiligung des Amtes für Jugend und Soziales am Projekt "Vergleichsring Jugendhilfe Brandenburg" wurde fortgesetzt.

➤ *Hilfen zur Erziehung*

Auch im Landkreis Teltow-Fläming stieg im Jahr 2009 (894 Fälle) die Zahl der jungen Menschen und Familien, die eine erzieherische Hilfe in Anspruch nahmen, gegenüber 2008 (728) um 23 % an, wobei sich der Anteil der in Heimerziehung lebenden Kinder und Jugendlichen gegenüber dem Jahr 2008 um 16 % erhöhte. Diese Entwicklung hat zu steigenden Ausgaben für die erzieherischen Hilfen geführt, was angesichts der angespannten Situation der kommunalen Haushaltslage besonders problematisch ist.

Im Jahr 2009 waren insgesamt 297 Kinder im Heim (§ 34 SGB VIII), davon 41 in sonstigen betreuten Wohnform untergebracht. In gleichen Zeitraum lebten 140 Kinder in einer Pflegefamilie (§ 33 SGB VIII). Derzeit gibt es im Landkreis 90 Pflegefamilien.

➤ *Offene Jugendarbeit/Jugendkoordination/Soziale Arbeit an Schulen*

Mit den freien und kommunalen Trägern der Jugendhilfe wurden 28 Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und Entgeltvereinbarungen (LQE) mit 37 vereinbarten Leistungen für die offene Jugend- und Jugendsozialarbeit sowie die Jugendkoordination abgeschlossen. In diesem Zusammenhang erfolgten Halbjahresgespräche mit den Vertretern der Kommunen und den Trägern der freien Jugendhilfe

- zum Grad der Zielerreichung der bestehenden LQE,
- zu spezifischen Problemen,
- zu spezifischen Ressourcen,
- zu ggf. neuen Tendenzen und
- zum Ausblick auf das Jahr 2010.

Dieser Qualitäts- und Wirksamkeitsdialog ging über die Qualitätsentwicklung der einzelnen Leistungsbereiche hinaus. Zielstellung war die Bündelung der im Sozialraum vorhandenen Ressourcen. Empfohlen wurde die Erarbeitung von planungsräumlichen Konzepten in den einzelnen Kommunen bzw. in den Planungsräumen.

Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe begann mit der Erarbeitung einer Vorlage zur Entwicklung übergreifender Handlungsfelder, die sich an den bisherigen Qualitätsstandards der einzelnen Arbeitsfelder orientieren. Dieser Entwurf soll im Jahr 2010 mit den Leistungserbringern (Kommunen und freie Träger) diskutiert werden.

Mit Hilfe der „Richtlinie des Jugendamtes zur Förderung der offenen Jugendarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming“ erfolgte die Förderung von freien und kommunalen Trägern der Jugendhilfe und von Einzelpersonen.

Für die Förderung der Jugendarbeit und Jugendkoordination wurden Ausgaben in Höhe von insgesamt 974.596,92 € (Landes- und Kreismittel) getätigt. Davon erhielten Freizeiteinrichtungen (einschließlich Jugendkoordination) Zuschüsse in Höhe von 140.057 €. Außerdem wurde die soziale Arbeit an Schulen mit einer Summe von 31.548,76 € gefördert.

Im Landkreis gibt es 13 Freizeiteinrichtungen in kommunaler und sieben in freier Trägerschaft, weiterhin 60 Jugendräume in Selbstverwaltung. An 13 Standorten wird soziale Arbeit an der Schule geleistet.

➤ *Jugendberufshilfe*

Im laufenden Ausbildungsjahr 2008/2009 konnten nachfolgend genannte Maßnahmen der Jugendberufshilfe über die Richtlinie zur Förderung berufspädagogischer Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfe aus Mitteln des Landes Brandenburg und des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden:

- eine berufsvorbereitende Maßnahme für insgesamt drei Jugendliche sowie
- eine Maßnahme „sozialpädagogische Betreuung zur beruflichen Integration“ in der Jugendtischlerei Teltow-Fläming für 24 junge Menschen.

Weiterhin konnten vier junge Menschen sozialpädagogisch zur Verselbstständigung im eigenen Wohnraum und ergänzend zu berufspädagogischen Maßnahmen begleitet werden.

Die Gesamtförderung über den Europäischen Sozialfonds für das Haushaltsjahr 2009 belief sich auf 187.994,75 €.

Zum 31. August wurde die Maßnahme Jugendtischlerei Teltow-Fläming erfolgreich beendet. Von insgesamt 41 im Projekt aufgenommenen jungen Menschen (einschließlich Zu- und Abgänge) haben

- 23 Jugendliche die Maßnahme bis zum Ende besucht.
 - Elf Jugendliche erreichten die Berufsbildungsreife.
 - Zwei Jugendliche erreichten die Ausbildungsreife.
 - Ein Jugendlicher konnte ein Arbeitsverhältnis aufnehmen.
 - Neun Jugendliche benötigen weiterhin sozialpädagogische Unterstützung und nehmen am nächsten Projekt Jugendtischlerei 2009/2010 teil.
- 18 Jugendliche die Maßnahme vorzeitig verlassen.
 - Vier Jugendliche haben die Maßnahme aufgrund dringender anderer Klärungsbedarfe vorzeitig beenden müssen.
 - 14 Jugendliche haben die Maßnahme aufgrund ihrer Verweigerung nicht angenommen und daher vorzeitig beendet.

Die 13 jungen Menschen mit erreichter Berufsbildungs- bzw. Ausbildungsreife konnten in eine überbetriebliche bzw. betriebliche Ausbildung vermittelt werden oder haben eine Qualifizierungsmaßnahme begonnen.

Nach Abschluss der berufsvorbereitenden Maßnahme begannen zwei Jugendliche mit einer Ausbildung, der dritte wird weiterhin über die ARGE betreut.

Zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres 2009/2010 wurden für drei Jugendliche ESF-Mittel für eine berufsvorbereitende Maßnahme beantragt und bewilligt. Die Jugendtischlerei Teltow-Fläming mit 24 Teilnehmern wird ebenfalls aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziert. Insgesamt konnten davon in diesem Jahr 67.819,29 € in Anspruch genommen werden.

➤ *Seniorenpolitische Leitlinien*

Die im Jahr 2008 im Kreistag erstmals verabschiedeten „Seniorenpolitischen Leitlinien“ fanden bei der eigentlichen Arbeit mit und für Senioren in den Kommunen im Berichtszeitraum weiterhin Berücksichtigung. Der Landkreis hat hier eine koordinierende Funktion, die sich in den seniorenpolitischen Leitlinien widerspiegelt. Die Leitlinien haben den nötigen Rahmen geschaffen und die erforderlichen Handlungsfelder aufgezeigt, um Lebensräume so

zu gestalten, dass ältere Menschen ihr Leben so weit wie möglich eigenverantwortlich, sinn-erfüllt und würdevoll führen können.

➤ *Sozialticket*

Zum 1. Januar 2008 wurde im Landkreis ein Sozialticket mit 50 Prozent Ermäßigung auf den Regeltarif des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg befristet für ein Jahr eingeführt und im Jahr 2009 fortgeführt. Es gilt für ausgewählte Buslinien der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF), nicht für Züge der Deutschen Bahn AG und der S-Bahn.

Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder Asylbewerberleistungsgesetz können das Sozialticket nutzen. Die Anspruchsberechtigten erhalten Kundenkarten, die zum Erwerb von Einzelfahrausweisen, Tages- und Wochenkarten berechtigen.

2009 wurden 281 Kundenkarten an verschiedene Leistungsbezieher ausgestellt.

➤ *Förderung von Personalkosten*

Der Landkreis Teltow-Fläming stellte ein Kontingent von 33 Personalstellen für sozialpädagogische Fachkräfte bereit. Abgerufen wurden 31,275 Personalstellen mit 506.896,35 €. Landesmittel von 293.344 € kamen hinzu. Die geförderten Stellen verteilten sich mit 10,5 Stellenanteilen auf soziale Arbeit an Schulen, 22,5 Stellenanteilen auf offene Jugendarbeit und Jugendkoordination.

2. Sachgebiet Soziales

➤ *Wohngeld*

Insgesamt wurden 4.392 Anträge auf Miet- oder Lastenzuschuss bearbeitet, davon 2.688 bewilligt. Das durchschnittliche Wohngeld betrug monatlich 112,45 €. Ab Januar 2009 führte die Neuregelung des Wohngeldgesetzes zu einer Zunahme der Wohngeldanträge um 67 %. Das monatliche Wohngeld erhöhte sich durchschnittlich um ca. 30 € pro Haushalt.

Auf Grund dieser Novellierung des Wohngeldgesetzes und des Gesetzes zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes ab Oktober 2008 erfolgten zahlreiche Überprüfungen des Wohngeldanspruches und in diesem Zusammenhang 150 Probeberechnungen. Dies betraf Bedarfsgemeinschaften, die zuvor ALG II zusätzlich zu einem geringen Einkommen erhalten haben. Durch die Gewährung eines Kinderzuschlages und von Wohngeld können diese Familien den Lebensunterhalt ohne ALG II bestreiten.

Die Zahl der eingelegten Widersprüche ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (81 Widersprüche; Verringerung um 9 %). Häufigster Grund für einen Widerspruch war die Ablehnung des Wohngeldes.

➤ *Bereich Grundsicherung für Arbeitsuchende*

Zur einheitlichen Umsetzung des SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende – wurde im Landkreis eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gegründet. Diese ist an den Standorten Luckenwalde und Zossen präsent.

Nach den §§ 16, 22 und 23 SGB II ist der Landkreis zuständig für die Leistungen für Unterkunft und Heizung, die Kinderbetreuung, die Schuldner- und Suchtberatung, die psychosoziale Betreuung und die Übernahme von Leistungen für die Erstausrüstung für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt, Erstausrüstung für Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten sowie Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten.

Der Bund beteiligte sich 2009 an den Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von 25,4 %. Seit 2007 ist eine Reduzierung der Bundesbeteiligung um 5,8 % eingetreten. Zur Sicherstellung der Finanzierung erhöht sich der Anteil des Landkreises an der Finanzierung für alle ALG-II-Bezieher auf nunmehr 74,6 %.

Zur Umsetzung dieser Aufgabe wurden im Haushalt 28 Mio. Euro eingestellt. Die tatsächlichen Ausgaben beliefen sich auf 27.690.451,79 €.

➤ *Grundsicherung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII*

In diesem Bereich ist es in Folge einer hohen Personalfuktuation, der Veränderung der rechtlichen Vorschriften und durch sehr starke Fallzahlsteigerung bereits zu verlängerten Bearbeitungszeiten und dem Auflaufen von Rückständen in der Aktenführung gekommen. Nur durch verstärkte Anstrengungen konnte die Vielzahl der Fälle in noch akzeptablen Bearbeitungszeiten realisiert werden.

➤ *Bearbeitung der Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII*

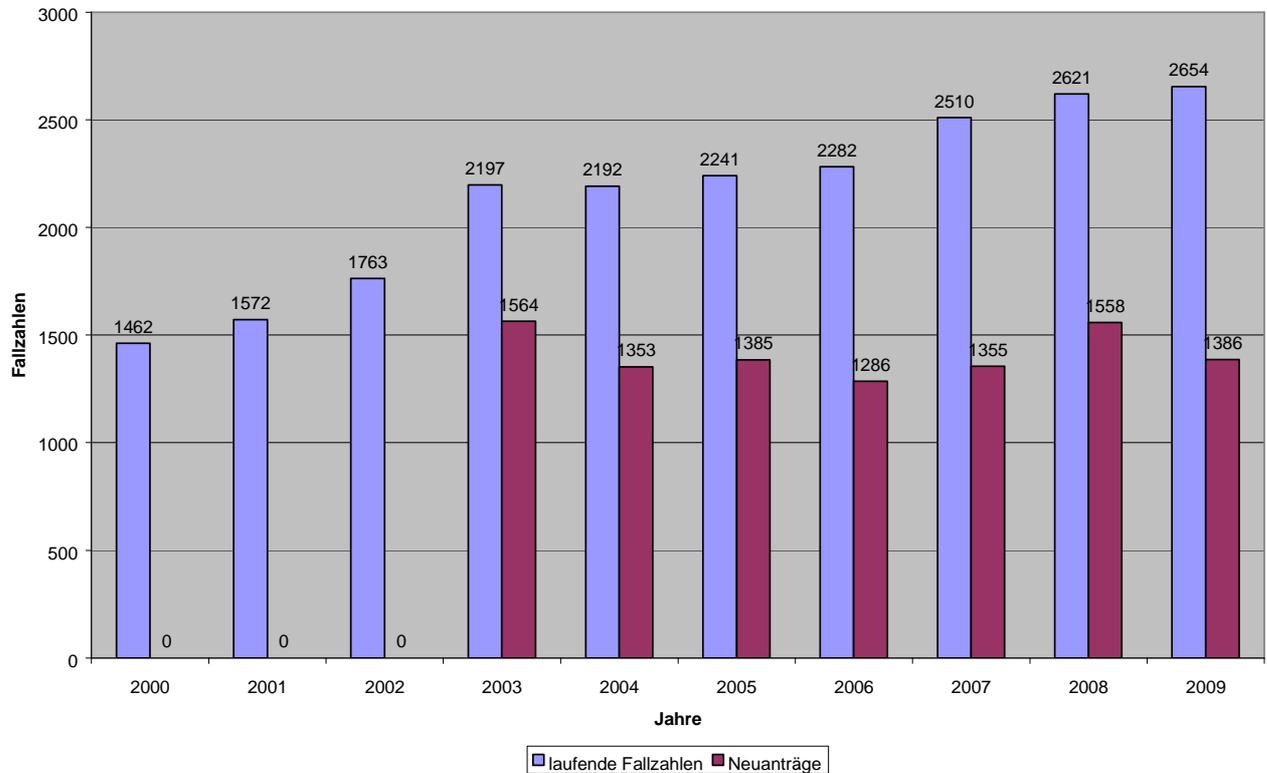
Hier konnte die fachliche Umsetzung der Hilfestellung durch eine verstärkte und verbesserte Einbeziehung des Sozialdienstes weiter vorangebracht werden. Die Hilfen wurden in das Softwareverfahren integriert und die Einführung eines softwareunterstützten Fallmanagements vorbereitet. Die Wahrnehmung dieser besonderen Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII führte im Bereich Soziales zu einer erheblichen Qualitätssteigerung.

➤ *Klageverfahren*

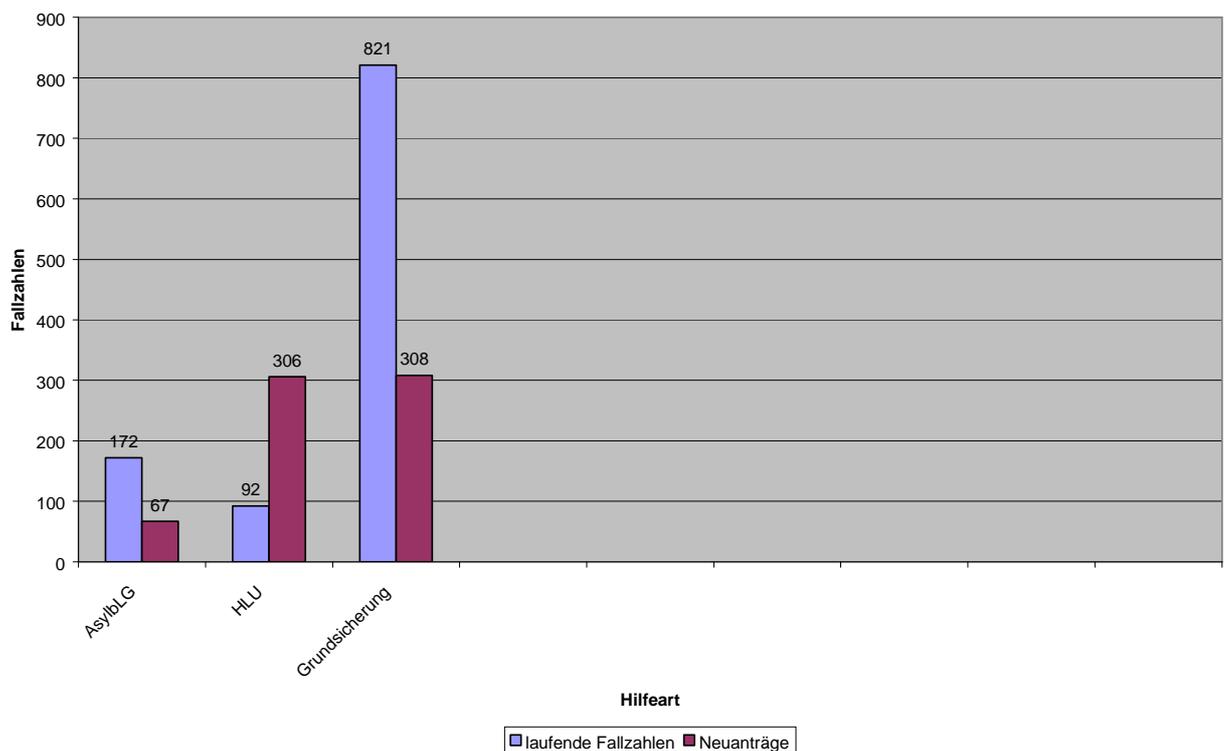
Im Sachgebiet Soziales waren im Berichtszeitraum 71 Klageverfahren zu bewältigen. Hierbei ist festzustellen, dass seitens der Antragsteller und Hilfeempfänger, aber auch der Leistungsträger immer häufiger versucht wird, die einzelnen Begehren auf dem gerichtlichen Wege durchzusetzen.

Statistik

Entwicklung der Fallzahlen bei den Leistungen der Hilfen zur Gesundheit, Hilfen zur Pflege und Eingliederungshilfen in den Jahren von 2000 bis 2009 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge:



Entwicklung der Fallzahlen bei den Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung und der Leistungen nach dem AsylbLG im Jahr 2009



3. Sachgebiet Jugend

➤ *Elterngeld*

Beim Elterngeld ist die Tatsache hervorzuheben, dass sich viele Väter für zwei Monate an der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder beteiligen bzw. auch zunehmend mehrere Monate das Elterngeld in Anspruch nehmen.

Positiv ist weiterhin, dass - im Gegensatz zum Erziehungsgeld - beim Elterngeld jeder Antragsteller, der die Voraussetzungen erfüllt, mindestens 300 Euro erhält. Negativ ist zu erwähnen, dass der Gesetzestext des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes nicht ausgereift ist und daher Gesetzeslücken aufweist. Somit tauchen bei Umsetzung in der Praxis erhebliche Probleme auf. Das spiegelt sich in einer Vielzahl von eingehenden Widersprüchen bzw. auch anhängigen Klagen wider.

Die Berechnung des Elterngeldes ist im Gegensatz zum vorherigen Erziehungsgeld sehr umfangreich, aufwendig und kompliziert. Für die Bürger ist die Berechnung des Elterngeldes, insbesondere zur Einkommensermittlung, anhand der vorgegebenen Standardbescheide nur sehr schwer nachvollziehbar, woraus sich oft Rückfragen ergeben.

➤ *Kindertagesbetreuung*

Der Landkreis hat mit elf Gemeinden und dem Amt Dahme/Mark einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Gewährung der Kindertagesbetreuung abgeschlossen. Eine Gemeinde hat keinen öffentlich-rechtlichen Vertrag und eine Gemeinde handelt, als würde ein öffentlich-rechtlicher Vertrag bestehen, hat diesen aber nicht unterzeichnet.

Insgesamt werden im Landkreis

- 1.993 Kinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahre
- 3.921 Kinder im Alter von 3 Jahren bis Schuleintritt
- 4.083 Kinder im Grundschulalter

in Kindertagesstätten und in Kindertagespflegestellen betreut.

Vor dem Hintergrund der Pflichtaufgabe, die Umsetzung der kompensatorischen Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen, wurden - außer in neu zugelassenen Kindertagesstätten - in allen Einrichtungen des Landkreises eine spezialisierte Fachkraft ausgebildet. Die Finanzierung des Personals erfolgt nach einer Pro-Kind-Pauschale, die an die Kommunen ausgezahlt wird, um das Vorhaben zu sichern.

Die Arbeitskreise „Qualitätsentwicklung Kindertagespflege“ sowie „Qualitätsentwicklung Kita“ finden regelmäßig mit den Tagespflegepersonen bzw. dem Personal der Kindertagesstätten des Landkreises statt.

Im Bereich Kita ist im September eine Modulfortbildung zur „Regulativen Bild- und Filmtherapie“ nach Prof. Dr. Bernd Schmidt in Zusammenarbeit mit VitaProgress und der Fachhochschule Jena angelaufen. Hier geht es um die Thematik „Verhaltensauffällige Kinder“ und die Frage, wie damit umgegangen wird.

Im Zuge der am 14. Januar 2009 vom Kreistag beschlossenen „Richtlinie zur allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie“ wurde von sieben Trägern ein Antrag auf finanziellen Zuschuss gestellt und vom Landkreis gewährt.

Zudem wurde eine neue „Richtlinie zur Vergütung der Kindertagespflege“ erarbeitet und am 16. Februar vom Kreistag beschlossen. Die sich bei der Umsetzung mit der Richtlinie ergebenden Fragen und Hinweise, insbesondere von den Kommunen, Tagespflegepersonen und Eltern, werden bei der Überarbeitung der Richtlinie berücksichtigt. Darüber hinaus wird die Richtlinie im Rahmen eines Schülerprojektes des Oberstufenzentrums Luckenwalde einem Vergleich mit den Richtlinien Tagespflege des Landkreises unterzogen.

Entsprechend dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 2. September über die Grundsätze zur Erhebung der Elternbeiträge im Landkreis Teltow-Fläming ist der Termin für die Überarbeitung der Satzungen bzw. Regelungen zur Erhebung der Elternbeiträge durch die Träger der Einrichtungen bis zum 30. Juni 2009 verlängert worden.

➤ *Unterhalt/Beurkundung/Unterhaltsvorschuss*

Mütter und Väter, die allein für ein Kind oder einen Jugendlichen sorgen, werden insbesondere bei der Feststellung der Vaterschaft und Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen beraten und unterstützt. Im Berichtszeitraum waren dies 987 antragsberechtigte Mütter und Väter bzw. junge Volljährige. Im Vergleich zu 2008 sind das 118 Fälle weniger. Auch wirkte das Sachgebiet Jugend als Beistand auf Antrag eines Elternteils für die Feststellung der Vaterschaft und Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen des minderjährigen Kindes oder Jugendlichen. Es wurden 1.459 Beistandschaften geführt. Zum Vergleich: im Jahr 2008 waren es 1.523 Fälle.

Die Feststellung der Vaterschaft und der Unterhaltsansprüche ist bei einer gütlichen Einigung in einer Urkunde festgehalten. Ist keine gütliche Einigung möglich, ist vom Beistand ein gerichtliches Verfahren zur Entscheidung einzuleiten. Eine weitere freiwillige Entscheidung ist die Festlegung der gemeinsamen elterlichen Sorge in einer Urkunde. Es wurden insgesamt 769 Urkunden aufgenommen und 130 gerichtliche Verfahren geführt. Das sind im Vergleich zu 2008 86 weniger Urkunden, aber 44 gerichtliche Verfahren mehr.

Leisten die Unterhaltspflichtigen keinen oder nur teilweise Unterhalt, können Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) beantragt werden. Hier wurden insgesamt 3.779 Fälle (312 Fälle mehr als 2008) bearbeitet. Das heißt, der Unterhalt wurde im Voraus geleistet, der dann gegenüber den Pflichtigen durchzusetzen ist. 322 gerichtliche Verfahren waren erforderlich.

Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

1. Sachgebiet Gesundheit

Eine zentrale Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist es, auf gesunde und gesundheitsfördernde Lebensverhältnisse und gleiche Gesundheitschancen für alle Menschen hinzuwirken. Seit Anfang 2009 besteht deshalb eine Kooperation zwischen dem Asylbewerberheim Luckenwalde und dem Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz. Es wurde eine Sozialpsychiatrische Sprechstunde und eine Impfsprechstunde im Asylbewerberheim Luckenwalde installiert. Die Scheu vor beratenden Angeboten des Landkreises wird somit genommen und den Asylbewerbern die Chance gegeben, sich über Angebote und Hilfsmöglichkeiten zu informieren. Das Angebot des Sozialpsychiatrischen Dienstes, welches bisher sechsmal organisiert werden konnte, findet bei den Asylbewerbern gute Resonanz.

Impfungen zählen zu den wichtigsten und effektivsten präventiven Maßnahmen. Insbesondere die Gruppe der Migranten gehört zu den Personen, die entweder bisher keine Impfungen in ihrem Leben erhalten haben oder über nur einen unzureichenden Impfschutz verfügen. Mit der Impfkaktion des Sachgebietes Gesundheit im Asylbewerberheim Luckenwalde wird das Ziel verfolgt, Migranten Aufklärung und Impfung zum Schutz vor Infektionskrankheiten anzubieten. Bei bisher fünf durchgeführten Impfsprechstunden vor Ort ließen sich insgesamt 79 Personen (etwa 52 Prozent der Bewohner) impfen. Die Anzahl der Impfungen betrug 174, es wurden 67 Impfausweise ausgestellt.

Ab dem 1. Januar 2009 besteht für Betroffene und deren Angehörige ein gesetzlicher Anspruch auf Pflegeberatung. Die Pflegekassen sind nun verpflichtet, für ihre Versicherten ein individuelles Fallmanagement zur Verfügung zu stellen. Die Pflegeberatung gemäß § 7a SGB XI soll in einem Pflegestützpunkt angesiedelt werden, um umfassende Informationen und Hilfen rund um das Thema Pflege anzubieten. Ziel ist, Pflegebedürftigen jeden Alters eine Wohn-, Lebens- und Betreuungsform anzubieten, die ihren persönlichen Bedürfnissen entspricht.

Eine besondere Herausforderung bestand in der logistischen Bewältigung und Durchführung der Neue-Influenza-Schutzimpfung des Schlüsselpersonals (Mitarbeiter im Gesundheitswesen und öffentliche Sicherheit und Ordnung). Neben den Impfsprechstunden im Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz wurden freitags und samstags Impfkaktionen in den Feuerwachen Zossen, Ludwigsfelde und Jüterbog durchgeführt. Im Zeitraum vom 27. Oktober bis einschließlich 27. November wurden knapp 1.800 Schlüsselpersonen gegen die Neue Grippe geimpft.

➤ *Gesundheitsförderung und Prävention*

Angelehnt an die Gesundheitsziele des Landes Brandenburg werden die Schwerpunkte in der Gesundheitsförderung des Landkreises auf die Bereiche HIV/Aids, Sucht, gesunde Ernährung und Lärm gesetzt. Um Schüler und Lehrer zum Thema Sucht zu sensibilisieren, fand in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsunioren die Suchtpräventionswoche 2009 unter dem Motto „Die Macht der Sucht“ in der Geschwister-Scholl-Schule in Dabendorf statt. 300 Jugendlichen der 7. und 8. Klassen wurde ein umfassendes Mitmachprogramm geboten. Das Sachgebiet Gesundheit engagierte sich im Vorfeld bei der Planung und Vorbereitung der Aktionswoche sowie mit einem eigenen Präventionsinstrument, der „Aktionskiste Sucht“. Zusätzlich wurde ein weiteres Präventionsinstrument organisiert, die Schulung der Lehrkräfte vor Ort koordiniert und ein Elternabend durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurden mit dem Projekt „Expedition Ohr“ 1.225 Kinder erreicht. Vorausgehend wurden regelmäßig Multiplikatorenschulungen von der Koordinatorin für Gesundheitsförderung für Lehrer, Erzieher und anderes pädagogisches Personal zum Thema Lärm durchgeführt, die große Resonanz fanden.

➤ *Psychiatriekoordination*

Am 28. September 2009 fand das Treffen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Arbeitskreis Erwachsenenpsychiatrie und Arbeitskreis Sucht statt. Die 35 Teilnehmer konnten sich diesmal über das Thema: „Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes bei der Unterbringung (§1906 BGB) und Begriff und Voraussetzung der Unterbringung (§ 8 BbgPsychKG) aus Sicht des Vormundschaftsgerichtes“ informieren.

Zu klären war vor allem die Frage nach Hilfsangeboten für Betroffene, die aus einer psychiatrischen Klinik entlassen werden, jedoch (noch) nicht in die Eingliederungshilfe fallen und dennoch umfassende Hilfe benötigen. Die Wichtigkeit einer vorrangig gemeindenahen Ver-

sorgung wurde betont, die dem gesetzlichen Auftrag entsprechend eine Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht.

Im Arbeitskreis Kinder- und Jugendpsychiatrie wurde das Thema „Kinder psychisch kranker Eltern“ aufgrund der zunehmenden Anzahl Betroffener in den Mittelpunkt gestellt. Im Arbeitsalltag des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes und des Sozialpsychiatrischen Dienstes spielt dieses Thema eine ernst zu nehmende Rolle. Langfristiges Ziel ist der gemeinsame Entwurf eines Konzeptes zur effektiven Hilfe der Betroffenen.

➤ *Hygiene und Umweltmedizin*

Am 21. September wurde dem Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz eine Häufung von Neue-Influenza-Erkrankungen am Marie-Curie-Gymnasium in Ludwigsfelde gemeldet. Betroffen waren zunächst zwölf der insgesamt 605 Schüler. Es handelte sich um Schüler aus unterschiedlichen Schulklassen, bei denen influenzatypische klinische Symptome aufgetreten waren. Mitarbeiter des Sachgebietes Gesundheit führten noch am selben Tag eine Ortsbesichtigung durch, bei der keine wesentlichen hygienischen Mängel festgestellt wurden. Im weiteren Verlauf erhöhte sich die Zahl der erkrankten Schüler auf insgesamt 17. Bei sieben der erkrankten Schüler wurde die Diagnose „Neue Influenza“ labordiagnostisch bestätigt; bei den anderen zehn Erkrankungsfällen erfolgte die Diagnose anhand klinischer und/oder epidemiologischer Kriterien. Im gesamten Landkreis wurden dem Gesundheitsamt bis Ende 2009 insgesamt 328 bestätigte Neue-Influenza-Fälle gemeldet (Stand: 21.12.2009).

Der Dienst Hygiene und Umweltmedizin stellte fest, dass die Qualität der untersuchten Badegewässer im Landkreis durchweg gute Ergebnisse zeigte. Mit Sichttiefen von zwei Metern und mehr, wiesen in der Badesaison 2009 der Große Zeschsee und der Motzener See mit seinen Badestellen in Kallinchen die besten Badewasserqualitäten auf.

➤ *Kinder- und Jugendgesundheitsdienst*

Im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung des Schuljahres 2008/2009 wurden 1.490 Kinder (Einschüler) untersucht. Eine Rückstellungsempfehlung wurde für 121 Kinder (8,1 %) durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) ausgesprochen (im Schuljahr 2007/2008: 8,9 %). Im Rahmen des sogenannten Betreuungscontrollings (Kinder mit gesundheitlichen Auffälligkeiten) wurden 579 Kinder nachuntersucht.

Als Mitglied der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Arbeitskreis Kinder- und Jugendpsychiatrie wirkt der KJGD aktiv an der Weiterentwicklung der Angebote für Kinder und Jugendliche und deren Erziehungsberechtigte mit.

„Brandenburger Jugendliche und Substanzkonsum“- unter dieser Überschrift führte das Landesgesundheitsamt eine Schülerbefragung durch. Daran beteiligte sich der KJGD und konnte über die Schulen im Landkreis ca. 1000 Schüler der 10. Klassen erreichen. 745 Fragebögen wurden zur Auswertung zurückgesandt. Die Ergebnisse sind in einer Broschüre („Brandenburger Jugendliche und Substanzkonsum“) und im Internet (Landesamt für Soziales und Versorgung) veröffentlicht.

➤ *Zahnärztlicher Dienst*

Das nahezu auf die herkömmliche zahnärztliche Praxis gestützte Versorgungsangebot erreicht Teile der besonders erkrankten Bevölkerungsgruppen nicht. Deshalb sind niedrigschwellige Angebote in Form der aufsuchenden Betreuung in Kindergärten und Schulen unerlässlich.

Gruppenprophylaktisch wurden im Schuljahr 2008/09 12.418 Kinder und Jugendliche und erwachsene geistig Behinderte in Kindergärten, Schulen und Heimen betreut. Diese aufsuchende Betreuung umfasst auch Ernährungsberatung, Motivation zum regelmäßigen Zahnarztbesuch sowie die Durchführung von Multiplikatorenschulungen und Elternabende.

Durch die gruppenprophylaktischen Maßnahmen konnte seit 2002 ein Anstieg der Zahngesundheit bei Kita-Kindern beobachtet werden. Knapp 75% der Kita-Kinder weisen naturgesunde Gebisse auf. In der Altersgruppe der 12-Jährigen hat sich der Trend des Kariesrückganges ebenfalls kontinuierlich fortgesetzt. Das „Brandenburger Zahn- und Mundgesundheitsziel“ für das Jahr 2010 in der Altersgruppe der 12-Jährigen wurde im Landkreis bereits im Schuljahr 2006/07 erreicht. Demnach sollen 12-jährige Brandenburger Kinder durchschnittlich nur an einem Zahn Karieserfahrung haben.

➤ *Sozialpsychiatrischer Dienst*

Der Sozialpsychiatrische Dienst betreute Klienten mit psychischen und seelischen sowie von Behinderung bedrohte Menschen, Angehörige und Mitarbeiter von Bezugssystemen dieser Betroffenen.

In diesem Jahr übernahm der Sozialpsychiatrische Dienst nach der Novellierung des Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetzes (BbgPsychKG) am 5. Mai die Aufgabe einer Sonderordnungsbehörde bei Klinikeinweisungen gegen den Willen des Betroffenen bei Eigen- oder Fremdgefährdung. Diese neue Aufgabe stellt eine Erweiterung der bisherigen Tätigkeiten dar.

2. Sachgebiet Verbraucherschutz

➤ *Qualitätsmanagement (QM)*

Mit Ablauf des Jahres 2009 ist die erste Phase der Einrichtung von Qualitätsmanagementsystemen in den Fachbereichen Lebensmittel-, Tierseuchen-, Tierschutz- und Tierarzneimittelüberwachung weitgehend abgeschlossen. Insgesamt sind ca. 130 Dokumente freigegeben, überwiegend für die Fachbereiche Lebensmittelüberwachung, Fleischhygiene und Tierarzneimittel sowie für fachgebietsübergreifende Regelungen. Ausstehend sind noch Dokumente für die Fachbereiche Tierseuchen und Tierschutz.

Den hilfreichen Effekten des Qualitätsmanagements - qualitative Verbesserung der Kontrollen und vor allem deren Dokumentation - steht ein erheblicher Zeitaufwand gegenüber.

➤ *Zulassung von Lebensmittelbetrieben*

Am 31. Dezember ist die Übergangsfrist für nach Europäischem Lebensmittelrecht zulassungspflichtige Betriebe abgelaufen. Auch handwerklich arbeitende, kleine Schlachtbetriebe oder Metzgereien ohne Schlachtung mit mehreren Filialen, die vorher nur einer innerstaatlichen Registrierung bedurften, dürfen ab 2010 nur noch Erzeugnisse auf den Markt bringen, wenn sie zugelassen sind. Von den 34 zulassungspflichtigen Betrieben im Landkreis haben 30 Betriebe das Zulassungsverfahren erfolgreich durchlaufen. Die drei verbleibenden Betriebe, ausschließlich sehr kleine Schlachtbetriebe, müssen ihre Produktion zum Jahresbeginn - zumindest übergangsweise - einstellen.

➤ *Fleischhygiene - Akkreditierung von Trichinenlabors*

Im Vorfeld der ab 2010 erforderlichen Maßnahmen zum Erlangen der Akkreditierung des Trichinenlabors ist im September ein Ringversuch mit allen in der Trichinenuntersuchung beteiligten Tierärzten durchgeführt worden. Im Amt wurden für die Verdauungsmethode drei dotierte Proben mit unterschiedlichen Trichinengehalten hergestellt und durch alle im Amt angestellten Tierärzte sowie durch die beauftragten Tierärzte, die die Verdauungsmethode regelmäßig durchführen, untersucht. Alle Untersucher haben alle Proben richtig zugeordnet.

Außerdem wurden Quetschpräparate mit positiven und negativen Proben angefertigt. Diese wurden von den Tierärzten, die im Rahmen der Hausschlachtung diese Methode anwenden, untersucht. Auch hier gab es weder falsch positive noch falsch negative Ergebnisse.

Im November fand eine eintägige Schulung aller mit der Aufarbeitung der Trichinenproben befassten Mitarbeiter des Amtes statt. Es wurde eine Konkretisierung bzw. Erstellung entsprechender QM-Dokumente vorgenommen.

➤ *Rückrufe - Europäisches Schnellwarnsystem*

Über das Schnellwarnsystem gingen im Sachgebiet ca. 90 Mitteilungen über mögliche Gesundheitsgefahren ein, die von im Landkreis vertriebenen Lebensmitteln, Kosmetika oder Bedarfsgegenständen ausgehen. In der Regel waren jeweils Vor-Ort-Kontrollen in mehreren Filialen erforderlich, um festzustellen, ob bereits eingeleitete firmeninterne Rückrufe funktionieren bzw. die Rückführung anzuordnen.

Betroffen waren in großem Umfang Bedarfsgegenstände aus dem Billigsortiment, die häufig aus dem Produktionsland China importiert wurden. Dazu gehörten beispielsweise:

- Pfannenwender, die aromatische Amine enthielten;
- beschichtete Pfannen wegen Ablösen der Antihafbeschichtung oder enthaltenem Formaldehyd;
- Ess- und Trinkgeschirr, welches Blei und Cadmium abgab;
- Fasermaler wegen enthaltenem Benzol;
- Kleidung mit Azofarbstoffen;
- Holzspielzeug, das Formaldehyd enthielt sowie
- Kunststoffspielzeug mit verbotenen Weichmachern.

Immer häufiger kam es auch zu Beanstandungen bei Schuhen wegen überhöhter Gehalte von Dimethylfumarat, das zur Verhinderung von Schimmelpilzbefall eingesetzt wird. Nach Kontakt kann dieser Stoff hochgradige Hautentzündungen verursachen.

Bei Lebensmitteln gab es Meldungen zu Glas- oder Kunststoffsplittern in Joghurt, Eiskrem oder Konserven, Salmonellen in Rohwurst, Frischfleisch oder Sesamsüßwaren (Helva), Übergang von Stoffen aus Druckfarben von der Verpackung auf das Lebensmittel (Müsli), Migration von Blei und Zinn aus Konservendosen in das Lebensmittel (Oliven), Aflatoxinen in Pistazien oder Haselnüssen.

Aufwendig waren die Recherchen zu Leinsamen aus Kanada via Niederlande (Kontamination mit gentechnisch veränderten Leinsamen), die an einige Bäckereien im Landkreis geliefert worden waren und wenig später auch in Produkten des Groß- und Einzelhandels (Müsli, Backmischungen) auftauchten.

Auch durch das Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz wurde eine Einstellung in das Schnellwarnsystem veranlasst. Ausgangspunkt war eine Verbraucherbeschwerde (Magen-

krämpfe nach Verzehr von Sardinen aus der Dose). Die Untersuchung der Beschwerde- und Vergleichsprobe ergab einen überhöhten Histamingehalt. Die nachfolgende Untersuchung einer repräsentativen Stichprobe aus der vorhandenen Menge bestätigte den Befund, so dass ein Rückruf der gesamten Charge sowie eine öffentliche Verbraucherinformation in den betroffenen Märkten vorgenommen wurde.

➤ *Tierseuchen – Blauzungenimpfung*

Nachdem 2008 die Pflichtimpfung aller Rinder, Schafe und Ziegen mit großem organisatorischem Aufwand fast flächendeckend durchgeführt werden konnte, lief die Impfkation im Jahr 2009 ohne größere Probleme (Impfung von ca. 42.380 Rindern und 11.300 Schafen bzw. Ziegen).

➤ *Internationaler Tierhandel – Transportkontrollen*

Im Berichtszeitraum hat die Zahl der nach Tierseuchen- und Tierschutzrecht abzufertigenden Tiertransporte erneut zugenommen: Insgesamt gab es 375 Rinder- und 535 Schweinetransporte. Hohen Aufwand erforderten die Exporte in die Russische Föderation. Hier müssen diverse tierseuchenrechtliche Anforderungen extra überprüft und attestiert werden, die Verwendung von sogenanntem Sicherheitspapier ist obligatorisch. Darüber hinaus wurden bei 74 Transporten die vorgeschriebene 24h-Pause kontrolliert.

➤ *Tierschutz – Ferkelkastration*

Seit Anfang 2009 wird das Thema der Ferkelkastration in der Öffentlichkeit wieder verstärkt diskutiert und nach Alternativen zur traditionellen Form der Ferkelkastration gesucht. Noch erlaubt das Tierschutzgesetz das Kastrieren unter acht Tage alter männlicher Ferkel ohne Betäubung.

Alternativen zum betäubungslosen Kastrieren sind beispielsweise die Ebermast, die Immunokastration, das Spermasexing, eine Narkose mit CO₂ oder Isofluran oder eine Schmerzbehandlung vor und/oder nach dem Eingriff.

In diesem Zusammenhang wurde eine anlassbezogene Kontrolle in allen Betrieben mit mehr als 100 Zuchtsauen im Landkreis durchgeführt. Dazu wurden in 16 Betrieben das Prozedere der Kastration in Augenschein genommen und die Vorgaben des Tierschutzgesetzes kontrolliert. Die Auswertung dieser Anlasskontrollen ergab, dass in allen aufgesuchten Betrieben die Kastration unter Einsatz schmerzstillender Mittel sachgerecht durchgeführt wird. Sowohl der Tag der Kastration, als auch die angewandten Methoden gaben keinen Grund zu Beanstandungen.

➤ *Tierschutz – Rodeo*

Auch unseren Landkreis hat das Thema Rodeo, seit einiger Zeit bundesweit im Fokus der öffentlichen Diskussion, erreicht. Unter Schirmherrschaft der GRCA e. V. waren ab dem Sommer in einer Pferdepension im Landkreis mehrere Trainingswochenenden geplant. Im Training sollte das umstrittene Bullenreiten durchgeführt werden. Der Einsatz der aus Sicht des Tierschutzes kritisierten Flankengurte war geplant. Nach Kontrolle des ersten Trainings und intensiven Auseinandersetzungen mit dem Betreiber der Pension und dem Vorsitzenden der GRCA e.V. wurde einvernehmlich von der Durchführung weiterer Trainingswochenenden abgesehen.

Das in anderen Fällen von den Veterinärämtern ausgesprochene Verbot von Bullenreiten, Flankengurt und Sporen bedarf noch einer abschließenden gerichtlichen oder gesetzgebenden Klärung.

Amt für Ordnung, Brand- und Katastrophenschutz

1. Sachgebiet Allgemeine Sicherheit und Ordnung

➤ *Aufgaben im Rahmen der Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde*

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildet nach wie vor die Anleitung und Unterstützung dieser Behörden unter Einbeziehung der Fachämter des Hauses.

Im Februar wurde die alljährliche Beratung mit den zuständigen Leitern und Mitarbeitern des Melde-, Pass- und Ausweiswesens der örtlichen Behörden und im Dezember die Beratung mit den Leitern der örtlichen Ordnungsbehörden durchgeführt.

18 Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden, die durch Bürger herangetragen wurden, waren teilweise auch vor Ort zu prüfen und wurden mit den Ordnungsamtsleitern ausgewertet. Drei Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der Städte und Gemeinden wurden abschließend bearbeitet.

Das Staatliche Schulamt Wünsdorf beantragte in diesem Jahr die Durchführung von 24 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Schulpflichtverletzungen. Davon wurden unter Einbeziehung des Amtes für Jugend und Soziales zwölf Verfahren mit Bußgeldbescheid abgeschlossen, neun eingestellt und drei Verwarnungen ausgesprochen.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- 120 Stellungnahmen nach Baugesetzbuch (BauGB)
- 14 Stellungnahmen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
- 6 Stellungnahmen nach dem Wassergesetz (BbgWG)
- 196 Bußgeldverfahren nach dem SGB XI im Bereich der Pflegepflichtverletzung
- Bearbeitung von einem Verstoß gegen das Vermessungs- und Liegenschaftsgesetz (VermLieg)
- Bearbeitungen von einem Verstoß gegen das Pressegesetz (BbgPG)

➤ *Untere Jagdbehörde*

Im Landkreis sind aktuell 935 Jagdscheininhaber, davon 14 Ausländer mit Tagesjagdscheinen registriert. Insgesamt gibt es derzeit im Kreisgebiet 248 Jagdbezirke, davon 169 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 57 Eigenjagdbezirke, 16 Verwaltungsjagdbezirke und sechs Bundesforstjagdbezirke.

Es bestehen drei Hegegemeinschaften für Rotwild, zwei Hegegemeinschaften für Damwild und eine Hegegemeinschaft Muffelwild; zuletzt genannte bewirtschaftet Muffelwild und Damwild. Eine Satzung einer Hegegemeinschaft Damwild wurde genehmigt und eine Hege-

gemeinschaft Damwild ist derzeit in Gründung. Es wurden 248 Abschusspläne bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. In den Hegegemeinschaften erhielt die Schalenwildbewirtschaftung mit Gruppenabschussplänen Förderung und Unterstützung. Es wurden fünf Hege-schauen der Hegegemeinschaften als Pflichttrophäenschauen anerkannt.

Die Zusammenarbeit mit dem Kreisjagdverband, dem Jagdberater und Jagdbeirat konnte erfolgreich weitergeführt werden. Mit den Jagdbezirksverantwortlichen wurde in Vorbereitung der Abschussplanung 2009/10 im Januar eine Informationsveranstaltung zu den geänderten gesetzlichen Bestimmungen zur Wildbewirtschaftung und Abschussplanung durchgeführt.

Im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt wurde im Oktober umfassend über die jagdlichen Belange bis hin zur Wildvermarktung im Landkreis informiert.

Die Beratung und Kontrolle der Jagdvorstände bei der Verwaltung der Jagdgenossenschaften erfolgte kontinuierlich.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- Erteilung von acht Ausnahmegenehmigungen für die Bejagung in befriedeten Bezirken
- Auswertung der Wildbewirtschaftung, insbesondere die Höhe der Wildbestände, der Jagdstrecken und der Wildschäden
- Bestätigung von fünf Jagdaufsehern
- Durchführung von zehn Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstößen gegen jagdrechtliche Bestimmungen
- Bestätigung von Schweißhundeführern
- Beratung von Wildschadenschätzern

➤ *Untere Fischereibehörde*

An Fischer und Angler konnten insgesamt 781 Fischereischeine als unbefristete Genehmigung zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt werden. Derzeit gibt es noch 3.213 gültige Fischereischeine A, welche vor dem 1. August 2006 erteilt wurden.

Es fanden drei Anglerprüfungen mit insgesamt 70 Prüflingen statt, wovon lediglich vier Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben.

Im Landkreis gibt es 64 ehrenamtliche Fischereiaufseher. Davon wurden in diesem Jahr fünf Fischereiaufseher neu berufen, sieben schieden aus. Die Fischereiaufseher werden jährlich geschult, daran nahmen im Berichtszeitraum 34 Fischereiaufseher teil. Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde gepflegt. Besonders hervorzuheben sind die wiederholt durch den Kreisanglerverband Zossen e. V. organisierten und mit einigen Fischereiaufsehern an den Vereinsgewässern des Landesanglerverbandes Brandenburg e.V. im Landkreis erfolgreich durchgeführten Komplexkontrollen. Die Zusammenarbeit mit den Fischereiberatern und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Weitere Arbeitsaufgaben:

- Ausstellung von Fischereiabgabemarken mit Nachweiskarten
- Ausstellung von 27 Jugendfischereischeinen
- Bearbeitung von acht Bußgeldverfahren wegen Verstößen gegen das Fischereigesetz
- Aussprechen von 41 Verwarnungen vor Ort durch Fischereiaufseher
- Genehmigung von 42 Veranstaltungen zum Gemeinschaftsfischen

- Erarbeitung von Stellungnahmen, u. a. zu Gewässerunterhaltungsplänen der Boden- und Wasserverbände und zu Veränderungen von wasserbaulichen Anlagen bzw. deren Rückbau (Brücken, Wehre)

➤ *Gewerbeangelegenheiten*

Anfang des Jahres erfolgten durch das Ministerium für Wirtschaft und das Ministerium des Innern auch im Landkreis Kontrollen in Spielhallen, an denen jeweils ein Mitarbeiter des Landkreises und der örtlichen Ordnungsbehörde teilnahmen. Diese Kontrollen erfolgen nicht nur wegen der Einhaltung der Spielverordnung, sondern auch wegen der Einhaltung des Glücksspielrechts im Zusammenhang mit Sportwetten.

Zur Umsetzung der Richtlinie 2006/123 EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt im Gewerberecht erfolgten zahlreiche Änderungen gewerberechtl. Gesetzmäßigkeiten. Erforderlich waren eine fachaufsichtliche Stellungnahme und die verstärkte Kontrolle der Umsetzung durch die Fachaufsicht.

Es wurden sechs Widersprüche in Gewerbeuntersagungsverfahren bearbeitet.

Das Brandenburgische Nichtraucherschutzgesetz wurde im Mai geändert, sodass auch hier die Fachaufsicht verstärkt gefragt war, was die Umsetzung der Gesetzmäßigkeiten betraf.

Die Erteilung von Ausnahmen erweiterter Öffnungszeiten im öffentlichen Interesse gemäß § 9 BbgLÖG ist weiterhin rückläufig, da durch die örtlichen Ordnungsbehörden von der Möglichkeit des Erlasses ordnungsbehördlicher Verordnungen Gebrauch gemacht wird.

➤ *Bekämpfung der Schwarzarbeit*

Die Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung ist hinsichtlich der Stärkung des Mittelstandes und der Schaffung legaler Arbeitsplätze ein wichtiges Ziel. Unterstützt durch die Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming und die Handwerkskammer Potsdam wurden Kontrollen vorrangig in den Handwerksbereichen des Bau- und Kraftfahrzeugtechnikergewerbes durchgeführt.

Ein Flyer „Contra Schwarzarbeit“ wurde erarbeitet, um öffentlichkeitswirksam auf die Bekämpfung der Schwarzarbeit im Landkreis hinzuweisen.

Dank der guten Zusammenarbeit mit anderen Institutionen bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit, wie z.B. den Hauptzollämtern, den Bauberufsgenossenschaften, den Finanzbehörden, den Landesämtern für Arbeitsschutz, den Kreishandwerkerschaften, den Handwerkskammern und nicht zuletzt den Kreisordnungsbehörden anderer Landkreise hat sich hier ein starkes Netzwerk gebildet.

Die Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung traf sich im Oktober unter Leitung der Kreisordnungsbehörde des Landkreises. Der Koordinierungsgruppe gehören Vertreter der Handwerkskammer Potsdam, der Kreishandwerkerschaften Potsdam und Teltow-Fläming, der Kreisordnungsbehörden der Landkreise Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming sowie der kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel, des Hauptzollamtes Potsdam, des Finanzamtes Luckenwalde, des Landesamtes für Arbeitsschutz der Bereiche Potsdam und Cottbus sowie der Bauberufsgenossenschaft Hannover an.

Auf einer Innungsveranstaltung der Kfz-Innung Luckenwalde/Jüterbog wurde über die Schwarzarbeitsbekämpfung berichtet.

Jährlich nehmen Mitarbeiter am Bundesfahndertreffen teil, um eine Intensivierung und Optimierung der Schwarzarbeitsbekämpfung sowie der Bekämpfung illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung zu erreichen.

➤ *Schornsteinfegerangelegenheiten*

Die Zahl der Verfahren zur Beitreibung rückständiger Schornsteinfegergebühren und zur Durchsetzung der Kehr- und Überprüfungspflichten stieg gegenüber den Vorjahren weiter an.

Die Aufsicht über die Bezirksschornsteinfegermeister (BSM) wurde auch im vergangenen Jahr kompetent ausgeübt. So erfolgten in Anlehnung an die Kehrbuchrichtlinie die Überprüfung von fünf ausgewählten Kehrbüchern der BSM und eine entsprechende Auswertung in persönlichen Gesprächen.

Mit dem 1. Oktober wurde der Kehrbezirk TF 150 in Ludwigsfelde im Innungsbezirk Potsdam neu besetzt.

Darüber hinaus wurden in diesem Jahr neue gesetzliche Regelungen über das Ausschreibungsverfahren und die Auswahl der Bewerber für die Tätigkeit als BSM oder als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger sowie für die Überprüfung gewerblicher und privater Lüftungsanlagen getroffen.

➤ *Kriegsgräberwesen*

Im Rahmen der Fachaufsicht fand im Oktober eine Beratung mit den örtlichen Ordnungsbehörden zur Ausführung des Gräbergesetzes statt.

Die Instandsetzung des Kriegsgefangenenfriedhofes des Stalag III A in Luckenwalde konnte abgeschlossen werden. Mit einer feierlichen Wiedereinweihung wurde die Anlage im September der Öffentlichkeit übergeben.

Der Bund stellte erneut Pauschalgeber in Höhe von 145.600 € für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber, die sich im Landkreis befinden, zur Verfügung.

Für die Wiederherstellung der Namenstafeln auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof an der B 96 in der Stadt Baruth/Mark wurden vom Bund zusätzliche Mittel i.H.v. 75.000 € zur Verfügung gestellt, sodass die notwendigen Arbeiten abgeschlossen werden konnten.

Die Instandsetzung der Kriegsgräberanlage im Baruther Ortsteil Paplitz wurde abgeschlossen. Die Instandsetzung der russischen Kriegsgräberanlage Damm I in Jüterbog ist begonnen worden. Die Instandsetzung der Kriegsgräberanlage Damm II in Jüterbog und die damit verbundene Verlegung der russischen Kriegsgräberstätte Neumarkt wird voraussichtlich im Jahr 2010 abgeschlossen werden können.

➤ *Bestattungswesen*

In der praktischen Arbeit gab es vermehrt Probleme bei Bestattungen von betreuten Personen, die durch die örtlichen Ordnungsbehörden nach dem Brandenburgischen Bestattungsgesetz veranlasst werden mussten. Aus diesem Grund erfolgte die Teilnahme an einer Beratung des Arbeitskreises der Betreuer.

Im Rahmen der Fachaufsicht fand im Oktober eine Beratung mit den örtlichen Ordnungsbehörden zur Ausführung des Brandenburgischen Bestattungsgesetzes statt, an der auch Vertreter des zuständigen Referats für Bestattungsrecht im Innenministerium und der Nachlassabteilung des Amtsgerichtes Zossen teilnahmen.

➤ *Versicherungsbehörde*

Es wurden insgesamt 961 Anträge auf Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Erwerbsminderungsrenten, Halbweisenrenten, Anträge auf Überführung der Zusatzversorgungsanwartschaften, Prüfung von Rentenbescheiden entgegengenommen.

Die zwei Mitarbeiterinnen boten umfangreiche Beratungen auch bei der Beantragung des Versorgungsausgleiches im Rahmen von Ehescheidungen an – hier besonders wegen des neuen Gesetzes über den Versorgungsausgleich, welches am 1. September 2009 in Kraft getreten ist.

Im Vordergrund stand die Beratung zur Überprüfung der Rentenbescheide

- auf Grund des Urteils des Bundessozialgerichtes Kassel wegen Zahlung der Jahresendprämie,
- auf Grund des Urteils des 13. Senates des Bundessozialgerichtes zur Anrechnung des Auffüllbetrages bei Kindererziehungszeiten und
- wegen falscher Berechnungen durch den Rententräger.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Versicherungsbehörde wurde intensiviert, zum Beispiel am „Tag der offenen Tür“ im September.

2. Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen

Per 31. Dezember 2009 waren im Landkreis Teltow-Fläming 2.516 Ausländer gemeldet; davon waren 164 Asylbewerber bzw. abgelehnte Asylbewerber.

Von den gestellten Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Altfallregelung (§ 104a AufenthG) wurden alle Anträge entschieden. Es konnten 22 Aufenthaltserlaubnisse erteilt werden. Die Ablehnungen erfolgten in der Hauptsache auf Grund von Verurteilungen wegen vorsätzlicher Straftaten und wegen fehlender Mitwirkung bei Passbeschaffung bzw. Täuschung über die tatsächliche Identität.

Im Bereich Asylwesen scheiterten wiederum mehrfach Abschiebungen, weil die abzuschiebenden Personen sich der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch "Untertauchen" entzogen haben.

Es fanden 43 Botschaftsvorfürungen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern/Asylbewerbern statt. Nur in einigen Fällen konnte die vom Ausländer angegebene Staatsangehörigkeit durch die Befragung in der Botschaft bestätigt werden.

Die Ausgabe der ePässe (Reiseausweise mit elektronischem Chip) verlief bis jetzt problemlos. An Schulungen des Fachverbandes der Standesbeamten nahmen die Kolleginnen teil.

Es gab 16 Anträge auf Änderungen des Familiennamens sowie vier Anträge auf Änderungen des Vornamens nach dem Namensänderungsgesetz. Davon sind elf Anträge zu Familiennamenänderung und vier Anträge zu Vornamenänderung entschieden.

19 Personen stellten Anträge auf Einbürgerung, 28 Personen wurden eingebürgert. Durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahre 2007 sind die Anforderungen an die Einbürgerungsbewerber gestiegen. Seit September 2008 muss sich jeder Einbürgerungsbewerber, der einen Antrag nach dem 31. März 2007 gestellt hat, einem Einbürgerungstest unterziehen. Diese Tests werden im Landkreis durch die Volkshochschule angeboten.

3. Sachgebiet Zivil-, Feuerschutz und Rettungswesen

➤ *Brand- und Katastrophenschutz*

Mit der Übergabe des Schlauchpflegzentrums mit Trocken- und Übungsturm, einem Löschteich, einer Bahngleisanlage sowie weiteren Übungsanlagen im Feuerwehrtechnischen Zentrum (FTZ) konnten die Ausbildungs- und Übungsmöglichkeiten für die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren des Landkreises erweitert und verbessert werden. Erstmals wurden die Lehrgänge Retten und Selbstretten aus Höhen und Tiefen sowie die Atemschutznotfallausbildung im Landkreis durchgeführt.

Im Rahmen der Qualifizierung der Führungskräfte fand im Februar mit 142 Kameradinnen und Kameraden aus allen Städten, Gemeinden und dem Amt Dahme/Mark eine Ganztags-schulung und im März ein Workshop zum Thema Atemschutz statt.

Durch die Übergabe des Kleinlöschfahrzeuges an den Verband der Feuerwehren gab es einen Qualitätssprung in der Brandschutzerziehung an Schulen und in Kindereinrichtungen. 15 Ausbilder führten in neun Veranstaltungen an verschiedenen Schulen 1.278 Kinder an das Thema des Brandschutzes heran.

Im Rahmen der kreislichen Ausbildung wurden in 26 Lehrgängen 476 Kameradinnen und Kameraden als Truppführer, Maschinisten, Sprechfunker, Atemschutzgeräteträger, in den Grundtätigkeiten der technischen Hilfe, Retten und Selbstretten aus Höhen und Tiefen sowie im Atemschutznotfall ausgebildet. Im Ergebnis konnte eine Lehrgangsbeteiligung von 98 % erreicht werden.

Die Atemschutzübungsstrecke im FTZ nutzten 782 Kameradinnen und Kameraden an 27 Wochenenden.

Die erworbenen Kenntnisse wurden in Übungen mit Löschzügen der Brandschutzeinheiten des Landkreises in Holbeck und mit einem Gefahrgutunfall auf der Straße mit verletzten Personen in Horstwalde geprobt. An diesen Übungen nahmen auch Einheiten des Sanitäts- und Betreuungsdienstes der vorhandenen Hilfsorganisationen wie Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Medizinischer Hilfsdienst des Landkreises teil.

Durch das FTZ wurden folgende weitere Leistungen erbracht:

1.897	Pressluftatmer gereinigt und geprüft
2.709	Atemschutzmasken gereinigt und geprüft
125	Chemikalienschutzanzüge geprüft
3.164	Druckluftflaschen gefüllt
3.383	Druckschläuche gewaschen und geprüft
35	Tragkraftspritzen instand gesetzt

Durch die Inbetriebnahme der eigenen Schlauchwäsche konnten 34 % mehr Druckschläuche gewartet und geprüft werden.

Der Landkreis unterstützte den Kreisfeuerwehrverband finanziell und materiell. Zu den Höhepunkten gehörten dabei die Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der Gründung des Verbandes im Juni in Ludwigsfelde, das Kreisjugendlager der Kinder und Jugendlichen in Blankenfelde und die Durchführung der 8. Kreismeisterschaften der Männer und Frauen am 27. Juni in Großbeeren.

Gegenseitige Besuche belebten die partnerschaftlichen Beziehungen zu den Feuerwehren im polnischen Landkreis Gniezno.

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Berichtszeitraum zu 621 Bränden und 1.043 technischen Hilfeleistungen gerufen.

Schwerpunkte bildeten dabei:

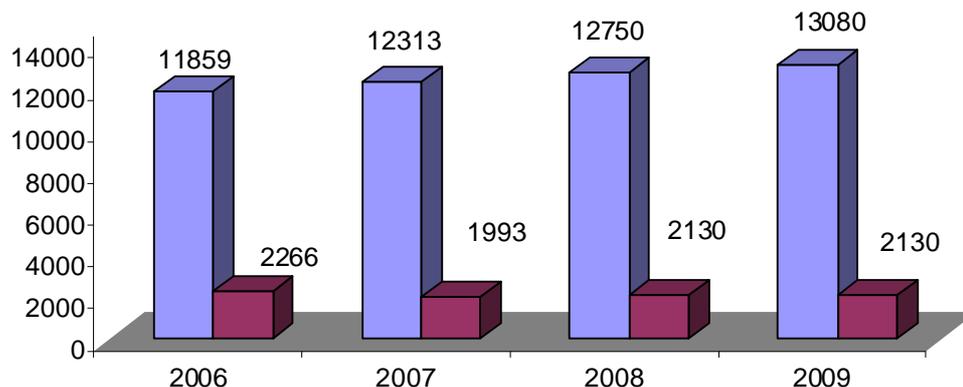
- Wohnungsbrände sowie Kleinbrände im Bereich der Land- und Forstwirtschaft
- technische Hilfeleistungen bei Verkehrsunfällen

➤ *Rettungsdienst*

Die gesetzlich zugewiesenen Aufgaben des Rettungsdienstes erfüllt der Eigenbetrieb Rettungsdienst des Landkreises.

Der Rettungsdienst wurde zu 13.080 Notfällen gerufen. In 5.890 Fällen - das entspricht einem Anteil von 45 % Prozent - kam dabei auch ein Notarzt zum Einsatz. Gegenüber dem Vorjahr lagen die Einsatzzahlen in der Notfallrettung um 1,5 % höher, was durchaus im Rahmen der üblichen Schwankungen liegt. Im qualifizierten Krankentransport wurden 2.130 Einsätze durchgeführt.

Entwicklung der Einsatzzahlen



Quelle: Tätigkeitsberichte

■ Notfall

■ Krankentransporte

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes wurden Investitionen in Höhe von 296.635 € in den Ersatz von zwei Einsatzfahrzeugen und Ausrüstung getätigt. Es erfolgte der Umbau und die Inbetriebnahme eines Einsatzfahrzeuges für den Organisatorischen Leiter Rettungsdienst, der bei Großschadenslagen Führungsaufgaben wahrnimmt. Dazu gehörte auch eine Erweiterung der kommunikationstechnischen Ausstattung.

Zur Sicherung der rettungsdienstlichen Versorgung im süd-östlichen Bereich des Landkreises und Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfrist wurde mit der Planung der Schaffung eines zusätzlichen Wachenstandortes in der Stadt Baruth/Mark begonnen. Die Errichtung der Wache ist für das Jahr 2010 vorgesehen.

Die Leitstelle hat im Jahr 2009 ihre Aufgaben erfüllt. Die Vorbereitungen für die Bildung der Regionalleitstelle bei der Stadt Brandenburg wurden weitergeführt. Dazu wurde der Datenbestand der Leitstelle des Landkreises Teltow-Fläming konvertiert und mit den Daten der Stadt Brandenburg an der Havel und des Landkreises Potsdam-Mittelmark als gemeinsame Datenbank zusammengeführt. Die Überleitung des Personals wurde vereinbart und veranlasst. Die Angestellten erhielten entsprechende Verträge.

Dezernat III

Amt für Bau-, Liegenschaftsverwaltung und Straßenwesen

Zum Amt für Bau-, Liegenschaftsverwaltung und Straßenwesen gehören das Sachgebiet Hochbau und Liegenschaften sowie das Sachgebiet Straßenwesen mit der Kreisstraßenmeisterei. Dem Amt zugeordnet sind zusätzlich die Fachgebiete Wohnungsbauförderung und Wohnungsaufsicht. Die Pflichtaufgabe der Fachkraft für Arbeitssicherheit wird durch einen Mitarbeiter des Amtes abgedeckt.

1. Sachgebiet Hochbau und Liegenschaften

Das Sachgebiet Hochbau und Liegenschaften konzentrierte sich auf den Erhalt und die Instandsetzung der kreiseigenen Gebäude und Liegenschaften. Ein zusätzlicher Schwerpunkt in diesem Jahr war der Start von Maßnahmen aus Mitteln des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes für Maßnahmen der Bildungs- und sonstigen Infrastruktur. Hier sind bis Ende 2010 zusätzlich finanzielle Mittel in Höhe von 5,7 Mio. € in kreiseigene Maßnahmen zu investieren.

Leistungsschwerpunkte waren

- die energetische Dachsanierung an den Allgemeinen Förderschulen Ludwigsfelde und Jüterbog (Konjunkturpaket II).
- die Erneuerung der Fenster und der Treppenhausverglasung an der Schulhofseite in der Allgemeinen Förderschule Ludwigsfelde (Konjunkturpaket II). Der gesamte Gebäudekomplex ist nun mit neuen wärmetechnisch hochwertigen Fenstern versehen.
- die Erneuerung der Außenanlagen am Gymnasium Rangsdorf als vorläufiger Abschluss der Bauinvestitionen an diesem Schulstandort. Eine neue Treppe führt jetzt vom Fontaneweg direkt zum Haupteingang. Eine Kleinsportanlage mit Tartanbelag und einer angrenzenden Tribüne werten die Außensportfläche erheblich auf. Straßenbegleitend am Fontaneweg wurden quer zur Fahrbahn 17 PKW Parkplätze geschaffen.

- der Einbau neuer Eingangstüren am Hauptgebäude des Gymnasiums in Ludwigsfelde, partielle Bauwerkstrockenlegung und die farbliche Erneuerung der Außenfassade.
- die Erarbeitung von 22 Energieausweisen für alle kreiseigenen Gebäude mit einer Nutzfläche von mehr als 1000 m² entsprechend vorgegebener Normen nach der neuen Energieeinsparverordnung (EnEV) 2009. Ergänzt wurden diese Gebäudeenergieausweise durch Dokumentationen mit Maßnahmevorschlägen zur weiteren energetischen Optimierung der Gebäude.
- der Austausch von zehn veralteten Heizungspumpen an verschiedenen Anlagen durch elektronisch geregelte Pumpen. An drei alten Heizungsanlagen wurde der Heizkessel durch Gasbrennwertgeräte ersetzt.
- die komplette Elektroplanung für die Netzwerkerweiterung und Medienausstattung am Gymnasium Luckenwalde. Umfangreiche Elektroarbeiten wurden im Gebäudekomplex realisiert.
- die Weiterführung der Arbeiten am Denkmal Hegemeisterhaus im Museumsdorf Glashütte. Realisiert wurden die Dacheindeckung mit Biberschwanzziegeln und das Ausmauern und Verschließen der Fachwerk-Fassade. Vor der „Alten Hütte“ wurde der Vorplatz nach altem Vorbild neu gestaltet. Er soll für Märkte und Veranstaltungen genutzt werden (Konjunkturpaket II).
- die energetische Dach- und Fassadensanierung von Gebäuden sowie die Bohrung eines Feuerlöschbrunnens auf dem Gelände des Feuerwehrtechnischen Zentrums (FTZ) Luckenwalde. In einer Lagerhalle wurden die 40 Jahre alten verschlissenen Tore durch neue ersetzt (Konjunkturpaket II).
- die Erstellung eines Fundamentsockels für das Denkmal anlässlich des 20. Jahrestages zum Mauerfall an der ehemaligen Grenzübergangsstelle an der B 96 zwischen Mahlow und Berlin-Lichtenrade.

Weiterhin erfolgten amtsintern kontinuierlich Planungsleistungen für Gebäude, technische Anlagen und Freiflächen mit einem Wertumfang von ca. 600.000 €. Dennoch war die Vergabe von Ingenieurleistungen für Statik, Elektroplanung, Klimatechnik und Freianlagen in Höhe von ca. 70.000 € notwendig.

In Ausschreibungs- und Vergabeverfahren von Bauleistungen erfolgten 40 Ausschreibungen mit einem Finanzvolumen von 1,5 Mio. €. Hinter einem Gesamtbauvolumen von 2,03 Mio. € stehen 197 Auftragsvergaben, davon blieben 84,62 % der Auftragssummen bei Firmen und Unternehmen im Landkreis.

Für kreisangehörige Verwaltungen und Gesellschaften wurden drei baufachliche Stellungnahmen, zwei Prüfungen von Haushaltsunterlagen und vier Verwendungsnachweise erarbeitet.

➤ *Liegenschaften*

Im Berichtszeitraum gab es insgesamt vier Grundstücksverkäufe. Diese und ein Verkauf aus dem Vorjahr wurden kassenwirksam:

- | | |
|-----------------------------------|-------------------------------|
| • Jühnsdorf, Alte Schäferei | Grünland (Wiese) |
| • Jüterbog, Zinnaer Vorstadt | Wohnhaus |
| • Luckenwalde, Theaterstraße 16 c | Wohnhaus/Gewerbe |
| • Jüterbog, Am Dammtor | Parkplatzfläche |
| • Jüterbog, Zinnaer Vorstadt | Grundstück für ein Pflegeheim |

Insgesamt wurde ein Verkaufserlös von 326.477 € erzielt und der Ansatz im Haushaltsplan in Höhe von 300.000 € überboten.

Weiterhin wurde in diesem Jahr ein Erbbaurechtsvertrag abgeschlossen. Außerdem kam es im Zusammenhang mit dem geplanten Radwegebau zwischen Löwendorf und Schönhagen sowie mit der Umstellung des Flugplatzes Schönhagen auf Instrumentenanflug zum Abschluss von zwei Grundstückstauschverträgen.

Der Landkreis kaufte insgesamt 168 Flurstücke für den Bau straßenbegleitender Radwege und die Erweiterung der Flaeming-Skate. Schwerpunktbereiche der Grundstücksgeschäfte waren der Amtsbereich Dahme/Mark sowie die Gemeinden Niedergörsdorf und Niederer Fläming.

Bei Miet- und Pachtobjekten wurden die geplanten Einnahmen in Höhe von 452.200 € erreicht. Trotz Wegfall einiger weniger Mietverträge konnten die Mieteinnahmen auf stabilem Niveau gehalten werden.

Durch die von den Teltower Kreiswerken verwalteten Grundstücke aus dem Vermögen „Altkreis Teltow“ in Berlin wurden Pachten und Nutzungsentgelte in Höhe von 284.400 € eingenommen.

2. Sachgebiet Straßenwesen

Für den verkehrssicheren Zustand der 200 km Kreisstraßen, 64 km begleitender Radwege sowie 202 km Rad- und Skatewege (Flaeming-Skate) des Landkreises ist das Sachgebiet Straßenwesen als Straßenbaubehörde verantwortlich. Zu deren Aufgaben gehören

- die betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Brücken und Radwege einschließlich Organisation des Winterdienstes;
- die Instandsetzung und Erneuerung der Kreisstraßen, Radwege sowie der Flaeming-Skate,
- die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse) und
- die straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen).

Die Kreisstraßenmeisterei des Sachgebietes übernimmt dabei die betriebliche Unterhaltung der Flaeming-Skate einschließlich deren Reinigung. Dagegen werden die Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Straßendecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Flaeming-Skate an entsprechende Fachfirmen vergeben. 2009 konnten angesichts der vorläufigen Haushaltsführung nur Leistungen zur Erhaltung des verkehrssicheren Zustandes mit einem Wertumfang von ca. 600.000 € beauftragt werden.

Der Winterdienst auf den Kreisstraßen wird mit vertraglichen Regelungen durch Firmen aus dem Kreisgebiet durchgeführt. Hierbei haben die beauftragten Firmen Leistungen mit einem Wertumfang von ca. 180.000 € erbracht. Der Einsatz des Winterdienstes erfolgt eigenverantwortlich durch die beauftragten Firmen. Dem Sachgebiet obliegen hier lediglich die Kontrolle der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Im Rahmen der Durchführung von Instandsetzungen, Erneuerungen und des Neubaus von Straßen, Brücken und Radwegen wurden folgende bereits im Vorjahr begonnene Bauvorhaben abgeschlossen:

- Erneuerung der Fahrbahn der Ortsdurchfahrt Luckenwalde der K 7220 (Ruhlsdorfer Chaussee) einschließlich Herstellung eines Regenwasserkanals
- Erneuerung der Fahrbahn der Ortsverbindung Luckenwalde - Ruhlsdorf der K 7220
- Erneuerung der Fahrbahn der Ortsdurchfahrt Grüna K 7217

Zur Erhaltung des verkehrssicheren Zustandes mussten mehrere Abschnitte der Flaeming-Skate instand gesetzt werden.

Der über einen Zuwendungsbescheid geförderte Neubau eines straßenbegleitenden Radweges zwischen Diedersdorf und Birkholz an der K 7239 wurde begonnen und wird 2010 fertig gestellt.

Amt für Landwirtschaft und Umwelt

Am 9. Dezember fand in der Kreisverwaltung zum Tag des Bodens die gemeinsame öffentliche Veranstaltung mit dem Kreisbauernverband und der Gütegemeinschaft Kompost zur Reproduktion der organischen Substanz als Grundlage für nachhaltige Bodennutzung großen Anklang.

Aus Anlass des Tages der Umwelt wurde am 22. Juli eine Vortragsveranstaltung unter dem Thema „Klimawandel in Brandenburg aus meteorologischer Sicht“ organisiert. Alle Sachgebiete des Amtes beteiligten sich aktiv am Tag der offenen Tür des Kreishauses am 20. September mit Präsentationen und Vorträgen.

Insgesamt vier Auszubildende wurden in den Sachgebieten des Amtes während ihrer praktischen Ausbildung betreut.

1. Sachgebiet Landwirtschaft

Im Sachgebiet sind 395 landwirtschaftliche Betriebe registriert, darunter u. a. 18 Genossenschaften, 42 GmbHs (ohne Ko KG) und 107 Haupterwerbsbetriebe.

Ingesamt werden im Landkreis Teltow-Fläming 91.803,54 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, darunter 75.954,15 ha Ackerland und 15.222,78 ha Grünland, bewirtschaftet. Im Bereich des Pflanzenbaues konnten gute bis sehr gute Ergebnisse erreicht werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Ertrag bei Getreide um 14,7 auf 54,9 dt/ha gestiegen. Auch beim Winterraps gab es im Vergleich zum Vorjahr von 29,2 dt/ha auf 35,2 dt/ha ein sehr gutes Ergebnis. Aufgrund der Weltmarktsituation konnten jedoch keine wirtschaftlichen Verkaufspreise erzielt werden.

Als größter Kartoffelanbauer im Land Brandenburg mit über 2.800 ha konnte auch bei dieser Kultur ein sehr gutes Ernteergebnis von über 430 dt/ha erzielt werden. Aufgrund der im Landkreis in Betrieb gegangenen und geplanten 42 Biogasanlagen hat sich der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen, insbesondere der Silomaisanbau, gegenüber 2007 um 4.000 ha auf 13.125 ha erweitert. Besonders drastisch in der Landwirtschaft ist der Preisverfall in der Milchproduktion. Hier hat sich besonders durch die Weltmarktsituation ein Tiefstpreis von 22 Cent/Liter Milch seit mehreren Monaten festgesetzt, der keine Kostendeckung realisiert.

Im Landkreis haben im Berichtszeitraum 296 landwirtschaftliche Betriebe einen Antrag auf Agrarförderung gestellt. Dabei nutzen 262 Antragsteller die Möglichkeit ihren Antrag papier-

los zu stellen, darunter 59 über das Internet. Bereits im Herbst wurden die Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm in Höhe von 1.845.006 € und die Mittel für die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (1,3 Mio €) an landwirtschaftliche Unternehmen ausgezahlt. Ende des Jahres erfolgte die Bewilligung der Betriebsprämie in Höhe von ca. 26 Mio €. Insgesamt wurden im Antragsjahr 2009 ca. 28 Mio € Direktzahlungen gewährt. Im Sachgebiet wurden 72 Abtretungen und 46 Pfändungen angezeigt, die eine Gesamtsumme von 7.874.717,39 € ausmachen.

18 Betriebe stellten Förderanträge im Rahmen der Richtlinie „Einzelbetriebliche Investitionen in Landwirtschaftlichen Unternehmen“. Beantragt wurden dabei Zuschüsse von insgesamt 1,088 Mio € bei einem förderfähigen Investitionsvolumen von 4,183 Mio € für die Bereiche der Milchviehhaltung, Bewässerung, Heizungsumstellung, Kartoffellagerung und Gemüseproduktion.

Die Bürger des Ortes Blankensee, Sieger im 6. Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ 2008, haben sich sehr erfolgreich an dem Landeswettbewerb beteiligt. Im Ergebnis wird Blankensee als Vertreter des Landes Brandenburg zur Teilnahme am Wettbewerb um den 11. Europäischen Dorferneuerungspreis 2010 delegiert.

Am 5. September fand das 9. Kreiserntefest in der Stadt Ludwigsfelde im Ortsteil Ahrensdorf statt. Schon traditionell gab es einen Festumzug und ein umfangreiches Programm auf zwei Bühnen. Neben den zahlreichen Besuchern aus Politik und Wirtschaft konnte eine Delegation aus dem Partnerkreis Gniezno begrüßt werden. Bereits begonnen haben die Vorbereitungen für das 7. Landes- und Dorferntefest in Jänickendorf. An der Organisation und Durchführung der Erntefeste wirken auch die Mitarbeiter des Sachgebietes mit.

Die positive Gestaltung der Teilnahme zur Präsentation in der Brandenburghalle auf der Grünen Woche 2009 in Berlin hat dazu bewogen, wiederum einen Antrag zur Teilnahme an der Grünen Woche 2010 zu stellen. Die Beteiligung der Kommunen und Direktvermarkter aus den jeweiligen Regionen an den einzelnen Messetagen hat eine gute Resonanz gezeigt und wird weiter ausgebaut.

Die enge Zusammenarbeit des Landkreises mit der LAG „Rund um die Flaeming-Skate“ wurde weiter vertieft. Besonders die Stellungnahmen für kommunale Anträge konnten qualitativ verbessert werden. So konnten für 23 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 4,03 Mio € insgesamt 2,6 Mio € Fördermittel bewilligt werden.

Im Rahmen der Genehmigung der Grundstücksverträge wurden 405 Anträge bearbeitet. Von den 289 vorliegenden Kaufverträgen haben in 133 Verträgen landwirtschaftliche Unternehmen 2.315 ha für 6,8 Mio € erworben. Dies entspricht dem Niveau des Jahres 2008, wo 152 Unternehmen landwirtschaftliche Flächen erworben haben. Die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) hat bisher 7.255 ha nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) veräußert. Dabei entfallen auf das Jahr 2009 926 ha und 346 ha außerhalb des EALG. Die landwirtschaftlichen Unternehmen haben insgesamt 12.257 Pachtverträge im Sachgebiet Landwirtschaft mit einer Fläche von ca. 84.000 ha angezeigt. Der zu zahlende Pachtpreis an die Pächter beträgt 6 Mio €. Der Landwirtschaft wurden ab 1990 ca. 2.762 ha landwirtschaftliche Nutzfläche für Baumaßnahmen zur Infrastruktur im Landkreis entzogen.

Es werden 383 ha Kommunalwald, die im Wesentlichen dem Erhalt und Schutz der Erholungsfunktion im Berlin nahen Raum dienen, bewirtschaftet. Dazu werden zehn MAE-Arbeitskräfte und fünf ABM-Kräfte neben den weiteren vier Zivildienstleistenden zur Erfüllung der Pflichtaufgaben in unserem Kommunalwald eingesetzt. Durch den Verkauf von Holz wurden ca. 30.000 € für den Kreishaushalt eingenommen. Durch Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen, insbesondere für den Flugplatz Schönhagen wird sich der Anteil des Kommunalwaldes noch weiter erhöhen.

Im Rahmen der guten fachlichen Praxis beim Düngen und der Umsetzung der Düngeverordnung wurden insgesamt zwölf Kontrollen im Bereich des Fachrechts Düngung durchgeführt. Weitere zwei Kontrollen im Rahmen der Cross-Compliance-Kontrollen für die Nitratrichtlinie im Grundwasser wurden realisiert.

Es wurden 26 Klärschlammvoranzeigen im Sinne der Klärschlammverordnung in Zusammenarbeit mit der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde bearbeitet.

Im Rahmen der Wirtschaftswoche vom 26. bis 29. Oktober bereitete das Sachgebiet Landwirtschaft eine Präsentation vor. Zu den Schwerpunkten gehörten Informationen über investive Maßnahmen und Agrarförderung in den landwirtschaftlichen Betrieben sowie die Aus- und Weiterbildung im landwirtschaftlichen Bereich. Eingebunden war dabei die weitere Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung im Landkreis.

Statistik

Aufgabenthematik	2007	2008	2009
Bearbeitung Anträge Agrarförderung	311	294	296
davon Antragsteller über das Internet	52		59
Abtretungen	61	58	72
Pfändungen und Verrechnungen	73	61	46
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	118	130	120
Maßnahmen Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	156	159	128
Pachtverträge	12.363	12.301	12.257
Grundstücksverkehr	522	353	405
Bearbeitung Klärschlammanträge	33	16	26
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	40	16	15
Futtermittelanalysen auf schädliche Stoffe	231	223	165
Kontrolle Futtermittelunternehmen einschließlich CC-Kontrollen	154	118	151
Teilnehmer an Kursen der Landwirtschaftsschule	416	517	424
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	18	24	18
Vor-Ort-Kontrollen Fernerkundung	63	70	53

2. Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

Dieses Sachgebiet umfasst die Produkte Gewässerschutz, Bodenschutz, Abfallwirtschaft sowie die Umweltstreife.

Aufgabenthematik	2007 Anzahl	2008 Anzahl	2009 Anzahl
Sanierungsverfügungen/-vereinbarungen	16	9	10
landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammausbringung)	33	16	34
wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	333	619	405
Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	35	23	26
Störfälle	5	12	0

➤ *Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde)*

Mit der Verordnung der Landesregierung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Jüterbog trat am 30. Juni 2009 die neue Trinkwasserschutzzone Jüterbog in Kraft. Die Fläche wurde wesentlich verkleinert. Dafür gelten jetzt sehr klare Verbote und Nutzungsbeschränkungen. Mit der Verordnung der Landesregierung vom 21. August 2009 wurden weitere zehn nicht mehr benötigte Trinkwasserschutzzonen aufgehoben (Riesdorf, Kerzendorf, Kemnitz, Lichterfelde, Jüterbog II, Lüdersdorf, Gadsdorf, Niebendorf-Heinsdorf, Stangenhagen und Wildau-Wentdorf). Damit sind alle Schutzzonen der zwischenzeitlich geschlossenen Wasserwerke im Landkreis rechtlich nicht mehr existent.

Mit Beschluss des Kreistages wurde die Trinkwasserschutzzonenkommission neu berufen. So kann die erfolgreiche Arbeit dieses Gremiums fortgesetzt werden. Der Staubeirat Teltow-Fläming tagte im Frühjahr und im Herbst und legte dabei die Staulamellen für die wichtigsten Gewässer, die rechtlich nicht geregelt sind, fest.

Die vom Landkreis durchgeführte Grundwassersanierung in Rangsdorf wurde erfolgreich fortgesetzt. Die Überprüfung der Sanierungsziele ergab, dass die Sanierung auch 2010 und 2011 fortgesetzt werden muss. Dies dient der Sicherung der Trinkwasserversorgung im Wasserwerk Rangsdorf. Insgesamt wurden bisher ca. drei Tonnen chlorierte Kohlenwasserstoffe aus dem Grundwasser entfernt.

➤ *Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde)*

Die Untere Bodenschutzbehörde (UBB) unterstützt das Ministerium für Finanzen (MF) weiterhin bei der Übernahme der ehemaligen Militärflächen im Bereich des Flugplatzes Sperenberg von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Für die laufenden Verhandlungen des Landes Brandenburg mit der Bundesrepublik Deutschland hatte der Landrat den Auftrag, alle verhandlungsrelevanten Belange zuzuarbeiten. Im Ergebnis wurde das MF umfassend informiert. Weiterhin wird die enge Zusammenarbeit zwischen der durch das Land für seine Interessenswahrnehmung betrauten Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH und der UBB fortgeführt. Mehrfach wurden Karten zur komplexen Themenvisualisierung bereitgestellt.

Die Sanierung des Tanklagers Sperenberg (Abschöpfung der Kerosinphase) wird mit einem Pilotprojekt der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) fortgeführt. Im Ergebnis dieses Pilotversuches wird die effektivste Sanierungsvariante ermittelt, die dann zur Ausführung kommt.

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ arbeitet stabil und entfernte bisher insgesamt ca. 11 Tonnen chlorierte Kohlenwasserstoffe.

Das zivile Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ wurde fortgeführt. Die Erkundung ist nahezu abgeschlossen. Das Schadensausmaß im Grundwasser ist erheblich. Boden- und Grundwassersanierungsmaßnahmen sind unumgänglich und werden derzeit vorbereitet.

Die Arbeiten am Altlastenprojekt „Industriepark Ludwigsfelde“ werden kontinuierlich fortgeführt. Zur weiteren Sicherung der Trinkwasserversorgung in Ludwigsfelde musste die dritte organische Aufbereitungsstufe im Wasserwerk für den Schadstoff Vinylchlorid (VC) ertüchtigt werden. Die Anlage wurde im Sommer in Betrieb genommen. Intensive Verhandlungen mit der GESA GmbH als Treuhandnachfolger sichern die Finanzierung der Beseitigung von Gefahren durch Altlasten.

➤ *Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde)*

Bereits in den Tätigkeitsberichten ab 2005 gab es Ausführungen zu insolventen, nach Bundesimmissionsschutzrecht genehmigten Anlagen im Landkreis Teltow-Fläming. Durch einen unerwarteten Runderlass (2006) sollen die Landkreise die Beseitigung dieser lagernden Abfälle übernehmen. Dies ist seitens der Landkreise nicht hinzunehmen. Es wurde Klage eingereicht. Unter Vermittlung des Landkreistages wurde 2009 der Versuch unternommen, mit dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) eine für alle Landkreise gültige außergerichtliche Lösung herbeizuführen. Die Verhandlungen scheiterten. Mehrere Landkreise lehnten den Kompromiss ab. Teltow-Fläming nahm ihn an. Die Klage vor dem Verwaltungsgericht Potsdam ging in erster Instanz für die Landkreise verloren.

In sehr enger Zusammenarbeit mit der Polizei und Staatsanwaltschaft Potsdam konnten 2007 die Müllskandale in Malterhausen und Markendorf aufgedeckt werden. Die Ermittlungen dauern an. In Markendorf und Malterhausen wurden durch das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) zur Gefahrenerkundung Grundwassermessstellen gebaut und das Grundwasser untersucht. Der geologische Untergrundaufbau schützt in Markendorf das Grundwasser relativ gut. Die Analysen des Grundwassers ergaben bisher keine Auffälligkeiten. In Malterhausen ist der Schichtenaufbau für den Schutz des Grundwassers teilweise ungünstig. Im unmittelbaren Grundwasserabstrom der Müllablagerungen wurden erste Anzeichen für beginnende Grundwasserverunreinigungen gefunden. Die Untersuchungen werden fortgesetzt.

Im Rahmen des Kommunalkombis kümmern sich zwei Personen um die Maßnahme „Wanderwege im Bereich Sperenberg/Klausdorf“ unter fachlicher Anleitung des Sachgebietes um den Boden-Geo-Pfad des Landkreises.

Die *Umweltstreife* hat folgende Abfallmengen einer sachgerechten Entsorgung zugeleitet:

Abfallart	2007	2008	2009
Hausmüll ähnliche Abfälle in kg	100.980	88.190	90.854
Kühlgeräte in Stück	29	40	25
Reifen in Stück	594	781	813
Batterien in Stück	35	6	27
Elektronische Geräte in Stück	82	114	120
Sonderabfälle in kg	3.205	4.503	3.361

3. Sachgebiet Naturschutz

Dieser Fachbereich umfasst die Aufgabengruppen Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, -objekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie Verwaltungsverfahren.

2009 wurde der gesamte Landschaftsrahmenplan, Zusammenführung und Fortschreibung aller Teilpläne mit der strategischen Umweltprüfung, in die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben. Anschließend soll dieses umfassende Planwerk bei der oberen Naturschutzbehörde zur Genehmigung eingereicht werden.

Die u.a. vom Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) eingezahlten Ersatzzahlungsgelder beim Naturschutzfonds wurden auch in diesem Jahr mit Projektanträgen in den Landkreis zurückgeholt. Dabei besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) und der Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH (BADC). So wurden bereits Maßnahmen im Bereich des Pfefferfließes und der Antrag für die Renaturierung des Kleingewässers Schinderfichten in Groß Kienitz vorangetrieben.

Fortgeführt wurde der Angebotskatalog für die Bereitstellung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen für Investoren. Hier gibt es die Möglichkeit, auf Flächen von Privatpersonen zurückzugreifen oder auf Flächen des kreislichen Ökopools. Den Investoren wird somit die lange Suche nach Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen erleichtert.

Für die militärische Liegenschaft „Kummersdorf Gut/Sperenberg“ wurde an der Umsetzung des Zielkonzeptes weitergearbeitet. Wegen der noch immer nicht erfolgten Flächenübertragung durch den Bund konnte die Einrichtung des kreislichen Flächenpools für Ersatzmaßnahmen noch nicht abgeschlossen werden.

Der Artenschutz hat auf Grund der Verlängerung der Artenschutzzuständigkeitsverordnung weiter an Bedeutung gewonnen. Somit ist der Arbeitsaufwand gestiegen. In diesem Zusammenhang erhalten die Bürger z. B. Ausnahmegenehmigungen zur Umsetzung bzw. Beseitigung von Hornissen von der UNB.

In diesem Jahr wurde für die 50 FFH-Gebiete im Landkreis ein Betreuersystem mit ehrenamtlichen Naturschutz Helfern und Forstbediensteten aufgebaut. Zudem erfordern viele Bauvorhaben eine spezielle Prüfung der Verträglichkeit mit den Schutzziele der FFH-Gebiete, die von der UNB zu beurteilen sind.

Im Bereich der Schutzgebiete wurden zwei Managementpläne für das Naturschutzgebiet (NSG) Mönningsee und den Faulen See erarbeitet. Für den Bereich des Heegesees im Raum Sperenberg konnte mit Mitteln des Naturschutzfonds ein Hydrogeologisches Gutachten als Grundlage für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung des Moorschutzes erstellt werden. Für die FFH-Gebiete Brunnenluch und Malterhausener Heide wurden in diesem Jahr über das Landesumweltamt Bewirtschaftungserlasse erarbeitet, für deren Umsetzung die UNB in der Pflicht steht.

Dem Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt wurde der Entwurf einer kreislichen Gehölzschutzverordnung zur Erörterung vorgelegt. Anschließend wurden die Gemeinden um kritische Durchsicht gebeten. Die Diskussion um das notwendige Ordnungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Der Kreisausschuss hat die Neuberufung des Naturschutzbeirates beschlossen. Die Arbeit des Gremiums kann somit kontinuierlich fortgesetzt werden.

Neun Zivildienstleistende unterstützten die Arbeit der UNB. Vier sind im Bereich der Landschaftspflege zur Pflege von Orchideenwiesen eingesetzt, vier zur Pflege im kreiseigenen Wald und ein Zivi ist im Bereich der Umweltstreife tätig.

Statistik:

Aufgabenthematik	Anzahl 2007	Anzahl 2008	Anzahl 2009
Genehmigungen zu Baumfällungen und Alleen	516	384	291
Genehmigungsverfahren zu Eingriffen in Natur und Landschaft	429	523	296
Beurteilungen von Fachplänen	212	261	232
Genehmigungs- und Befreiungsverfahren in Schutzgebieten und -objekten	191	220	204
Maßnahmen zum Artenschutz	92	146	152

4. Klimaschutz

Der Kreistag beschloss am 14. Juli 2008 ein Energie- und Klimaschutzprogramm für den Landkreis. Im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt wird regelmäßig, zuletzt am 12. November, über den aktuellen Stand der Umsetzung seitens der Kreisverwaltung berichtet. Der aktuelle Sachstand lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Maßnahme	Stand
Leuchtstofftechnik mit EVG	erfolgt fortlaufend je nach Reparaturbedarf
Bestandsaufnahme Gebäude	20 Energieausweise für kreisliche Gebäude erstellt
Außendämmung Gebäude	acht Objekte zurzeit in Arbeit
technische Gebäudeausrüstung	- zwei Heizkesselumstellungen fertig gestellt - ein Objekt in Arbeit - zehn Pumpensysteme umgestellt
Prüfung Einsatz Kfz mit bivalentem Antrieb	siehe Info-Vorlage 4-0237/09-I (zwölf Fahrzeuge im Einsatz)
qualitative Verbesserung Kreisstraßennetz	Ortsumgehung Dornswalde realisiert; in drei Abschnitten Fahrbahn erneuert
Einsatz umweltfreundlicher Betriebsstoffe	Einsatz von umweltfreundlichem Hydrauliköl realisiert
Radwegebau	Auftragsvergabe an K 7239
CO ² -Bindung im Kreiswald	2000 fm in 2008 (= 1,7 t CO ² -Bindung)
Studie Solarenergiekreis	offen (Arbeitskapazität erst ab Februar 2010)
Erfassung von Kennwerten	offen (Arbeitskapazität erst ab Februar 2010)

Dezernat IV

Amt für Bauaufsicht, Planung und Denkmalschutz

1. Sachgebiet Planung

Die Aufgaben des Sachgebietes Planung gliedern sich in folgende Schwerpunkte:

- Beratung und Vermittlung in Fragen zum Flughafenausbau Berlin-Brandenburg International (BBI) als Ansprechpartner für die Gemeinden und Bürger, Zusammenarbeit mit Flughafengesellschaft und Planungsbehörden
- Mitwirkung an übergeordneten Planungen und Projekten sowie Durchführung eigener Vorhaben im Hinblick auf eine positive Kreisentwicklung und Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises
- Begleitung und Unterstützung der Gemeinden und Planungsträger im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sowie bei städtebaulichen Maßnahmen
- Regional-/verkehrsplanerische sowie bauplanungsrechtliche Beurteilung von Vorhaben sonstiger Planungsträger und anderer Ämter

Im Einzelnen waren folgende Maßnahmen und Entwicklungen von besonderer Bedeutung:

➤ *Flughafenkoordinator*

Aus den Aufgaben des im Sachgebiet Planung eingebundenen Flughafenkoordinators ergaben sich folgende Tätigkeiten:

- Mitarbeit im Rahmen des nunmehr auf kommunaler Ebene angesiedelten Dialogforums zur Entwicklung des Flughafenumfeldes und in dessen verschiedenen Arbeitsgruppen sowie Mitwirkung in den Gremien der Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH (BADC)
- Fortsetzung der Beratungstätigkeit in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow für Fragen der Bürger in Bezug auf die zu erwartenden Beeinträchtigungen im Flughafenumfeld sowie die anlaufenden Schallschutzmaßnahmen des Flughafens
Das Beratungsangebot des Landkreises nahmen bis Jahresende 133 Bürger, vorwiegend aus der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, in Anspruch.
- Mitarbeit im Arbeitskreis Flughafen der Kreisverwaltung zur Umsetzung der Forderungen des Kreistages und Unterstützung der Anliegen der Bürger in Bezug auf die Auswirkungen des Flughafenausbaus
U. a. beteiligte sich der Landkreis finanziell zu einem Drittel an einer Studie zur „Ermittlung von Beeinträchtigungen von Kindern und Erwachsenen durch Verkehrslärm, insbesondere durch Fluglärm im Wohnumfeld und sensiblen Einrichtungen (Schulen)“, die durch die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow beauftragt wurde.

➤ *Regionalentwicklung/Infrastruktur*

Im Hinblick auf die Infrastrukturausstattung des Landkreises sind in den Bereichen Verkehrs- und Tourismusinfrastruktur folgende Vorhaben und deren Fortführung von besonderer Bedeutung:

- Zum vierstreifigen Ausbau der B 101n bis Luckenwalde erfolgten erneute Abstimmungen mit dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung zum Zeitplan der Weiterführung der fehlenden Bauabschnitte, zur entsprechenden Trassenführung und zur bestmöglichen Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten.

Für die Ortsumgehung Thyrow wurde im April das Planfeststellungsverfahren eröffnet. Im Rahmen einer Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange hat sich der Landkreis wiederum konsequent dafür eingesetzt, dass beim Bau des Brückenbauwerkes im Zuge der L 795 über die B 101n, wie vom Kreistag gefordert, ein straßenbegleitender Radweg berücksichtigt wird.

Für den Abschnitt zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen konnte erreicht werden, dass im August der Planfeststellungsbeschluss erteilt und damit Baurecht geschaffen wurde. Unter Mitwirkung des Landkreises wurde eine Lösung für den langsam fahrenden Verkehr gefunden und zeitgleich dazu der Planfeststellungsbeschluss erteilt. Baubeginn für diesen Streckenabschnitt soll im Frühjahr 2010 sein.

Für die Ortsumgehung Luckenwalde Süd liegt seit Juli der Planfeststellungsbeschluss vor. Nachdem bereits vorbereitende Arbeiten durchgeführt wurden, soll hier ebenfalls im Frühjahr 2010 mit dem Bau begonnen werden.

- Im Rahmen kreislicher Straßenplanungen wurde die Planung für den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der K 7239 von Diedersdorf nach Birkholz (Birkholzer Straße) abgeschlossen und das Vorhaben zur baulichen Realisierung an das Sachgebiet Straßenwesen übergeben, das noch im gleichen Jahr mit der Umsetzung begann. Die Planung für die Weiterführung dieses Radweges zwischen der L 76 und L 76n wurde fortgesetzt.
- Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter erarbeitete das Sachgebiet eine Reihe von Stellungnahmen des Landkreises zu weiteren Planfeststellungsverfahren für sonstige Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, des Landes und anderer Träger. Beispielhaft seien hier die Planfeststellung zum Ausbau der Bundesstraße B 102 in der Ortsdurchfahrt Jüterbog, das Linienbestätigungsverfahren B 246, Ortsumgehung Trebbin, das Anhörungsverfahren zur Planfeststellung für den Ausbau der L 70/L 74 in der Ortsdurchfahrt Sperenberg sowie die Planung zum Ausbau der B 102 in der Ortsdurchfahrt Dahme/Mark genannt.

Im Rahmen des geplanten Ausbaus der Autobahn A10/Anschlussstelle Rangsdorf drängte der Landkreis im Hinblick auf die Anbindung der Autobahnmeisterei auf die Durchführung einer verkehrlichen Gesamtbetrachtung. Dies entspricht der Empfehlung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung vom 8. September und soll zu einer ausgewogenen Vorzugsvariante sowie zu einem reibungslosen Planfeststellungsverfahren führen.

Auf die Beschleunigung des Ausbaus der Dresdner Bahn für Geschwindigkeiten bis 200 km/h und die kurzfristige Beseitigung der niveaugleichen Bahnübergänge im Landkreis waren regelmäßige Arbeitsgespräche gerichtet. Hierzu wurde unter Einbeziehung aller Verantwortlichen eine Arbeitsgruppe gegründet.

- Von dem 1995 durch den Landkreis gestarteten Projekt Flaeming-Skate wurden bis 2009 rund 210 km Rad- und Skateweg fertig gestellt. Im Mai 2009 wurden für den Abschnitt Fröhden - Schlenzer - Wahlsdorf die Ersatz- und Ausgleichspflanzungen beendet und abgenommen.

Für den geplanten Abschnitt Wahlsdorf - Prensendorf wurde im September der Fördermittelantrag bei der InvestitionsBank des Landes Brandenburg eingereicht. Mit dem Bau dieses Abschnittes kann der Lückenschluss zwischen der bestehenden Flaeming-Skate in der Ortslage Wahlsdorf und in der Ortslage Prensendorf erfolgen. Damit entsteht ein weiterer Rundkurs von rund 38 km Länge. Der Bau dieses Abschnitts ist für die Jahre 2010 und 2011 geplant.

- Der weiteren Umsetzung des Radwegekonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming dienen folgende Maßnahmen:
 - Weiterführung der Planung für den Bau eines Radweges an der K 7241 von der L 73/Wietstocker Kreuzung bis Ortseingang Großbeeren
 - Fertigstellung der Planung für den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der B 246 für den Teilabschnitt von Löwendorf nach Schönhagen
 - Weiterführung der Planung für den Bau eines Radweges entlang der B 246 für den Teilabschnitt von Schönhagen nach Stangenhagen
 - Weiterführung der Planung für die Schaffung einer Radwegeverbindung zwischen Mückendorf und Zesch am See

- Auf Grund des nicht genehmigten Kreishaushaltes konnten weitere geplante Vorhaben zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur trotz bewilligter Fördermittel nicht begonnen werden. Dies betrifft den Ausbau des nicht befahrbaren Abschnittes zwischen Thyrow und Märkisch Wilmersdorf des touristischen Radwegekonzeptes „Wege durch die Regionalparks in Brandenburg“ sowie die Ausschilderung der touristischen Radroute „Tour Brandenburg“.

Die Überarbeitung der Kreisentwicklungskonzeption einschließlich der Leitbilder zur Kreisentwicklung wurde unter Federführung des Sachgebietes fortgeführt und soll 2010 abgeschlossen werden.

Darüber hinaus ist in Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 28. April 2008 und unter Beteiligung aller Kommunen des Landkreises, des Kreissportbundes und der Universität Potsdam mit einer Sportentwicklungsplanung begonnen worden. Dabei wurde neben der Erhebung der Sportstätten durch die Kommunen auch eine Umfrage zum Sportverhalten der Bevölkerung durchgeführt. Die Einbeziehung des institutionellen Sports wurde vorbereitet. Bis Dezember erfolgte die Analyse der bis dahin erhobenen Daten durch die Universität Potsdam. Die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen ist bis Ende 2010 vorgesehen.

Im Hinblick auf die übergeordnete Raumentwicklungsplanung wurden die Festlegungen des am 15. Mai in Kraft getretenen Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg (LEP B-B) und deren Auswirkungen auf den Landkreis aufbereitet. Darauf aufbauend waren unter Einbeziehung weiterer Fachämter erste Zuarbeiten zu einzelnen Kapiteln des neuen Regionalplans zu erstellen. Der Plan wird durch die Regionale Planungsstelle Havelland-Fläming erarbeitet, die auch das Verfahren führt. Die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens für den Regionalplan 2020 ist für Mitte 2010 vorgesehen.

Ferner erfolgte die Mitwirkung am neuen Modellvorhaben der Raumordnung „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“. In der Modellregion Havelland-Fläming geht es dabei unter wissenschaftlicher Begleitung um die Ausweisung von regionalen Risikoräumen für einzelne Folgen des Klimawandels, die Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten und -schwerpunkten sowie eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit zum Projekt.

➤ *Bauleitplanung/Städtebaumaßnahmen*

Insgesamt begleitete das Sachgebiet 29 verschiedene Bauleitplanungen verfahrensmäßig in unterschiedlichen Beteiligungsstufen planungsrechtlich. Sechs Bauleitpläne wurden rechtsverbindlich.

Besonders hervorzuheben sind Planungen zur Erschließung neuer Wirtschaftsfelder vor dem Hintergrund der aktuellen Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg und dem darin beschlossenen umfassenden Ausbau der Nutzung regenerativer Energien:

- drei Bebauungsplanverfahren der Stadt Trebbin für die Errichtung von Photovoltaikanlagen in den Ortsteilen Blankensee und Schönhagen
- Weiterführung des Bebauungsplanes Nr. 34/2008 „Solarkraftwerk Luckenwalde“
- Rechtskraft des Bebauungsplans Nr. 02 „Sondergebiet Energiegewinnung aus Biomasse und Gärsubstratverarbeitung“ des Ortsteils Felgentreu der Gemeinde Nuthe-Urstromtal

Im Zuge der Erweiterung des Güterverkehrszentrums in Großbeeren sind weitere Anstrengungen unternommen worden, um einen geeigneten Standort zu finden. Es befinden sich die Standorte „Am Lilograben“ und „An der Anhalter Bahn“ in den vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 165 Baugesetzbuch (städtebauliche Entwicklungsmaßnahme).

Die weitere Entwicklung des Holzkompetenzzentrums Baruth konnte unterstützt werden. Im Rahmen der Erweiterung des Standortes Bernhardsmüh und der Steuerung des erhöhten Verkehrsaufkommens wurden folgende Planungen begleitet und in den diesbezüglichen Beteiligungsverfahren beurteilt:

- Bebauungsplan Nr. 17/07 „Bernhardsmüh VI“
- 2. Änderung des Bebauungsplanes 07/93 „Bernhardsmüh I/III“

Ein weiterer bauleitplanerischer Schwerpunkt liegt in der Gemeinde Rangsdorf. Aufgrund des geplanten Ausbaus der Eisenbahnstrecke Berlin - Dresden sollen hier im Rahmen verschiedener Bauleitpläne vorhandene Verkehrsbeziehungen neu geordnet bzw. weitere städtebauliche Ziele der Gemeinde planungsrechtlich gesichert werden.

Auf die Stärkung und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Luckenwalde zielt der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan „Zapfholzweg II“ der Stadt Luckenwalde. Die geplante Verbesserung des Angebots an Gewerbe- und Industriegebietsflächen wird befürwortet und im weiteren Verfahren unterstützt.

Auf der Grundlage der neuen Städtebauförderungsrichtlinien des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung begleitete das Sachgebiet Planung zudem als Bündelungsbehörde des Landkreises Förderungs- und Förderungsfortführungsanträge mehrerer kreisangehöriger Gemeinden für städtebauliche Gesamtmaßnahmen.

Das Sachgebiet Planung positionierte sich darüber hinaus auf Anfrage der Brandenburgischen Boden Gesellschaft für Grundstücksvermarktung und -verwertung GmbH (BBG) zu deren Vermarktungsabsichten für mehrere ehemalige Flächen der Westgruppe der Truppen (WGT). So wurde der beabsichtigten Veräußerung von Flächen u. a. in den Gemarkungen Neuheim und Schöneiche sowie im Bereich Jüterbog-Damm zugestimmt.

Wie in den Jahren zuvor, arbeitete das Sachgebiet in der Koordinierungsgruppe des Landkreises mit und war mit der Erstellung der Sitzungsprotokolle beauftragt. Gleichzeitig wurde die fachliche Arbeit des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung begleitet. Es fanden elf Sitzungen, davon eine in Dahme/Mark, statt.

Alle Planungen und Vorhaben wurden darüber hinaus durch das geografische Informationssystem (GIS) unterstützt. Schwerpunkte hierbei waren die Arbeit an GIS-Datenbanken der Bauleitplanung, die Aufbereitung sonstiger Planungsthemen und deren Bereitstellung übers Intranet sowie die Hilfe bei der Anwendung moderner GIS-Software innerhalb des Amtes. An Bedeutung gewannen zudem ämterübergreifende Tätigkeiten wie:

- Erstellen von GIS-Themen für Ämter ohne GIS-Kompetenz
- Aufbereiten/Austauschen von GIS-Daten innerhalb und außerhalb der Kreisverwaltung
- Erstellen von Karten und Präsentationen mittels GIS für die Öffentlichkeitsarbeit
- Mitwirken an der Planung und Umsetzung eines zeitgemäßen GIS in der Kreisverwaltung
- Mitwirken an der Planung und Umsetzung eines Internet-Portals der Kreisverwaltung (WEB-GIS)
- Erschließen neuer GIS-Techniken für die Umsetzung von besonderen Arbeitsaufträgen

2. Sachgebiet Technische Bauaufsicht

Die Anzahl der telefonischen und schriftlichen Anfragen sowie per E-Mail haben sich in diesem Jahr weiter erhöht. Der Aufwand für Beratungen ist gleichbleibend hoch. Bauherren und Investoren nutzen seltener die Möglichkeit des Vorbescheides, sondern vielmehr die meistens recht zeitaufwendige Beratung durch die Mitarbeiter der Unteren Bauaufsichtsbehörde. Gegenstand der Anfragen sind zum einen allgemeine Fragen zum Bauplanungs- und Bauordnungsrecht sowie konkrete Fragen zu geplanten Bauvorhaben. Zum anderen besteht zunehmender Klärungsbedarf hinsichtlich der Probleme, die zwischen unmittelbar benachbarten Grundstückseigentümern auftreten können.

Bei größeren Bauvorhaben finden im Vorfeld der Planung umfangreiche gemeinsame Besprechungen mit den im späteren Verfahren zu beteiligenden Behörden und den Bauherren und Objektplanern statt, um die Verfahren zu beschleunigen.

Nennenswerte Vorhaben im Bereich Gesundheit, Pflege und Seniorenbetreuung sind:

- der Neubau eines Pflegeheimes mit 80 Betten in Blankenfelde im Zentrum der GAGFAH-Siedlung
- die Erweiterung der Pflegeeinrichtung in Nächst Neuendorf
- der Neubau eines Seniorenpflegeheimes mit 143 Betten in Ludwigsfelde für 6.9 Mio. € und
- der Neubau eines Gesundheits- und Wellnesszentrums Am Reitstadion in Jüterbog.

Für künftig noch bessere Bedingungen bei der Ausbildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen tragen die Baugenehmigungen für die

- Erweiterung der Grundschule Astrid Lindgren in Mahlow
- Modernisierung der Oberschule in Wünsdorf sowie deren Erweiterung durch einen Neubau,
- Erweiterung sowie der Neubau einer Kita in Rangsdorf,
- Erweiterung der Oberschule Rangsdorf durch einen Neubau,
- Neubau einer integrativen Kindertagesstätte in Großbeeren (430.000 €) und
- Neugestaltung der Außenanlagen am Gymnasium Ludwigsfelde für 378.000 €

bei. Die Genehmigung solcher kommunaler Vorhaben ist gewissermaßen eine Serviceleistung der Unteren Bauaufsichtsbehörde gegenüber den betroffenen Kommunen. Gebühren werden dafür nicht erhoben.

Die Verbesserung von Infrastruktur und Lebensqualität bedeuten

- der Neubau eines Parkhauses am Bahnhof Blankenfelde,
- der Umbau und die Umnutzung des Bahnhofsgebäudes in Zossen (Gaststätte, Jugendherberge, diverse Läden),
- der Umbau und die Erweiterung des soziokulturellen Zentrums „Waldhaus“ in Ludwigsfelde für 860.000,- € (Räume für fünf Vereine, Barrierefreiheit),
- der Neubau eines Baubetriebsgebäudes der Stadtwerke Ludwigsfelde für 320.000 € und
- der Neubau eines Trinkwasserbehälters und die Rekonstruktion der Filterhalle im Wasserwerk Ludwigsfelde für 1,5 Mio €.

Aus dem Bereich Gewerbe und Industrie sind

- die Nutzungsänderung der ehemaligen Wäscherei in einen Gewerbehof mit zehn Nutzungseinheiten in Blankenfelde,
- der Neubau einer Möhrenwaschanlage und eines Tanklagers der Firma Fruchtsaft Bayer in Dabendorf,
- der Neubau eines fleischverarbeitenden Betriebes im B-Plan-Gebiet Bernhardsmüh I/III in Baruth für 1,2 Mio. €,
- die Errichtung eines Technikgebäudes für die Brandenburger Urstromquelle im B-Plan-Gebiet Bernhardsmüh I/III in Baruth,
- der Neubau des Tiefkühlagers 3 der coolback GmbH in Jänickendorf für 1,5 Mio € und
- der Neubau einer Produktionsstätte zur Herstellung medizinischer Produkte im Biotechnologiepark in Luckenwalde für 10 Mio. € (85 Arbeitsplätze)

zu nennen. Anfang November wurde für das Logistikzentrum der Firma Lekkerland im GVZ Großbeeren ein Bauantrag gestellt. Die Investition wird hier 9,5 Mio € betragen.

Für Bauvorhaben innerhalb des Tag- und/oder Nachtschutzgebietes des Flughafens BBI wird seit Anfang dieses Jahres seitens der Bauaufsicht der Nachweis über die Einhaltung des erforderlichen baulichen Schallschutzes im Baugenehmigungsverfahren gefordert.

Der Flugplatz in Schönhagen entwickelt sich kontinuierlich weiter. Hier ist der Neubau von insgesamt drei Hangars mit Investitionssummen zwischen 300.000 € und 750.000 € zu erwähnen.

Im Rahmen der Überprüfung der Bauausführung und der Überwachung der Nutzung baulicher Anlagen wurden erneut vielfach illegale Baumaßnahmen und Nutzungen festgestellt.

Insgesamt hat im Berichtsjahr die Genehmigungstätigkeit leicht zugenommen (5,1%). Die intensivste Bautätigkeit findet nach wie vor in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow statt, gefolgt von den etwa gleichauf liegenden Mittelzentren Luckenwalde, Ludwigsfelde und Zossen. Die Bautätigkeit in dem Mittelzentrum Jüterbog fällt demgegenüber deutlich ab. Schlusslicht in dieser Statistik ist die Gemeinde Niederer Fläming, gefolgt von Niedergörsdorf.

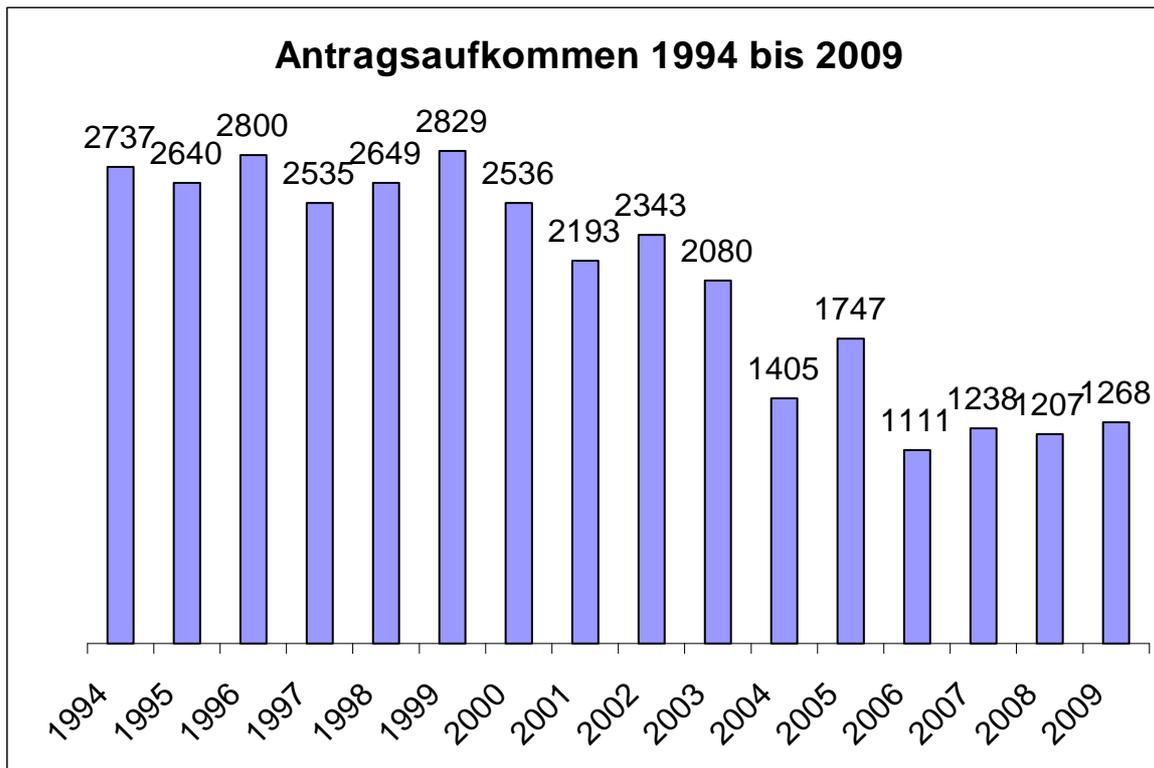
Statistik

Bautätigkeit 2009

(Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

	Gemeinde/Stadt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche in km ²	Anteil pro km ²
engerer Verflechtungsraum	Blankenfelde-Mahlow	215	27,6	25.501	0,8	55	3,9
	Großbeeren	90	11,6	7.335	1,2	52	1,7
	Rangsdorf	111	14,2	10.190	1,1	34	3,3
	Trebbin	84	10,8	9.308	0,9	126	0,7
	Zossen	143	18,4	17.477	0,8	180	0,8
	Ludwigfelde	136	17,5	24.179	0,6	109	1,2
	gesamt	779		93.990	0,8	556	1,4

	Gemeinde/Stadt/ Amt	Anzahl der Bauanträge	Anteil in %	Einwohner	Anträge pro 100 Einwohner	Fläche in km ²	Anteil pro km ²
äußerer Entwicklungsraum	Baruth/Mark	42	8,6	4.309	1,0	232	0,2
	Dahme/Mark	52	10,6	6.838	0,8	251	0,2
	Am Mellensee	69	14,1	6.575	1,0	104	0,7
	Niederer Fläming	31	6,3	3.383	0,9	185	0,2
	Niedergörsdorf	36	7,4	6.498	0,6	205	0,2
	Nuthe-Urstromtal	57	11,7	6.954	0,8	338	0,2
	Jüterbog	66	13,5	12.830	0,5	176	0,4
	Luckenwalde	136	27,8	20.726	0,7	46	3,0
	gesamt	489		68.113	0,7	1.537	0,3
	Landkreis gesamt	1.268		162.103	0,8	2.093	0,6



Entwicklung der Bautätigkeit 2005 bis 2009

	Anzahl der Bauanträge					Entwicklung in %			
	2005	2006	2007	2008	2009	2005 zu 2006	2006 zu 2007	2007 zu 2008	2008 zu 2009
Amt Dahme/Mark	40	33	42	49	52	- 17,5	27,3	16,7	6,1
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	429	205	222	208	215	- 52,2	8,3	-6,3	3,4
Gemeinde Großbeeren	112	87	67	68	90	- 22,3	- 23,0	1,5	32,4
Gemeinde Am Mellensee	99	41	78	59	69	- 58,6	90,2	-24,4	16,9
Gemeinde Niederer Fläming	28	17	19	26	31	- 39,3	11,8	36,8	19,2
Gemeinde Niedergörsdorf	23	22	39	31	36	- 4,3	77,3	-20,5	16,1
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	72	44	69	57	57	- 38,9	56,8	-17,4	0,0
Gemeinde Rangsdorf	186	114	114	122	111	- 38,7	0,0	7,0	-9,0
Stadt Baruth/Mark	50	39	42	40	42	- 22,0	7,7	-4,8	5,0
Stadt Jüterbog	78	67	68	63	66	- 14,1	1,5	-7,4	4,8
Stadt Ludwigsfelde	182	124	107	126	136	- 31,9	- 13,7	17,8	7,9
Stadt Luckenwalde	144	100	115	151	136	- 30,6	15,0	31,3	-9,9
Stadt Trebbin	116	71	83	86	84	- 38,8	16,9	3,6	-2,3
Stadt Zossen	188	147	173	121	143	- 21,8	17,7	-30,1	18,2
gesamt	1.747	1.111	1.238	1.207	1.268	- 36,4	11,4	-2,5	5,1

3. Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht

➤ *Allgemeines*

Diesem Sachgebiet sind Aufgaben zugeordnet, die einen Schwerpunkt in der rechtlichen Sachbearbeitung von bauaufsichtlichen und denkmalschutzrechtlichen Fällen und Fragestellungen haben. Hierzu gehören die Bearbeitung von Widersprüchen gegen Entscheidungen im bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren und gegenüber Ordnungsverfügungen sowie die Durchführung von Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen baurechtlicher, baunebenrechtlicher und denkmalschutzrechtlicher Ordnungswidrigkeiten. Spezielle Aufgaben sind auch Verfahren zur Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens und die rechtliche Prüfung von kommunalen baurechtlichen Satzungen. Daneben obliegt den Mitarbeiterinnen des Sachgebietes die gesamte Registrierung von Anträgen und Organisation der Aktenführung im bau- und denkmalrechtlichen Bereich.

➤ *Widerspruchsbearbeitung*

Im Rahmen der Widerspruchsbearbeitung wurden im Berichtszeitraum die verschiedensten Sachverhalte im Rechtsbehelfsverfahren überprüft. Die erhobenen Widersprüche betrafen dabei vorrangig

- Ablehnung von Bauanträgen
- Nebenbestimmungen in erteilten Baugenehmigungen
- Gebührenentscheidungen
- Ordnungsverfügungen (Nutzungsverbote, Baueinstellungsverfügungen, Beseitigungsverfügungen)
- denkmalrechtliche Entscheidungen

Ein wachsender Anteil der Widerspruchsverfahren entfällt auf sogenannte Drittwidersprüche, die von Nachbarn aus der unmittelbaren oder näheren Umgebung genehmigter Bauvorhaben erhoben werden. Anlass sind oftmals befürchtete oder auch vorhandene Lärm- oder Geruchsmissionen, durch die sich die Betroffenen beeinträchtigt sehen. Solche Konflikte entstehen zumeist mit der Errichtung landwirtschaftlicher Betriebsstätten oder Gewerbestätten. Aber auch die Entstehung von Kinderspielflächen in Wohngebieten war zunehmend Anlass für Drittwidersprüche. Im Ergebnis der Verfahren war eine nach Maßgabe der öffentlich-rechtlichen Normen unzumutbare Beeinträchtigung der Widerspruchsführer aber selten gegeben. Weitere Beispiele hierfür sind 56 Widersprüche aus Jänickendorf, die sich gegen einen dort genehmigten Funksendemasten für Mobilfunk wenden sowie 26 Widersprüche von Bürgerinnen und Bürgern aus Nunsdorf gegen eine genehmigte Kompostieranlage eines Landwirtes.

➤ *Ordnungswidrigkeiten*

Der innerhalb der rechtlichen Bauaufsicht angesiedelte Bußgeldbereich befasst sich mit Zuwiderhandlungen im Zusammenhang mit der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen. Im Berichtszeitraum wurden im Landkreis 40 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstöße gegen die Brandenburgische Bauordnung (BbgBauO) und acht Verfahren wegen Verstöße gegen das Brandenburgische Denkmalschutzgesetz (BbgDSchG) eingeleitet. Bußgelder werden vorwiegend verhängt, weil Bauvorhaben ohne erforderliche Genehmigung durchgeführt oder Bestimmungen aus der Baugenehmigung nicht eingehalten werden. Häufig liegt der Grund für die Verhängung von Bußgeldern auch in der Veränderung von Denkmalen (zumeist Bau- oder Bodendenkmale) ohne notwendige denkmalrechtliche Erlaubnis. Beispiele für die Verhängung eines Bußgeldes sind die Errich-

tung einer Werbeanlage ohne erforderliche Baugenehmigung oder die illegale Umnutzung einer Garage in eine Kfz-Werkstatt.

Es wurden 40 Bußgeldbescheide mit insgesamt 16.488,20 € festgesetzt, von denen – einspruchsbedingt – 13.244 € im Berichtszeitraum tatsächlich vereinnahmt werden konnten. In den weiteren acht Verfahren wegen eines denkmalschutzrechtlichen Verstoßes wurden 735 € festgesetzt und vereinnahmt.

➤ *Prozessführung in baurechtlichen Verfahren*

Zum Aufgabenbereich gehört die Prozessführung in sämtlichen baurechtlichen und denkmalschutzrechtlichen Verfahren vor dem Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht sowie den ordentlichen Gerichten im Rahmen der Ordnungswidrigkeitenverfahren.

Aufgrund der langen Terminsstände beim Verwaltungsgericht im normalen gerichtlichen Verfahren versuchen viele Rechtssuchende eine Entscheidung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren zu erreichen. Die verwaltungsgerichtlichen Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz dauern im Durchschnitt etwa ein halbes Jahr. Klagen im Hauptsacheverfahren haben eine Verfahrensdauer von ca. dreieinhalb Jahren.

Im Jahr 2009 waren insgesamt 50 Klagen anhängig. 20 Klageverfahren wurden durch Klageeinreichung neu eingeleitet, 17 Verfahren abgeschlossen. Prozentual verteilten sich die anhängigen Klagen wie folgt:

- 30 % Klagen auf Erteilung einer Baugenehmigung,
- 29 % Nachbarrechtsklagen,
- 33 % Klagen gegen baurechtliche Ordnungsverfügungen,
- 8 % denkmalrechtliche Klagen.

Von den entschiedenen Gerichtsverfahren wurde im Berichtszeitraum keine Entscheidung gegen den Landkreis getroffen. Die verwaltungsgerichtlichen Verfahren endeten entweder durch Zurücknahme des Rechtsmittels oder wurden vom Gericht abgewiesen bzw. abgelehnt.

➤ *Höhere Verwaltungsbehörde*

Die Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch ist dem Landkreis seit dem Jahr 2000 durch die Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung zugewiesen. Die Aufgabe besteht in der Prüfung von Genehmigungsanträgen zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Entsprechend erfolgte bereits in der Vergangenheit eine enge Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der betroffenen Kommunen, Planern und Investoren sowie mit anderen Behörden. Die umfangreiche Prüf- und Beratungstätigkeit zu allen Fragen des Planungsrechts und den benachbarten Fachrichtungen konnte auch in diesem Jahr vertrauensvoll fortgesetzt werden.

Im Vordergrund stand die Änderung von Bauleitplänen. Ebenfalls von Interesse waren Sachverhalte zum übergeordneten Recht und zu formalen Verfahren. Grundsätzliche fachliche Fragestellungen außerhalb der Prüfverfahren waren Gegenstand von Erörterungen (z. B. seitens der Kommunen, Planer, sonstiger Dritter; auch zu nicht vorlagepflichtigen Vorgängen).

Widersprüche und Klageverfahren sind nicht anhängig.

Der Austausch mit der zuständigen Sonderaufsichtsbehörde, dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, konnte gleichfalls in positiv bewährter Weise gepflegt werden. Zusammen mit dem Ministerium stand die höhere Verwaltungsbehörde zudem erneut im

Rahmen eines durch das Volksheimstättenwerk organisierten Fortbildungsseminars in Potsdam als Referent aus der Praxis zur Verfügung.

4. Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde

Die Inventarisierung der Denkmale im Landkreis Teltow-Fläming verlief im Berichtszeitraum schleppender als in den Jahren zuvor. Nur 15 Denkmale wurden neu in die Landesliste aufgenommen. Die Ursache hierfür ist in den personellen Engpässen des für die Inventarisierung zuständigen Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums (BLDAM) zu sehen.

Im Fall von zwei Denkmalen musste die Eintragung neu begründet werden. Es handelte sich dabei um Gebäude, die schon zu DDR-Zeiten zu Denkmalen erklärt worden waren, für die seinerzeit aber keine ausführlichen Gutachten angefertigt wurden.

Auch die noch von der DDR-Liste stammenden sogenannten Denkmale mit Gebietscharakter waren neu zu begutachten und ihr Geltungsbereich festzulegen. Die historischen Stadtkerne von Luckenwalde, Zossen, Dahme/Mark, Kloster Zinna und Jüterbog sind jetzt als Denkmale in ihrer Ausdehnung und ihrem historischen Wert definiert.

Dagegen wurden sämtliche historischen Dorfkerne, mit Ausnahme von Kloster Zinna, aus der Liste gelöscht. Die Orte Liebätz, Kemnitz, Frankenfelde, Frankenförde, Gottsdorf und Saalow sind jetzt nicht mehr auf der Brandenburgischen Denkmalliste verzeichnet. Diese Löschung erfolgte aus rechtlichen Gründen, obwohl, wie das BLDAM konstatiert, Denkmalswert vorläge. Übernommen werden konnten nur Denkmale, die in der DDR-Zeit rechtskräftig zum Denkmal erklärt wurden. Im Falle der genannten Orte war dies nicht der Fall. Jetzt obliegt es den Gemeinden selbst, durch eine Denkmalbereichssatzung die Integrität der historischen Ortskerne zu schützen.

Die Benachrichtigung von Flächeneigentümern bei ortsfesten Bodendenkmalen wurde weitergeführt. Derzeit sind 78,1 % „abgearbeitet“; bis zum Jahresende sollen 85 % erreicht sein. Im Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming erfolgte die vierte Veröffentlichung von Dorf- und Stadtkernen als Bodendenkmale.

Dem Vorbild der Stadt Jüterbog folgend, hat sich auch die Stadt Dahme/Mark entschlossen Kurzexposés für schwer vermarktbare Gebäude zu erarbeiten und damit auf Investorensuche zu gehen. Sieben Gebäude wurden nach heutigem Stand in Jüterbog auf diese Weise verkauft.

Die durch den Stadtumbau Ost ausgelöste Abrisswelle ist im Berichtszeitraum in Luckenwalde etwas verebbt. Der Abriss des Wohnhauses Käthe-Kollwitzstraße 43 in Luckenwalde und der dahinter gelegenen historischen Fabrik, die allerdings beide nicht unter Denkmalschutz standen, sind städtebaulich ein Verlust, da sie den Bahnhofsvorplatz einfassten. Der Abriss des denkmalgeschützten Fachwerkhäuses Beelitzer Straße 18 in Luckenwalde, an dessen Stelle ein ALDI-Verbrauchermarkt gebaut werden soll, ist im Dezember erfolgt. Die Erforschung und Dokumentation ergab eine Bauzeit um 1730. Das Haus zählte somit zu den ältesten baulichen Zeugnissen der Stadt.

Ein großes Problem stellen die über Jahre vernachlässigten Bauten in den Innenstädten dar, deren Einsturzgefahr mittlerweile immer akuter wird. Auf den Landkreis kommt hier eine schwierige Aufgabe zu, da sowohl die Bauaufsicht als auch die Denkmalschutzbehörde dafür Sorge zu tragen haben, dass keine Menschen, Gegenstände oder Denkmale selbst zu Schaden kommen. Beispielfhaft sei nur die ehemalige Fabrik Haag 12 in Luckenwalde ge-

nannt, für deren Sicherung ein umfangreiches ordnungsrechtliches Verfahren eröffnet werden musste.

➤ *Begonnene, fortgesetzte und erfolgreich abgeschlossene Projekte*

Auch 2009 wurden Zuwendungen für Maßnahmen des Denkmalschutzes vom Landkreis mit 50.000 € bewilligt. Mit 53 Anträgen gingen zehn Anträge mehr als im Vorjahr ein. Insgesamt wurden über 380.000 € beantragt, der Bedarf ist folglich deutlich höher als die bisherige Möglichkeit der Bewilligung. Von der im Haushalt eingestellten Summe konnten nicht alle Anträge positiv beschieden werden. Insgesamt 24 Zuwendungsbescheide mit Gesamtinvestitionen von 3.880.569 € wurden ausgestellt, die vor allem dem regionalen Handwerk zugute kommen.

In diesem Jahr wurde die bauhistorische und archäologische Untersuchung des Alten Schlosses (Frauenhaus) in Baruth fortgesetzt. Die im vergangenen Jahr entdeckten Befunde des Restaurators - seltene Ausmalungen aus dem 17. Jahrhundert - ließen weitere, spannende Ergebnisse vermuten. Tatsächlich wurden an den Außenwänden im Obergeschoss Schießscharten entdeckt, die auf eine frühere wehrhafte Funktion des Alten Schlosses verweisen. Bei Freilegungsarbeiten im Ostanbau wurden die Feldsteinfundamente eines mittelalterlichen Kellers freigelegt. Sowohl im Ostanbau als auch im tonnengewölbten Keller sind im torfigen Untergrund hölzerne Baustrukturen erhalten. Eine erste naturwissenschaftliche Datierung lässt eine Einordnung der Holzstrukturen in die Mitte des 12. Jahrhunderts zu.

Die Arbeiten an der Kirche Sankt Sebastian in Baruth wurden im Innenraum fortgesetzt. Bis vor Kurzem war diese Kirche vom Einsturz bedroht. Jetzt konzentrieren sich die Arbeiten auf das Dach und die Bleiglasfenster.

Die Grabplatten des Russischen Ehrenfriedhofs in Baruth waren im August 2007 gestohlen worden. 2009 wurden die Grabplatten aus einem Kunstharzmaterial ersetzt. Anhand einer vor dem Diebstahl durchgeführten Dokumentation konnten alle Gräber wieder mit den Namen der Gefallenen versehen werden.

Die Sanierungsarbeiten an der Kirche St. Johannis in Luckenwalde wurden abgeschlossen. Die Maßnahmen, u.a. Mauerwerkssanierung, Dacharbeiten, Metallbauarbeiten, Malerarbeiten und Restaurierungen im Innenraum der Kirche sowie die statische Sicherung der Apsis, wurden im Juni 2008 begonnen und im Oktober 2009 beendet.

Der Förderverein St. Jakobi e.V. konnte mit Sponsorengeldern in diesem Jahr vier bauzeitliche Fenster der Eingangshalle restaurieren lassen. Die Restaurierung sechs weiterer Fenster über sogenannte Fensterpatenschaften ist geplant. Die Buntglasfenster des Eingangsportals ließ der Verein restaurieren. Weiterhin wurden eine neue Heizungsanlage eingebaut und die Sanierung der Sakristei beendet. Geplant sind demnächst die Fertigstellung der Restaurierung der Eingangshalle, eine Rissanierung am Südgiebel sowie die Instandsetzung des Glockenstuhles, der Glocken und der Glockenjoche.

Die Baumaßnahmen an der „Hutfabrik Steinberg-Hermann“ in Luckenwalde wurden weiter fortgesetzt, vor allem die Sanierung des Betons und des Außenmauerwerkes. Der Hut ist fertig gestellt.

Eine Hüllensanierung des berühmten Wohnhauses von Bruno Taut in Dahlewitz konnte - gefördert vom Sonderprogramm Denkmalschutz des Bundes - begonnen werden.

Das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) mit Sitz in der ehemaligen Erziehungsanstalt Struveshof in Ludwigsfelde setzte die Sanierung des denkmalgeschützten Ensembles fort.

In Trebbin konnte die Sanierung der Kirche St. Marien - bis auf den Turm - fertig gestellt werden.

Auf dem Gelände der Buckerwerke in Rangsdorf wurde von dem mit dem Denkmalpreis des Landkreises im vergangenen Jahr ausgezeichneten Bauherren noch ein weiteres Gebäude, das sogenannte Gefolgschaftshaus, erworben. Auch dieses Gebäude wird nun saniert.

In Zossen laufen die Planungen zur Entwicklung der Kalkschachtöfen mit der Wiederherstellung des alten Hafens Nottekanal. Die Sanierung des Mietwohnhauses Baruther Straße 12 ist abgeschlossen. Die Arbeiten an der Villa Bahnhofstraße 56 wurden fortgesetzt.

In Jüterbog konnten vor allem in Ortsteil Kloster Zinna einige Maßnahmen begonnen bzw. fertig gestellt werden, darunter die Neue Abtei Kloster Zinna, gefördert vom Bund Sonderprogramm Denkmalschutz, und das Konversenhaus. Die Sanierungsarbeiten „Alte Schmiede“ wurden abgeschlossen. Die sogenannte „Grafschaft“ hat endlich einen sanierungswilligen Eigentümer gefunden, der bereits mit einigen Maßnahmen begonnen hat. Die Sanierung wird von der Städtebauförderung unterstützt.

Die Arbeiten an der Dorfkirche von Mellnsdorf, Schauplatz der diesjährigen Denkmalpreisverleihung, wurden im Innenraum weitergeführt. Somit sind alle Kirchen der Gemeinde Niedergörsdorf gesichert.

Vor allem in Luckenwalde haben einige „Sorgenkinder“ neue Eigentümer gefunden. Die ehemaligen Schulgebäude Käthe-Kollwitz-Straße 74 und Zinnaer Straße 39/40 wurden im Rahmen einer Auktion verkauft, letzteres steht unter Denkmalschutz. Das ehemalige Haus des Konsumvereins Markt 33 wurde ebenfalls verkauft. Der neue Eigentümer möchte an die historische Nutzung anknüpfen. Die Remise Breite Straße 12/13 wurde von der IHK erworben, die hier ihren regionalen Sitz einnehmen möchte. Bereits im letzten Jahr ist die Villa des Hutfabrikanten Goldschmidt verkauft worden. Die Sanierung hat bereits begonnen.

Förderungen mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II:

- Beginn der Planungen für die Sanierung des Kulturhaus in Ludwigsfelde
- Sicherung des Hegemeisterhaus in Glashütte (Dacheindeckung)
- Beginn der Planungen zum Umbau von zwei denkmalgeschützten Gebäuden des Viktoria-Stifts zu einer Kindertagesstätte in Dahme/Mark

➤ *Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit*

Die Verleihung der Denkmalpreise fand in der Dorfkirche Mellnsdorf statt. Damit wurde die Tradition fortgesetzt, für die Übergabe des Preises Gast bei einem Vorjahressieger zu sein. Ausgezeichnet wurden der Landschaftspflegeverein Rieselfeld Großbeeren e.V., der Förderverein Jakobikirche e.V. in Luckenwalde, die Arbeitsgemeinschaft Bürgerhaus Saalow e.V. für die Erhaltung der Scheunenwindmühle und zwei ehrenamtliche Bodendenkmalpfleger für Forschungen, Publikationen und weiteres bürgerschaftliches Engagement für die ehemalige Schlossanlage von Zossen.

Es wurden zwei Bastelbögen von Denkmalen des Landkreises - dem Luckenwalder Markturm und der kleinen Feldsteinkirche in Mellnsdorf - erstellt. Sie können entweder an der Bürgerinformation für je 2 € erworben oder von der Homepage des Landkreises als PDF-Datei heruntergeladen und selbst ausgedruckt werden. Ein weiterer Bastelbogen ist geplant. Pünktlich zum Tag des offenen Denkmals erschien ein Kalender, der unter dem Motto „Ganz nah“ den Blick der Menschen auf Details von Denkmalen lenkt. Auch hier ist eine zweite Auflage geplant.

Der zwölfte Archäologentag Teltow-Fläming in Großbeeren bot ein vielfältiges Vortrags- und Rahmenprogramm und lockte ca. 140 Besucher an. Vom Erfolg des Archäologentags inspiriert, fand zum ersten Mal ein Baudenkmalpflege tag am 8. November im Kreistagssaal statt. Ca. 50 Besucher konnten gezählt werden. Neun Referenten berichteten über ihre Zusammenarbeit mit der Behörde an gemeinsamen Projekten.

Die Vereinsarbeit, die in den letzten beiden Jahren deutlich zugenommen hat, fand ihre Fortsetzung. Der Oberlaubenstall in Borgisdorf feierte Richtfest. Im April 2010 soll das fertig sanierte Bauwerk eröffnen. Im August wurde von der Dorfgemeinschaft Paplitz e.V. ein denkmalgeschütztes Tagelöhnerhaus eingeweiht. Neben den Vereinen sind auch die Kirchengemeinden im Landkreis sehr aktiv und setzen sich engagiert für den Erhalt ihrer Dorfkirchen ein. Beispielhaft erwähnt sei hier die Kirchengemeinde Niebendorf.

Im letzten Bericht wurde über die Tagung zur Heeresversuchsstelle in Kummersdorf am 11.11.2008 informiert. Aus dieser Tagung entstand eine Projektgruppe, die der Bürgermeister der Gemeinde Am Mellensee gründete. Seit Januar hat sich diese Projektgruppe regelmäßig einmal im Monat getroffen. Den Vorsitz übernahm Frau Dr. Köstering, die Geschäftsführerin des Brandenburgischen Museumsverbands. Zu der Projektgruppe gehören neben den Mitgliedern des Kummersdorfer Vereins auch die BTU Cottbus (Prof. Dr. Leo Schmidt), das Militärgeschichtliche Forschungsamt (Oberst Dr. Heinemann) und drei Fachbehörden des Landkreises (Natur-, Abfallwirtschafts- und Denkmalschutzbehörde). Auf den Tag genau ein Jahr nach der Tagung konnte eine in der Projektgruppe erarbeitete Museumskonzeption der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Amt für Kataster und Vermessung

Gesetz zur Strukturreform des amtlichen Vermessungswesens

Am 1. Juli 2009 ist das Brandenburgische Geoinformations- und Vermessungsgesetz (BbgGeoVermG) in Kraft getreten. Das neue Gesetz macht den hohen Wert der Katasterdaten für den Betrieb einer Geodateninfrastruktur in Brandenburg deutlich und ist eine solide Basis für die praktische Aufgabenbewältigung.

Zur gleichmäßigen Wahrnehmung der Aufgaben wurden auch die Verwaltungsvorschriften neu gefasst.

Datenqualifizierung für das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)

Mit einem Erfüllungsstand von ca. 70 % ist der Abschluss der Datenqualifizierung im Landkreis (Abgleich ALB/ALK, Abstimmung der Landkreisgrenzen, Durchführung der Gebäude- datenverschneidung und der Probemigrationen) bis Mitte 2010 realistisch. Damit befindet sich die Vermessungsverwaltung des Landkreises auf einem guten Weg, die Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters wie geplant im zweiten Halbjahr 2010 in das **Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS)** migrieren zu können.

Mit der Bereitstellung der ALKIS®-Migrationssoftware und der notwendigen Schulung der Mitarbeiter für die Probemigrationen ist das Amt für die beginnende Umstellung des ALB und der ALK gut gerüstet.

Die Katasterverwaltung des Landkreises arbeitet innerhalb einer Projektgruppe und mit allen Mitarbeitern des Amtes an der Umsetzung der Datenharmonisierung, um im Jahr 2010 die Führung der Katasterdaten im neuen System ALKIS® gewährleisten zu können.

Antragsstatistik

- Im Berichtszeitraum wurden ca. 5.500 schriftliche und mündliche Anträge auf Auskunftserteilung gestellt und bearbeitet (Auszüge aus der Liegenschaftskarte, Eigentumsnachweise). Eine Vielzahl von Kunden hat sich durch die Einführung von digitalen Systemen auf die Auskunftserteilung in digitalen Formaten umgestellt. Flurkartenauszüge in digitalen Formaten wurden im Jahr 2009 für insgesamt 7.600 km² verkauft.
- Für 2.055 Antragsteller wurden Voreigentümerrecherchen und im Bereich Messungsvorbereitung 960 Anträge auf Unterlagenerteilung erarbeitet.
- Die örtliche Messtätigkeit wird durch drei Messtrupps erledigt. Sie bildet die Grundlage für die weitere Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte und ist auch künftig eine der Hauptaufgaben der Katasterverwaltung.
- 832 Vermessungsschriften wurden durch Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure oder durch das Amt selbst zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht und in die Katasternachweise übernommen. Fortführungsvermessungen sind nach ca. zwei Monaten in das Liegenschaftskataster eingearbeitet.
- Im Bereich Grundstücksverkehrs-genehmigung wurden 480 Negativatteste und 1.364 GVO-Genehmigungen erstellt. Weiterhin wurden 73 gesetzliche Vertreter abberufen bzw. neu bestellt.

Gutachterausschuss Teltow-Fläming

Der Immobilienmarkt im Landkreis hat sich im vergangenen Jahr stabil gezeigt. Das geht aus dem vorgelegten Grundstücksmarktbericht 2008 des Gutachterausschusses für Grundstückswerte hervor. Der Grundstücksmarktbericht stellt die Umsätze für die einzelnen Regionen und Grundstücksarten differenziert dar und gibt wichtige Anhaltspunkte für Markttransparenz und Wertermittlung.

Für den Grundstücksmarktbericht 2008 wurden insgesamt 2.431 Kauffälle ausgewertet und registriert.

Zum Vorjahr ergab sich somit ein Rückgang von 9 %. Dieser Prozentsatz ist für sich allein betrachtet jedoch wenig aussagekräftig, da er sich gleichgewichtig aus der Summe der Kauffälle aller Grundstücksflächen von den Wohn- und Gewerbegrundstücken über die land- und forstwirtschaftlichen Flächen bis hin zu den sonstigen Flächen ergibt. Erst eine Betrachtung der Verkäufe innerhalb der einzelnen Grundstücksarten kann Aufschluss über wichtige und weniger wichtige Entwicklungen geben.

Die Anzahl der Kauffälle war im Marktsegment der unbebauten Grundstücke um ca. 13 % rückläufig. Bei den bebauten Grundstücken ist - wie im Vorjahr - eine Steigerung von ca. 2 % zu verzeichnen.

Für weitere Grundstücksarten sind die Kauffälle ebenfalls rückläufig: bei den land- und forstwirtschaftlichen Flächen um ca. 12 %, bei Wohn- und Teileigentum um ca. 13 %, bei den sonstigen Flächen um ca. 27 % und bei den Gemeinbedarfsflächen um ca. 19 %.

Der Geldumsatz ging im Vergleich zum Vorjahr um ca. 13 % zurück. Betroffen vom Rückgang war vor allem die Grundstücksart der unbebauten Grundstücke mit ca. 39 %, während

im Bereich der bebauten Grundstücke trotz Steigerung der Verkaufszahlen ein Rückgang von ca. 11 % hinzunehmen war.

Bei den landwirtschaftlichen Flächen betrug der Rückgang erfreulicherweise nur 1 %. Bei den Gemeinbedarfsflächen ging der Geldumsatz um ca. 20 % zurück.

Der Flächenumsatz verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 45 %. Von diesem Rückgang war der Bereich der unbebauten Grundstücke mit ca. 48 % am stärksten betroffen, während für das Marktsegment bebaute Grundstücke die Veränderung mit -1% nahezu unbedeutend war.

Bei den land- und forstwirtschaftlichen Flächen betrug der Rückgang beim Flächenumsatz trotz gleichgebliebenem Geldumsatz dennoch ca. 43 %.

Ausbildung

Mit drei eigenen und drei externen Auszubildenden für den Beruf Vermessungstechniker wurde eine Vielzahl von Fachthemen innerhalb der gegründeten Unterweisungsgemeinschaft „Teltow-Fläming“ behandelt. Unterstützung erhielt die Verwaltung von im Landkreis ansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren, die für einzelne Themen als Referent zur Verfügung standen. Nach anfänglichen Unklarheiten zu Inhalten und Zielen hat sich die Unterweisungsgemeinschaft als gewinnbringend für die Ausbildung der Vermessungstechniker erwiesen.

Staatliches Schulamt Wünsdorf

Das Staatliche Schulamt Wünsdorf als untere Schulbehörde ist für die Aufsicht der Schulen in den beiden Landkreisen Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald zuständig. Der Berichtszeitraum des 2. Schulhalbjahres 2008/09 sowie des 1. Schulhalbjahres 2009/10 war insbesondere durch folgende wesentliche Aspekte gekennzeichnet:

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es insgesamt 30 Grundschulen, neun Oberschulen sowie sechs Gymnasien. Davon befinden sich zwei Grundschulen und je eine Schule der anderen genannten Schulformen in freier Trägerschaft.

Weiterhin stehen eine Grund- und Oberschule, eine Gesamtschule, vier Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen und zwei mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung zur Verfügung. Außerdem gibt es ein Oberstufenzentrum (OSZ) mit Standorten in Luckenwalde und Ludwigsfelde und - nicht zu vergessen - der Zweite Bildungsweg im Rahmen der Volkshochschule (VHS).

Am OSZ startete mit Beginn des Schuljahres 2009/10 das berufliche Gymnasium mit insgesamt 30 Schülerinnen und Schülern. Hier wird eine Stabilisierung bei 40 bis 50 erwartet. Die Einrichtung eines beruflichen Gymnasiums stellt eine wichtige Entscheidung insbesondere für die Abgänger der Oberschulen dar, die nach der 10. Klasse das Abitur in drei Jahren ablegen wollen. Mit dem beruflichen Gymnasium hat der Landkreis eine umfassende schulische Versorgung für die Schülerinnen und Schüler im Bereich der gymnasialen Oberstufe sichergestellt.

Derzeit lernen etwa 13.650 Schülerinnen und Schüler in 590 Klassen in den 50 staatlichen allgemeinbildenden Schulen. Sie werden von ca. 1.150 Lehrkräften unterrichtet.

Bereich Grundschulen

In den Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden zum Schuljahr 2009 in den 28 staatlichen Grundschulen 1.246 Schülerinnen und Schüler in 55 Klassen aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 22,7. Damit wurden im Vergleich zum Vorjahr drei Klassen mehr gebildet.

Im Bereich des Schulträgers der Gemeinde Rangsdorf wurde auf Grund der Schülerzahlentwicklung sowie der nicht mehr ausreichenden Kapazitäten an der bereits bestehenden Grundschule Rangsdorf die Grundschule in Groß Machnow zum Schuljahr 2009/10 eröffnet. Sie umfasst die Jahrgänge 1 bis 4 mit 199 Schülerinnen und Schülern in acht Klassen.

Für insgesamt 129 Schülerinnen und Schüler erfolgte eine Zurückstellung vom Schulbesuch. Das sind 21 Zurückstellungen weniger als im vergangenen Einschulungsjahr bei nahezu gleichbleibender Schülerzahl.

Auf die Schülerzahl von ca. 1.250 Schülerinnen und Schüler stabilisiert sich das Niveau der Einschulungen, wie der nachfolgende Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge der staatlichen Grundschulen zeigt:

Einschulung	Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
2004/05	6	1.247	59	21,1
2005/06	5	1.437	62	23,2
2006/07	4	1.291	58	22,3
2007/08	3	1.263	55	23,0
2008/09	2	1.244	52	23,9
2009/2010	1	1.246	55	22,7

In den beiden evangelischen Grundschulen in freier Trägerschaft (Hoffbauerstiftung) in Jüterbog (Jahrgänge 1 bis 5) lernen 101 Schülerinnen und Schüler in sechs Klassen. In Mahlow (Jahrgänge 1 bis 3) lernen 92 Schülerinnen und Schüler in insgesamt vier Klassen.

An insgesamt 15 Grundschulen wird mit einer gemeinsamen Unterrichtsorganisation der Jahrgangsstufen 1 und 2, der sogenannten flexiblen Eingangsphase, gearbeitet. An diesen Schulen ist grundsätzlich eine Lehrkraft mit sonderpädagogischer Qualifikation tätig. Die Schulen, welche diese Unterrichtsorganisation aufweisen, werden oft auch als „Flexschulen“ bezeichnet.

Ganztagsangebote werden von neun Grundschulen in Form der „Verlässlichen Halbtagsgrundschule“ - kurz VHG genannt - sowie von zwei Grundschulen mit „offenen Angeboten“ unterbreitet. Damit besteht ein Versorgungsgrad von 36,7% in der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich. Der vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg avisierte Versorgungsgrad von 25% ist damit weit überschritten.

Die verbindliche Kooperation der Grundschulen mit den Kindertagesstätten sowie die seit Jahren bestehende gute Zusammenarbeit des Staatlichen Schulamtes mit dem Jugendamt haben sich als wichtige Voraussetzungen für das Gelingen der ab Schuljahr 2008/09 eingeführten „Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung“ erwiesen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass im Rahmen der Problematik „Kindeswohlgefährdung“ gleichfalls enge Abstimmungen zwischen dem Landkreis und dem Staatlichen Schulamt existieren.

Bereich weiterführende allgemein bildende Schulen

Im Ergebnis des Aufnahmeverfahrens in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen, einschließlich der Schulen in freier Trägerschaft (Sekundarstufe I), wurden insgesamt ca. 1.200 Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung sowie der tatsächlich vorhandenen Kapazitäten der Schulen entsprechend untergebracht.

Zum Schuljahresbeginn bestand folgende Verteilung von Schülerinnen und Schülern des siebenten Jahrgangs in den 15 staatlichen Schulen mit Sekundarstufe I im Landkreis:

Schulform	Anzahl	Schüler	Klassen	Prozent
Oberschulen	9	428	20	41
Gesamtschulen	1	161	6	15
Gymnasien	5	469	17	44
gesamt	15	1.058	43	

In den beiden weiterführenden Schulen in freier Trägerschaft zeigt sich folgende Verteilung: Die Freie Oberschule in Baruth/Mark wird von insgesamt 115 Schülerinnen und Schülern, davon 42 in der Jahrgangsstufe 7, und das Freie Gymnasium in Rangsdorf von 193 Schülerinnen und Schülern, davon 14 in der Jahrgangsstufe 7, besucht.

Für den Besuch eines Gymnasiums mussten im Gegensatz zum Vorjahr (163) nur noch 102 Schülerinnen und Schüler am Probeunterricht teilnehmen. Davon haben 34 % den Probeunterricht bestanden und damit die Möglichkeit am Anmeldeverfahren für ein Gymnasium teilzunehmen, gewahrt.

Zu den insgesamt fünf Oberschulen mit Ganztagsangeboten (in Dahme/Mark, Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Blankenfelde-Mahlow) kommt im Schuljahr 2010/11 die Oberschule Wünsdorf mit einem Ganztagsangebot in offener Form dazu. Damit gibt es an insgesamt zehn weiterführenden allgemeinbildenden Schulen ein Ganztagsangebot.

Dies entspricht einem Versorgungsgrad von 58 %. Damit ist die angestrebte Zielmarke von 50% auch für den Bereich der Sekundarstufe übertroffen. Im Landkreis Teltow-Fläming wird somit eine ausreichende Versorgung mit Ganztagsangeboten vorgehalten. Dies ist deshalb hervorzuheben, da die jeweiligen Schulträger mit der Einrichtung von Ganztagsangeboten vielfältige und teilweise enorme Investitionen im Schulbereich tätigen bzw. getätigt haben.

Im Rahmen der Schwerpunktaufgaben Berufs- und Studienorientierung und Senkung der Quote Schüler ohne Abschluss gibt es verbindliche Arbeitsvereinbarungen zwischen der Arbeitsagentur in Potsdam und den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen sowie die Inanspruchnahme bzw. Selbsterstellung von inhaltlich entsprechenden Projekten.

Die Gymnasien und Förderschulen nutzen insbesondere die angebotenen Fördermöglichkeiten der Arbeitsagentur für berufs- und studienorientierende Projekte bei entsprechender Eigenleistung (Personaleinsatz).

Die Projektangebote der „Initiative Oberschulen stärken – IOS“ nutzen durchweg alle Oberschulen des Landkreises im Sinne der Verbesserung der sozialen und personalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Diese geht vielfach einher mit einer zielorientierten Berufsorientierung. Dabei sind die Schulen angehalten, bei der Projektauswahl immer auch den Bezug zum Unterricht und die Nachhaltigkeit zu sehen, um über die Förderperiode hinaus wichtige Projektinhalte in den Schulalltag einfließen zu lassen.

Hervorzuheben ist, dass unter Mithilfe der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises sich die Arbeitsgemeinschaft „Schule/Wirtschaft“ etabliert hat und regelmäßig zusammenkommt. Viele Maßnahmen und Initiativen sind auf die Arbeit dieser Arbeitsgemeinschaft zurückzuführen. So auch die kürzlich eröffnete Berufsorientierungstournee „Heavy Metal“. Ziel ist es, die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen in den Metallberufen im Landkreis aufzuzeigen und etwas über die aktuellen Anforderungen an die verschiedenen Berufe aus betrieblicher Sicht zu erfahren. Diese Berufsorientierungstournee richtet sich vor allem an Lehrkräfte und Berufsberater der Agentur für Arbeit.

Durch die Agentur für Arbeit werden bestimmten Oberschulen sogenannte „Berufseinstiegsbegleiter“ zur Seite gestellt. Sie kümmern sich intensiv um abschlussgefährdete Schülerinnen und Schülern und unterstützen diese aktiv bei der Berufswahl, teilweise auch über die Beendigung der Schulzeit hinaus.

Diese Berufseinstiegsbegleiter haben an den Oberschulen in Luckenwalde, Ludwigsfelde und in Wünsdorf erfolgversprechend mit Beginn des Schuljahres 2009/10 ihre Arbeit aufgenommen.

Das Förderprogramm „Impuls für eine bessere IT-Ausstattung an Grund-, Förder- und Oberschulen – IBIS“ unterstützt die Ausstattung von Schulen mit einem Whiteboard. Folgende Schulträger können, nach erfolgter Genehmigung durch das Staatliche Schulamt, diese Möglichkeit nutzen:

- Gemeinde Blankenfelde-Mahlow für die Buschgrundschule und die Oberschule „Herbert Tschäpe“
- Gemeinde Großbeeren für die Grund- und Oberschule
- Stadt Jüterbog für die Wiesenoberschule
- Stadt Ludwigsfelde für die 4. Grundschule und Oberschule „Gottlieb Daimler“
- Gemeinde Niedergörsdorf für die Grundschule „Thomas Müntzer“
- Stadt Trebbin für die Grundschule
- Stadt Zossen für die Grundschule „Erich Kästner“ und die Oberschule
- Landkreis Teltow-Fläming für die Förderschule in Ludwigsfelde

Die Grund- und Oberschule Großbeeren hatte sich als Referenzschule beworben und den Zuschlag erhalten. Die Förderung bezieht sich hier auf neun Whiteboards. Mit der Antragstellung wurde die Erstellung eines pädagogischen Konzeptes zur Nutzung der Whiteboards durch die Schule gefordert, so dass sichergestellt ist, dass die getätigte Investition auch sinnvoll im Unterricht eingesetzt wird.

Bereich Förderschulen

Im Schuljahr 2009/10 lernen 513 Schülerinnen und Schüler in 47 Klassen in den vier Förderschulen des Landkreises. Das macht deutlich, dass in diesem Bereich eine Konstanz im Vergleich zu vergangenen Schuljahren zu verzeichnen ist.

Die Schulen mit dem Förderschwerpunkt "geistige Entwicklung" in Jüterbog und Groß Schulzendorf besuchen im laufenden Schuljahr 120 Schülerinnen und Schüler. Auch dies ist nahezu die Vorjahreszahl.

Bereich Zweiter Bildungsweg und OSZ

Der Zweite Bildungsweg an der Kreisvolkshochschule Teltow-Fläming wurde mit der Einrichtung von je zwei Klassen der Jahrgangsstufen 9 und 10 im Schuljahr 2009/10 fortgeführt. Insgesamt nehmen 107 Schülerinnen und Schüler in Luckenwalde die Möglichkeit wahr, in diesem Rahmen ihren Schulabschluss nachzuholen.

Am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming lernen im Schuljahr 2009/10 etwa 1.800 Schülerinnen und Schüler (davon ca. 530 in Vollzeit). Dies sind etwa 600 weniger als im Vorjahr.

Mit der Einrichtung von Klassen eines beruflichen Gymnasiums zum Schuljahr 2009/10 sowie der breiten Palette der Berufsausbildung am OSZ des Landkreises haben insbesondere die Abgänger der Oberschulen vielfältige Ausbildungsperspektiven in der Region, die es verstärkt zu nutzen gilt. Daher sind in Absprache mit dem Leiter des OSZ und dem Staatlichen Schulamt die Oberschulen angehalten, bis Ende des Schuljahres 2009/10 verbindliche Kooperationen mit dem OSZ einzugehen. Es sollten gemeinsame Maßnahmen abgestimmt werden, um die vorhandenen regionalen Ressourcen zur Gewinnung des Berufsnachwuchses effektiv einzusetzen. Einige Oberschulen (z.B. die Oberschule in Luckenwalde) haben bereits Kooperationsverträge mit dem OSZ abgeschlossen.

Insgesamt kann im Rückblick auf das Jahr 2009 festgestellt werden, dass auf den verschiedenen Arbeitsebenen ein enges Zusammenwirken von Landkreis und Staatlichem Schulamt existiert. Dieses trifft auch für die Zusammenarbeit mit den einzelnen Schulträgern zu. Das Wahrnehmen der gemeinsamen Verantwortung für die Bildung der heranwachsenden Generation sollte auch weiterhin Maßstab dieser Zusammenarbeit sein.